

15.01.2018

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

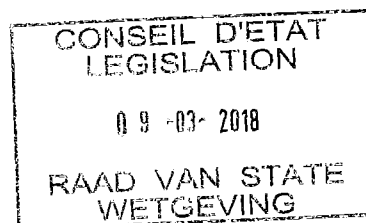
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

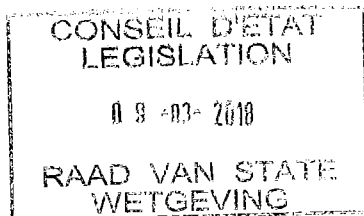
Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:



6



DEKRETVORENTWURF

Dekretvorentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2018

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1958 ÜBER DAS BESOLDUNGSSTATUT DES LEHR- UND WISSENSCHAFTLICHEN SOWIE DES IHM GLEICHGESTELLTEN PERSONALS DES MINISTERIUMS DES UNTERRICHTSWESENS

Artikel 1 - In Artikel 16 §1 Buchstabe A) Buchstabe a) des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, ersetzt durch das Dekret vom 19. März 2012 und abgeändert durch die Dekrete vom 24. Juni 2013 und 26. Juni 2017, wird die Wortfolge „Alter von drei bis sechs Jahren,“ durch die Wortfolge „Kindergartenalter, die in ihrer inhaltlichen Ausrichtung einem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Kindergarten entspricht und“ ersetzt.

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 29. AUGUST 1966 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES VERWALTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT

Art. 2 - Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Verwaltungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgendes Amt wird eingefügt:
„Netzwerktechniker“
2. Das Amt „administrativer Koordinator“ wird aufgehoben.

Art. 3 - Artikel 2 Nummer 1 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgendes Anwerbungsamt wird eingefügt:
„Netzwerktechniker“
2. Das Anwerbungsamt „administrativer Koordinator“ wird aufgehoben.

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 19. JUNI 1967 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER KANDIDATEN FÜR ANWERBUNGSÄMTER DES VERWALTUNGS-, UNTERHALTS-, FACH- UND DIENSTLEISTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST UND NORMALSCHULUNTERRICHT

Art. 4 - Artikel 1 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 19. Juni 1967 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Kandidaten für Anwerbungsämter des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalschulunterricht wird wie folgt abgeändert:

3

1. Nummer 2bis , eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005 und ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:
„2bis. Chefsekretär:
a) ein Studiennachweis des Hochschulwesens kurzer Studiendauer in der Studienrichtung Sekretariat;
b) ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Sekretariat ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung, die im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit erbracht wurde, die in Zusammenhang mit dem Amt des Chefsekretärs steht;
c) als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens kurzer Studiendauer oder der Oberstufe des Sekundarschulwesens ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Chefsekretärs im Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt. Betrifft es das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens, wird es um die in Buchstabe b) angeführte Berufserfahrung ergänzt;“
2. Nummer 2quinquies, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt ersetzt:
„2quinquies. Netzwerktechniker:
a) das Diplom eines Masters oder Bachelors in der Studienrichtung Informatik oder PC- und Netzwerktechnik;
b) der Meisterbrief als Netzwerktechniker oder als PC-Techniker;
c) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Informatik oder PC- und Netzwerktechnik ergänzt um eine nützliche Berufserfahrung von mindestens drei Jahren. Die nützliche Berufserfahrung ist im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit zu erbringen, die in Zusammenhang mit dem ausgeübten Amt steht. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet.“

KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Art. 5 - Artikel 6 Buchstabe Dbis) Buchstabe b) des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 31. August 2000 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird das Wort „Koordinator“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.
2. In Nummer 2, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
3. Folgende Nummer 3 wird eingefügt:
„3. Koordinator einer Time Out-Einrichtung“

KAPITEL 5 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE SOWIE DER PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER AUFSICHT ÜBER DIESE EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES

Art. 6 - In der Überschrift des Kapitels VIlter des Königlichen Erlass vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird das Wort „Koordinatoren“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.

Art. 7 - Artikel 91quaterdecies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Koordinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ und das Wort „Koordinator“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.
2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:
„Artikel 91septies §§2 und 3, 91octies §§1 und 2, 91nonies, 91undecies bis 91terdecies finden Anwendung auf den Middle Manager.“

Art. 8 - Artikel 91quinquiesdecies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 91quinquiesdecies – Zulassungsbedingungen

Ausschließlich ein Personalmitglied der betreffenden Schule darf das Amt des Middle Managers bekleiden, wenn es:

1. die in Artikel 91quater angeführten Bedingungen erfüllt.
2. die in Artikel 16 Nummer 5 angeführte Bedingung für ein Amt der Kategorie des Lehrpersonals erfüllt;
3. eine nützliche Berufserfahrung von mindestens drei Jahren aufweist.

Die in Absatz 1 Nummer 3 angeführte nützliche Berufserfahrung ist im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit zu erbringen, die in Zusammenhang mit dem ausgeübten Amt steht, wobei. teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden.“

Kann das Amt nicht mit einem Personalmitglied der betreffenden Schule besetzt werden, darf es von einer Person bekleidet werden, die die in den Absätzen 1 und 2 angeführten Bedingungen erfüllt.“

Art. 9 - Artikel 91sexiesdecies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Koordinator“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt

2. In Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Wird von der in Artikel 91quinquiesdecies Absatz 3 angeführten Möglichkeit Gebrauch gemacht, wird der Aufruf zusätzlich in der Presse veröffentlicht.“
3. In Absatz 2 wird das Wort „Koordinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ ersetzt.

Art. 10 - In Artikel 91septiesdecies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Die Bezeichnung des Bewerbers erfolgt für die Dauer eines Schuljahres. Bei Vorlage eines Bewertungsberichtes des Schulleiters, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, wird die Bezeichnung nach Ablauf des Schuljahres um ein weiteres Schuljahr verlängert. Liegt nach Ablauf der zweiten Bezeichnung erneut ein Bewertungsbericht des Schulleiters vor, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, erfolgt die dritte Bezeichnung auf unbestimmte Dauer. Der Schulleiter verfasst für den Middle Manager pro Schuljahr mindestens einen Bewertungsbericht gemäß Artikel 91undecies, solange der Middle Manager auf bestimmte Dauer bezeichnet ist.“

Art. 11 - Artikel 91duodevices desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Koordinator“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ und die Wortfolge „weiterhin sein Gehalt und erhält zusätzlich“ durch die Wortfolge „zuzüglich zu seinem Gehalt“ ersetzt.
2. In Absatz 3, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2016, wird das Wort „Koordinator“ jeweils durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.

Art. 12 - In Artikel 91undevices desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird das Wort „Koordinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ ersetzt.

Art. 13 - Artikel 91vices desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird aufgehoben.

Art. 14 - In Artikel 91viciessemel desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird das Wort „Koordinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ ersetzt.

Art. 15 - In Kapitel VIIsexies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 91tricesbis.1 eingefügt:

„Art. 91tricesbis.1 - Gehalt und Prämie

§1 - Während der der Ausübung des Amtes als Unterdirektor oder Provisor erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422/I.

§ 2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte

Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Unterdirektor oder Provisor bezeichnet, bezieht sie in Abweichung von §1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$$P = X - M,$$

P = die Prämie,

X = das in §1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Unterdirektor oder Provisor bezeichnet, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 angeführte Betrag gilt.

§4 - Der in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und vom 19. Juli 2001, an die Schwankungen des Verbraucherpreisindexes gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in § 2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der Unterdirektor oder Provisor nicht von der Krankenkasse entschädigt wird."

Art. 16 - In Kapitel VIIsepties desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 91triciessepties eingefügt:

„Art. 91triciessepties - Gehalt und Prämie

§1 - Während der Ausübung des Amtes als Werkstattleiter erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage nachfolgender in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabellen:

1. für den Werkstattleiter der Unterstufe des Sekundarschulwesens: Gehaltstabelle 226;
2. für den Werkstattleiter der Oberstufe des Sekundarschulwesens: Gehaltstabelle 231.

§ 2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Werkstattleiter bezeichnet, bezieht sie in

Abweichung von §1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$P = X - M$,

P = die Prämie,

X = das in §1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Werkstattleiter bezeichnet, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 angeführte Betrag gilt.

§4 - Der in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und vom 19. Juli 2001, an die Schwankungen des Verbraucherpreisindexes gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in §2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der Werkstattleiter nicht von der Krankenkasse entschädigt wird."

Art. 17 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgendes Kapitel VIIocties eingefügt:

„KAPITEL VIIocties – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR KOORDINATOREN EINER TIME OUT-EINRICHTUNG“

Art. 18 - In das Kapitel VIIocties desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 91duodequadrages eingefügt:

„Art. 91duodequadrages – Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII finden die Artikel 91quater bis 91nonies, 91duodecies, 91terdecies, 91duodevicies und 91triciessemel Anwendung auf das Amt des Koordinators einer Time Out-Einrichtung, wobei unter der in Artikel 91sexies angeführten pädagogischen Qualifikation „sozialpädagogische Qualifikation“ zu verstehen ist.“

Art. 19 - In demselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgendes Kapitel VIInovies, das die Artikel 91duodequadrages bis 91quadragesier umfasst, eingefügt:

„KAPITEL VIInovies - BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DIREKTIONSSEKRETÄRE

Art. 20 - In das Kapitel VIInovies desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 91undequadrages eingefügt:

„Art. 91undequadrages – Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des Direktionssekretärs ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 91septies, 91octies §1 Absatz 1 und §2 und 91undecies bis 91terdecies finden Anwendung auf das Amt des Direktionssekretärs.“

Art. 21 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91quadragies eingefügt:

„Art. 91quadragies – Ausschließlich ein Personalmitglied der betreffenden Schule darf das Amt des Direktionssekretärs bekleiden, wenn es die in Artikel 91quater angeführten Bedingungen erfüllt.

Kann das Amt nicht mit einem Personalmitglied der betreffenden Schule besetzt werden, darf es von einer Person bekleidet werden, die die in Artikel 91quater angeführten Bedingungen erfüllt.“

Art. 22 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91quadragiessemel eingefügt:

„Art. 91quadragiessemel – Aufruf und Bewerbung

Der Schulträger veröffentlicht einen Bewerbungsaufruf für eine Bezeichnung per Ausgang in der betreffenden Schule sowie in jeder angemessenen Form. Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Direktionssekretärs und die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen. Wird von der in Artikel 91quadragies Absatz 2 angeführten Möglichkeit Gebrauch gemacht, wird der Aufruf zusätzlich in der Presse veröffentlicht.

Die Bewerbung wird anhand eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u.a. ein Motivationsschreiben bei, in dem er auf die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen eingeht.“

Art. 23 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91quadragiesbis eingefügt:

„Art. 91quadragiesbis – Bezeichnung

Der Schulträger entscheidet, welcher Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich unter anderem, auf das Motivationsschreiben, auf ein oder mehrere Bewerbungsgespräche und auf die Berufserfahrung.“

Art. 24 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91quadragiester eingefügt:

„Art. 91quadragiester – Vorübergehender Ersatz

§1 – Wenn die Bezeichnung des Direktionssekretärs beendet wird oder er aus dem Amt scheidet oder er aufgrund einer Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend abwesend ist, kann der Schulträger ihn bis zum Ende des Schuljahres durch eine Person ersetzen, die die in Artikel 91quater angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

§2 – Während des Zeitraums des vorübergehenden Ersatzes gelten für das ersetzende Personalmitglied die Artikel 91octies §1 Absatz 1, 91duodecies, 91terdecies und 91quadragiesquater.“

Art. 25 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91quadragiesquater eingefügt:

„Art. 91quadragiesquater – Gehalt und Prämie

§1 - Während der Ausübung des Amtes als Direktionssekretär erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 152.

§ 2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Direktionssekretär bezeichnet, bezieht sie in Abweichung von §1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$$P = X - M,$$

P = die Prämie,

X = das in §1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Direktionssekretär bezeichnet, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 angeführte Betrag gilt.

§4 - Der in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und vom 19. Juli 2001, an die Schwankungen des Verbraucherpreisindexes gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in § 2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der Direktionssekretär nicht von der Krankenkasse entschädigt wird.“

Art. 26 - Artikel 121quinquies Absatz 4 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

„5. einem Personalmitglied des Ministeriums, das über Fachkenntnisse im Bereich der Unterrichtsorganisation verfügt.“

Art. 27 - In Artikel 121nonies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Während der Ausübung des Amtes als Hauptlehrer, Leiter einer autonomen Grundschule oder Übungsgrundschulleiter erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf Grundlage der ihm gemäß Artikel 2 Kapitel B „Direktions- und Lehrpersonal des Primarschulwesens“ Nummer 7, 8 und 9 des in Absatz 3 Nummer 1 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zugewiesenen Gehaltstabelle.“

2. §5, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird aufgehoben.

Art. 28 - In Artikel 169quater Absatz 4 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „Koordinator einer Regelsekundarschule“ durch die Wortfolge „Middle Manager einer Regelsekundarschule“ ersetzt.

Art. 29 - In das Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 169quaterdecies eingefügt:

„Art. 169quaterdecies - Personalmitglieder, die am 31. August 2018 auf unbestimmte Dauer im Amt des Koordinators einer Regelsekundarschule zeitweilig bezeichnet sind, gelten ab dem 1. September 2018 als auf unbestimmte Dauer im Amt des Middle Managers einer Regelsekundarschule zeitweilig bezeichnet. Die im Amt des Koordinators einer Regelsekundarschule erbrachten Dienste werden für die Berechnung des in Artikel 91septies §3 angeführten Amtsalters berücksichtigt.“

Die Bezeichnung eines auf unbestimmte Dauer im Amt des Middle Managers einer Regelsekundarschule eingestellten Personalmitglieds endet von Amtes wegen am 31. August 2021, wenn es die in Artikel 91quinquiesdecies Nummer 2 angeführte Bedingung zu diesem Zeitpunkt nicht erfüllt.“

Art. 30 - In das Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 169quinquiesdecies eingefügt:

„Art. 169quinquiesdecies - In Abweichung von den Artikeln 91quinquies und 91sexies bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2018 das Personalmitglied auf unbestimmte Dauer im Amt des Koordinators einer Time Out-Einrichtung, das in den Schuljahren 2016-2018 im Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule bezeichnet war und die Koordination der in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 9 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen angeführten Aufgabe wahrgenommen hat. Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.“

KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. JULI 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ANWERBUNGSÄMTER, WELCHE DIE PERSONALMITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN UNTERRICHTSEINRICHTUNGEN BEKLEIDEN MÜSSEN, UM IN EIN AUSWAHLAMT ERNANNT ZU WERDEN

Art. 31 – In Artikel 1 Buchstabe E des Königlichen Erlasses vom 22. Juli 1969 zur Festlegung der Anwerbungsämter, welche die Personalmitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen bekleiden müssen, um in ein Auswahlamt ernannt zu werden, wird die Zeile über den Werkstattleiter und die Zeile über den Unterdirektor aufgehoben.

Art. 32 – In Artikel 2 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Zeile über den Direktionssekretär aufgehoben.

KAPITEL 7 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE, PROTESTANTISCHE, ISRAELITISCHE, ORTHODOXE, ISLAMISCHE UND ANGLIKANISCHE RELIGION IN DEN LEHRANSTALTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 33 - In Buchstabe A) §3 Buchstabe f) des Anhangs des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, aufgehoben durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und wieder eingeführt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird die Wortfolge „und mindestens 130 ECTS Punkte umfassenden“ gestrichen.

KAPITEL 8 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. JANUAR 1974 ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 160 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALUNTERRICHT, DES PERSONALS DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE UND DER PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER AUFSICHT ÜBER DIESE EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES

Art. 34 - Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, ersetzt durch den Erlass der Exekutive vom 1. September 1993, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird im einleitenden Satz die Wortfolge „Koordinatoren einer Regelsekundarschule“ durch die Wortfolge „Middle Manager einer Regelsekundarschule, Koordinatoren einer Time Out-Einrichtung,“ ersetzt.
2. In Nummer 2, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Wortfolge „Koordinatoren einer Regelsekundarschule“ durch die Wortfolge „Middle Manager einer Regelsekundarschule, Koordinatoren einer Time Out-Einrichtung“ ersetzt.

Art. 35 - In Artikel 3 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass Nummer 69 vom 20. Juli 1982, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Die in Absatz 1 angeführte Bestimmung findet ebenfalls Anwendung, wenn das Personalmitglied die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 4. September 1989 betreffend den Urlaub wegen verkürzter Arbeitszeit, der den Personalmitgliedern im staatlichen Unterrichtswesen und in den staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren gewährt wird, wenn sie das Alter von fünfzig Jahren erreicht haben oder mindestens zwei Kinder haben, die nicht älter als vierzehn Jahre sind, und betreffend die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand vorgesehene Beurlaubung im Laufe des Schuljahres in Anspruch genommen hat.“

KAPITEL 9 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1977 ZUR FESTLEGUNG DER VORSCHRIFTEN UND BEDINGUNGEN FÜR DIE BERECHNUNG DER ANZAHL PLANSTELLEN IN BESTIMMTEN ÄMTERN DES ERZIEHUNGSHILFS- UND VERWALTUNGSPERSONALS DES SEKUNDAR- UND HOCHSCHULUNTERRICHTSWESENS MIT AUSNAHME DER UNIVERSITÄTEN

Art. 36 - Artikel 3 §1.2 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs- und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Koordinator“ jeweils durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Koodinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ ersetzt.

KAPITEL 10 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 29. JUNI 1984 ÜBER DIE ORGANISATION DES SEKUNDARSCHULWESENS

Art. 37 - In den Titel IV des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens wird folgendes Kapitel I.1, das die Artikel 61.1-61.9 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL I.1 - BESONDERE BESTIMMUNGEN ÜBER DIE HOCHBEGABTENFÖRDERUNG“

Art. 38 - In den Titel IV Kapitel I.1 desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 61.1 eingefügt:

„Art. 61.1 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf hochbegabte Schüler im Regelsekundarschulwesen.“

Zur Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. hochbegabte Schüler: die Schüler, die in mindestens drei Begabungsbereichen einen Intelligenzquotienten von 130 aufweisen;
2. Werktag: die Wochentage Montag bis Freitag mit Ausnahme der gesetzlich festgelegten Feiertage.“

Art. 39 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 61.2 eingefügt:

„Art. 61.2 - In Abweichung von Artikel 9 §§1 bis 3, 10 §1, 33 §§1 bis 3 und 34 §1 können hochbegabte Schüler aufgrund eines positiven Entscheids der Konferenz zur Begabungsförderung bei der Ersteinschreibung in eine Sekundarschule in ein erstes Beobachtungsjahr oder ein zweites gemeinsames Jahr eingeschrieben werden,

1. wenn sie im Besitz eines Grundschulabschlusszeugnisses sind, oder
2. wenn sie nicht im Besitz eines Grundschulabschlusszeugnisses und mindestens zehn Jahre alt sind.“

Art. 40 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 61.3 eingefügt:

„Art. 61.3 – In Abweichung von Artikel 11 bis 15 und 35 bis 38 können hochbegabte Schüler aufgrund eines positiven Entscheids der Konferenz zur Begabungsförderung in ein drittes, viertes oder fünftes Studienjahr des allgemeinbildenden, technischen oder künstlerischen Sekundarunterrichts eingeschrieben werden, wenn sie in einem vorherigen Schuljahr in ein erstes oder ein zweites Sekundarjahr eingeschrieben waren.“

Art. 41 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 61.4 eingefügt:

„Art. 61.4 – Zur Inanspruchnahme von Artikel 61.2 oder 61.3 reichen die Erziehungsberechtigten bis zum 31. Mai einen Antrag auf Einschreibung eines hochbegabten Schülers beim Leiter der Regelsekundarschule ein, in der der Schüler im folgenden Schuljahr eingeschrieben werden soll.

Dem Antrag werden folgende Dokumente beigefügt:

1. ein Übergabeprotokoll der abgebenden Schule oder Klasse, wenn der Schüler bereits in derselben Sekundarschule eingeschrieben ist, aus dem ersichtlich ist, welche Kompetenzen, Kompetenzerwartungen und Inhaltskontexte der Schüler bereits erarbeitet hat, und das die Dokumentation der Beobachtungen im sozio-emotionalen Bereich sowie eine Empfehlung für die weitere Beschulung an der Sekundarschule beinhaltet.
2. ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung, das nicht älter als sechs Monate ist und das einen Intelligenzquotienten von mindestens 130 in mindestens drei Begabungsbereichen bescheinigt.

Das in Absatz 2 angeführte Gutachten wird von den Erziehungsberechtigten eingeholt und beinhaltet folgende Angaben:

1. Name der Einrichtung,
2. Titel und berufliche Referenzen des/der Sachverständigen, der/die Auswertung und das Gutachten des Schülers erstellt hat/haben,
3. die zur Feststellung verwendeten Tests und Techniken,
4. die geprüften Begabungsbereiche und den für den jeweiligen Bereich ermittelten Intelligenzquotienten,
5. Übersicht der gesamten Entwicklung des Kindes bzw. des Jugendlichen,
6. Empfehlungen zur Potenzialentwicklung, falls der Schüler in mindestens drei Begabungsbereichen einen Intelligenzquotienten von mindestens 130 vorweist,
7. Empfehlungen zum Förderort, zur Studienform und zum Studienjahr aufgrund der Einschätzung des erreichten Kompetenzniveaus.

Wird das Gutachten von einer Einrichtung erstellt, die nicht das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist, so müssen die Erziehungsberechtigten das Gutachten durch das Zentrum anerkennen lassen. Das Zentrum prüft innerhalb von 15 Werktagen, inwiefern das Gutachten die oben stehenden Angaben beinhaltet. Sollte das Zentrum zu dem Schluss kommen, dass das Gutachten nach inhaltlicher Prüfung nicht anerkannt werden kann oder dass es nicht die oben angeführten Angaben beinhaltet, schickt es eine mit Gründen versehene Absage per einfachem Schreiben an die Erziehungsberechtigten. Es obliegt den Erziehungsberechtigten beim Zentrum oder einer anderen Einrichtung ein neues Gutachten in Auftrag zu geben.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf Verkürzung der Sekundarschulzeit.“

Art. 42 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 61.5 eingefügt:

„Art. 61.5 - Nach Erhalt des in Artikel 61.4 angeführten Antrags, beruft der Leiter der aufnehmenden Regelsekundarschule eine Konferenz zur Begabungsförderung ein, die sich zusammensetzt aus:

1. dem Leiter der aufnehmenden Regelsekundarschule, der den Vorsitz übernimmt;
2. dem Leiter der abgebenden Primarschule bei einer Einschreibung gemäß Artikel 61.2;
3. den Erziehungsberechtigten;
4. den betroffenen Mitgliedern des Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals;
5. einem Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
6. einem förderpädagogischen Berater einer Fördergrund- und -sekundarschule.

Auf Antrag des Leiters der Regelsekundarschule können maximal zwei Vertreter der Unterrichtsverwaltung mit beratender Funktion an der Konferenz zur Begabungsförderung teilnehmen.

Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, sich während der Sitzung der Konferenz zur Begabungsförderung durch einen Berater ihrer Wahl begleiten zu lassen.

Der hochbegabte Schüler wird entweder während einer Sitzung der Konferenz zur Begabungsförderung von den Mitgliedern oder im Vorfeld von einem oder mehreren der Mitglieder angehört, insofern die Erziehungsberechtigten einverstanden sind.“

Art. 43 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 61.6 eingefügt:

„Art. 61.6 - §1 - Die in Artikel 61.5 angeführten Mitglieder werden vom Leiter der aufnehmenden Regelsekundarschule mindestens zehn Werktage vor der Sitzung der Konferenz zur Begabungsförderung schriftlich eingeladen.

Die Tatsache, dass ein Mitglied der Konferenz zur Begabungsförderung nicht erscheint, hindert die Konferenz nicht daran, in der Angelegenheit zu entscheiden.

§2 - Die Mitglieder der Konferenz zur Begabungsförderung legen innerhalb von 15 Werktagen, nachdem der Leiter der aufnehmenden Regelsekundarschule den Antrag erhalten hat, einvernehmlich für das folgende Schuljahr fest:

1. in welcher Studienform, Studienrichtung und Studienjahr in der Regelsekundarschule der Schüler beschult wird, und
2. welche spezifischer Begleitmaßnahmen erforderlich sind.

Die Entscheidung der Konferenz zur Begabungsförderung wird ausführlich begründet.

§3 - Der Schulleiter teilt den Erziehungsberechtigten die Entscheidung binnen drei Werktagen nach dem Tag, an dem diese getroffen wurde, per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung mit. Die Schulferien gelten nicht als Werktage.“

Art. 44 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 61.7 eingefügt:

„Art. 61.7 - Wird in der Konferenz zur Begabungsförderung kein Einvernehmen zwischen den Mitgliedern erzielt, verweist der Leiter der Regelsekundarschule die Akte per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Abschluss der Beratungen in der Konferenz zur Begabungsförderung an den Förderausschuss. Das Datum des Poststempels oder der Empfangsbestätigung ist maßgebend.

Der Förderausschuss übermittelt den Erziehungsberechtigten und dem Leiter der Regelsekundarschule per Einschreiben seine mit Gründen versehene Entscheidung innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach Versand des im vorhergehenden Absatzes angeführten Einschreibens.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Werktagen nach Versand des Einschreibens, das die Entscheidung beinhaltet, schriftlich mit. Dieser verweist dann die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter.“

Art. 45 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 61.8 eingefügt:

„Art. 61.8 - §1 - Bei den Unterrichtsaktivitäten kann der betroffene Leiter der Regelsekundarschule den Besuch außerschulischer Lernorte anerkennen und in den Stundenplan aufnehmen lassen:

1. auf eigene Initiative und in Absprache mit den Erziehungsberechtigten, oder
2. auf Antrag der Erziehungsberechtigten.

§2 - Die Erziehungsberechtigten reichen einen Antrag beim Leiter der Regelsekundarschule ein, in der der Schüler eingeschrieben ist.

Dem Antrag wird eine Beschreibung des außerschulischen Lernortes beigefügt, das folgende Angaben beinhaltet:

1. Name der Einrichtung,
2. Titel und berufliche Referenzen der Person, die den Schüler beim außerschulischen Lernort begleitet und fördert,
3. Beschreibung der Aktivitäten, die am außerschulischen Lernort angeboten werden,
4. Angestrebte Kompetenzen, die dem Schüler vermittelt werden.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf den Besuch außerschulischer Lernorte.

§3 - Der Schulleiter trifft seine Entscheidung in Absprache mit den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals und des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen innerhalb von 10 Werktagen nach Erhalt des Antrags. Die Schulferien gelten nicht als Werktage. Der Schulleiter kann externe Experten zur Beratung hinzuziehen.

Der Schulleiter teilt den Erziehungsberechtigten die begründete Entscheidung binnen drei Werktagen nach dem Tag, an dem diese getroffen wurde, per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung mit. Schulferien gelten nicht als Werktage.

§4 - Sind die Erziehungsberechtigten mit der vom Schulleiter getroffenen Entscheidung nicht einverstanden, können sie gemäß Artikel 61.7 Einspruch beim Förderausschuss einlegen.“

Art. 46 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 61.9 eingefügt:

„Art. 61.9 – Unbeschadet der Artikel 24 §1 und 79 §1 verleiht der Klassenrat dem Schüler, der gemäß Artikel 61.2 Nummer 2 in ein zweites gemeinsames Sekundarjahr eingeschrieben wurde und das betreffende Studienjahr erfolgreich abgeschlossen hat, das Abschlusszeugnis der Grundschule.

In Abweichung von Artikel 25 §1 Nummer 1 verleiht der Klassenrat dem Schüler, der gemäß Artikel 3 in ein drittes, viertes oder fünftes Studienjahr des allgemeinbildenden, technischen oder künstlerischen Sekundarunterrichts eingeschrieben wurde und das betreffende Studienjahr erfolgreich abgeschlossen hat, das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts.“

Art. 47 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 61.10 eingefügt:

„Art. 61.10 - Spätestens in dem Schuljahr, in dem der gemäß Artikel 2 Nummer 2 eingeschriebene Schüler vor dem 1. Januar 11 Jahre alt geworden ist, nimmt er zum ersten Mal an der externen Prüfungssitzung zum Erlangen des Abschlusszeugnisses der Grundschule teil, insofern er dieses noch nicht erlangt hat.

Spätestens in dem Schuljahr, in dem der gemäß Artikel 61.2 oder 61.3 eingeschriebene Schüler vor dem 1. Januar 14 Jahre alt geworden ist, nimmt er zum ersten Mal am externen Prüfungsausschuss zum Erlangen des Abschlusszeugnisses der Unterstufe der Sekundarunterrichts teil, insofern er dieses noch nicht erlangt hat.“

KAPITEL 11 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 1990 ZUR BESTIMMUNG DER WEISE, WIE DIE DIENSTPOSTEN FÜR DAS PERSONAL IM FÖRDERSCHULWESEN FESTGELEGT WERDEN

Art. 48 – In Artikel 5quinquies Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird die Wortfolge „9 bis 12“ durch die Wortfolge „10 bis 12“ und die Zahl „12“ durch die Zahl „8“ ersetzt.

KAPITEL 12 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 18. APRIL 1994 BEZÜGLICH DER EINSETZUNG DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DEN SEKUNDARUNTERRICHT SOWIE DER DURCHFÜHRUNG DER PRÜFUNGEN VOR DIESEM AUSSCHUSS

Art. 49 - In Artikel 14 des Dekrets vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 werden zu den Prüfungen der Studienrichtung der berufsbildenden Unterstufe des Sekundarunterrichts „Spezialisierungsjahr: allgemeinbildende Kurse“ ausschließlich folgende Kandidaten zugelassen:

1. Kandidaten mit einem Gesellenzeugnis oder Meisterbrief oder einem dem gleichgestellten Studiennachweis;
2. die Lehrlinge, die sich sowohl in Allgemeinkunde als auch in Fachkunde mindestens im zweiten Lehrjahr befinden.“

KAPITEL 13 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 1996 ÜBER DIE ORGANISATION EINES TEILZEITUNTERRICHTS IM RAHMEN DES BERUFSBILDENDEN REGELSEKUNDARSCHULWESENS

Art. 50 - Artikel 9 §1 Absatz 3 des Dekrets vom 25. Juni 1996 über die Organisation eines Teilzeitunterrichts im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens, ersetzt durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge „der Kategorie Erziehungshilfspersonal“ wird durch die Wortfolge „oder eines Aufseher-Erziehers“ ersetzt.
2. Die Wortfolge „des Sozialassistenten“ wird durch die Wortfolge „des Sozialassistenten oder des Aufseher-Erziehers“ ersetzt.

Art. 51 - Artikel 11 Absatz 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. das Wort „Sozialassistenten“ wird durch die Wortfolge „Sozialassistenten oder eines Aufseher-Erziehers“ ersetzt;
2. der Satz 2 wird aufgehoben.

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES PROGRAMMDEKRETS 1997 VOM 20. MAI 1997

Art. 52 - In Artikel 4ter §3 des Programmdekrets 1997 vom 20. Mai 1997, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, werden folgende Absätze 5 und 6 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b) erhält eine Regelsekundarschule, der ein Institut für Weiterbildung angegliedert ist, dessen Stundenkapital jährlich über 6000 Stunden liegt, eine zusätzliche halbe Stelle für die Koordination des Instituts für Weiterbildung, wenn mindestens 400 Schüler am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres im Institut für Weiterbildung eingeschrieben sind. Diese halbe Stelle steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.“

Wird die gemäß Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b) und Absatz 5 vorgesehene Stelle unter mehreren Personalmitgliedern verteilt, hat jedes Personalmitglied für die Hälfte der ihm zugewiesenen Koordinationsstunden Anrecht auf die in Absatz 2 festgelegte Besoldung.“

KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 53 - Artikel 20 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, ersetzt durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe d) wird wie folgt ersetzt:
„d) die mit den Schülern vereinbarte Form ihrer Mitwirkung am schulischen Leben und die Bereiche, in denen die Schüler ein Recht auf Mitbestimmung haben;“
2. In Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe a) wird das Wort „Ziele“ durch das Wort „Schulentwicklungsziele“ ersetzt.
3. In Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe b) wird die Wortfolge „die Planung der Umsetzung“ durch die Wortfolge „die Entwicklungsplanung mit Maßnahmen zur Umsetzung“ ersetzt.
4. In Absatz 3 wird folgender Satz eingefügt:
„Den Middle Managern obliegt im Sinne von Change Management die Koordination und Steuerung der Umsetzung und Weiterentwicklung des Schulprojekts.“

Art. 54 – In Artikel 49 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgender Satz eingefügt:

„Die Personen, die eine Middle-Management-Funktion innehaben und nicht gewähltes Mitglied des pädagogischen Rates sind, sind Mitglieder des Pädagogischen Rates mit beratender Stimme.“

Art. 55 – Artikel 51 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird folgende Nummer 16 eingefügt:

„16. Schulentwicklungsziele und Schulentwicklungsarbeit der Schule“

2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„Der Pädagogische Rat arbeitet in Fragen der Schulentwicklung eng mit den Middle Managern und der Schulleitung zusammen. Der Pädagogische Rat berät und unterstützt die Entwicklungs-, Koordinations-, und Steuerungsarbeit der Middle Manager. Der Pädagogische Rat kann in Abstimmung mit der Schulleitung Aufträge an die Middle Manager erteilen.“

Art. 56 – Artikel 55 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 55 – Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung der Schüler“

Die Schüler und die Schülervertretungen wirken am schulischen Leben mit und haben ein Recht auf Mitbestimmung in den Bereichen, die sie direkt betreffen.

Der Leiter einer Sekundarschule richtet eine gewählte Schülervertretung in seiner Schule ein. Ist die Einrichtung einer gewählten Schülervertretung aus organisatorischen Gründen nicht möglich, wird die Mitwirkung der Schüler am schulischen Leben und ihr Recht auf Mitbestimmung in gleich welcher Form gewährleistet.

Der Leiter einer Primarschule kann eine gewählte Schülervertretung in seiner Schule einrichten. Wird keine gewählte Schülervertretung eingerichtet, wird die Mitwirkung der Schüler am schulischen Leben und ihr Recht auf Mitbestimmung in gleich welcher Form gewährleistet.

Das Schulprojekt einer jeden Schule enthält Bestimmungen über die Form der Mitwirkung der Schüler am schulischen Leben und die Bereiche, in denen die Schüler ein Recht auf Mitbestimmung haben. Diese Bestimmungen werden gemeinsam mit der Schülervertretung im pädagogischen Rat erarbeitet und dem Schulträger zur Entscheidung vorgelegt. Besteht in einer Schule keine Schülervertretung, gewährleistet der pädagogische Rat, dass die Schüler bei der Erarbeitung dieser Bestimmungen in gleich welcher Form mitwirken können.“

Art. 57 – In Artikel 93.81 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Absatz 8 eingefügt:

„Regelsekundarschulen, die Schüler ganz oder teilweise in den Regelunterricht eingliedern, die in den letzten drei Jahren regulär in einer Sprachlernklasse eingeschrieben waren, erhalten im Amt des Lehrers für Sprachlernklassen:

1. Ab 3 bis 6 Schüler: eine Viertelstelle;
2. 7 bis 12 Schüler: eine zusätzliche Viertelstelle;
3. 13-18 Schüler: eine zusätzliche Viertelstelle;
4. 19-24 Schüler: eine zusätzliche Viertelstelle;
5. pro Tranche von jeweils sechs weiteren Schülern erhält die Sekundarschule jeweils eine weitere Viertelstelle.“

Art. 58 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgendes Kapitel VIIIsexies, das die Artikel 93.82-93.96 umfasst, eingefügt:
„Kapitel VIIIsexies – Beschulung in einer Time Out-Einrichtung“

Art. 59 – In das Kapitel VIIIquinquies desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.82 eingefügt:
„Art. 93.82 – Anwendungsbereich

Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die Time Out-Einrichtungen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert werden.“

Art. 60 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.83 eingefügt:
„Art. 93.83 - Zielsetzung

Die durch das vorliegende Kapitel organisierte Time Out-Einrichtung ermöglicht einerseits den Jugendlichen, die aufgrund sozial-emotionaler Verhaltensauffälligkeiten in der schulischen oder in der mittelständischen Ausbildung den Anschluss verloren haben und auf Dauer in ihrer Teilhabe an der Schulgemeinschaft eingeschränkt sind, eine zeitlich befristete Auszeit innerhalb derer sie ihre schulischen und beruflichen Projekte neu aufarbeiten, um anhaltende Motivation und Kompetenzen zu entwickeln im Hinblick auf die Verwirklichung ihrer persönlichen Lern-, Berufs- und Lebensperspektiven. Andererseits ermöglicht die Time Out-Einrichtung Schulabbrüchen vorzeitig entgegenzuwirken indem sie Schulpersonal Unterstützung in Form von Beratung zur Erweiterung der Handlungsfähigkeit im schulischen Umgang mit sozial-emotionalen Verhaltensauffälligkeiten anbietet.“

Art. 61 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.84 eingefügt:
„Art. 93.84 - Auftrag

Der Auftrag der Time Out-Einrichtung umfasst folgende Aufgaben:

1. Beschulung der in Artikel 93.83 angeführten Jugendlichen in der Time Out-Einrichtung, die folgende Aufgaben umfasst:
 - 1.1. Reintegration in die Herkunftsschule oder in das Herkunfts-ZAWM;
 - 1.2. Integration in eine neue Schule oder in ein neues ZAWM;
 - 1.3. Vorbereitung auf die Prüfungen der externen Prüfungsausschüsse oder auf die Prüfungen an Schulen oder ZAWM;
 - 1.4. Verbindung von Theorie und Praxis durch die Ermöglichung von Praktika;
 - 1.5. Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung im Hinblick auf umfassende Unterstützung:
 - 1.5.1. Bei der Vermittlung in die Lehre;
 - 1.5.2. Vorbereitung auf eine Aufnahmeprüfung;
 - 1.5.3. Frühzeitige fallbezogene Zusammenarbeit mit den ZAWM;
 - 1.6. Zeitlich befristete sozialpädagogische Einzelbetreuungen zum Auffangen von besonders schwierigen Krisensituationen.
2. Unterstützung der Schulen und ZAWM, Erziehungsberechtigten, Jugendliche und angrenzende Fachdiensten in beratender Funktion mit dem Ziel, alternative Handlungsmöglichkeiten auszuarbeiten in Bezug auf Jugendliche, die vom Schulausschluss oder Schulabbruch bedroht sind oder die nicht mehr an eine Schule angebunden sind. Die Beratung umfasst folgende Aufgaben im Bereich der sozial-emotionalen Auffälligkeiten:
 - 2.1. Präventive Information, Sensibilisierung und Beratung der Personalmitglieder der Schule oder des ZAWM,
 - 2.2. Beratungsgespräche zu Einzelfallanalysen,
 - 2.3. Beratung zu individuellen Förderplänen und Unterrichtsgestaltung,



- 2.4. Begleitung der Reintegrationsprozesse von Time Out-Schülern,
3. Angebot einer sozial-emotionalen Fachberatung, die
 - 3.1. betroffene Personalmitglieder der Schule und der ZAWM vor Ort berät und unterstützt mit dem Ziel, präventiv Schul- oder Lehrabbrüchen entgegenzuwirken und Vor-Ort-Lösungen zu schaffen,
 - 3.2. die Jugendlichen und die betroffenen Personalmitglieder der Schule oder des ZAWM nach Abschluss der Time Out-Intervention im Rahmen von Re- und Integrationsprozessen begleitet.“

Art. 62 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.85 eingefügt:

„Art. 93.85 - Zusammenarbeit mit den Regel- und Förderschulen sowie den ZAWM

Die von der Time Out-Einrichtung unterstützten Schulen sowie ZAWM sind zu Folgendem verpflichtet:

1. Sie stellen der Time Out-Einrichtung Unterrichtsmaterialien in den Fächern Mathematik, Deutsch und Französisch erste Fremdsprache bei Einschreibung in die Time Out-Einrichtung und in regelmäßigen Abständen während der Beschulung des Schülers in der Time Out-Einrichtung zur Verfügung. Auf Antrag des Koordinators der Time Out-Einrichtung stellen die Herkunftsschulen oder Herkunft-ZAWM auch Unterrichtsmaterialien anderer Fächer der Einrichtung zur Verfügung.
2. Sie laden einen Vertreter der Time Out-Einrichtung zu Klassenräten der Herkunftsschule oder des Herkunft-ZAWM ein, um den Klassenrat über die Entwicklung der jeweiligen Schüler, die in der Time Out-Einrichtung beschult werden, zu informieren.
3. Mindestens einmal alle zwei Monate findet ein Treffen zwischen dem zuständigen Personalmitglied der Time Out-Einrichtung und den betroffenen Personalmitgliedern der Herkunftsschule oder des Herkunft-ZAWM statt.
4. Bei (Re)integrationsprozessen organisiert die Herkunftsschule oder das Herkunft-ZAWM mindestens ein vorbereitendes Treffen, an dem die betroffenen Personalmitglieder der Schule oder des ZAWM sowie Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen teilnehmen. Im Rahmen dieses Treffens werden die Handlungsempfehlungen der Time Out-Einrichtung präsentiert und für die Umsetzung vorbereitet.
5. Für die Umsetzung der Unterrichtsangebote kann die Time Out-Einrichtung auf Personal, Ausstattung und Räumlichkeiten folgender Einrichtungen zurückgreifen:
 - a. Alle Sekundarschulen und Institute für schulische Weiterbildung, unabhängig von der Trägerschaft;
 - b. ZAWM.“

Art. 63 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.86 eingefügt:

„Art. 93.86 - Zusammenarbeit mit anderen Fachdiensten

Im Bedarfsfall greift die Time Out-Einrichtung auf die Unterstützung des Jugendhilfedienstes zurück.

Mindestens einmal im Schuljahr findet eine Koordinationsversammlung zwecks Evaluation und Anpassung der Zusammenarbeit statt

1. zwischen Vertretern des Jugendhilfedienstes, des Jugendgerichtsdienstes und der Time Out-Einrichtung,
2. zwischen Vertretern des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und der Time Out-Einrichtung.“

Art. 64 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.87 eingefügt:

„Art. 93.87 - Berufsgeheimnis

Die Personalmitglieder der Time Out-Einrichtung sind im Rahmen der Ausführung ihrer Tätigkeit an das Berufsgeheimnis gebunden. Artikel 4.11 und 4.12 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen findet Anwendung, wobei unter „Zentrum“ die Time Out-Einrichtung zu verstehen ist.“

Art. 65 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.88 eingefügt:

„Art. 93.88 - Einschreibung der Schüler

Die in Artikel 93.83 angeführten Jugendlichen können als reguläre Schüler in die Time Out-Einrichtung eingeschrieben werden, wenn sie zum Zeitpunkt der Einschreibung folgende Bedingungen erfüllen:

1. Sie unterliegen der Schulpflicht.
2. Sie sind mindestens 12 Jahre alt.
3. Sie sind in einer schulischen oder mittelständischen Einrichtung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben oder haben ihren Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
4. Die in Artikel 93.91 angeführte Entscheidung der Schulinspektion befürwortet die Einschreibung.

Die Schulinspektion kann aufgrund außergewöhnlicher Umstände in Einzelfällen von den in Absatz 1 Nummer 1 und 2 angeführten Bedingungen abweichen.

Der in der Time Out-Einrichtung eingeschriebene Schüler bleibt ebenfalls in der Schule oder dem ZAWM eingeschrieben, die/das er bis zum Zeitpunkt der Einschreibung in die Time Out-Einrichtung eingeschrieben war.

Indem ein Schüler die Time Out-Einrichtung besucht, genügt er der Schulpflicht.“

Art. 66 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.89 eingefügt:

„Art. 93.89 - Antragstellung für den Fall, dass der Jugendliche in einer Schule oder einem ZAWM eingeschrieben ist

§1 - Erachtet der Leiter der Schule oder des ZAWM, in der/dem der Jugendliche eingeschrieben ist, im Folgenden Herkunftsschule genannt, eine Einschreibung in die Time Out-Einrichtung aufgrund der in Artikel 93.83 angeführten Kriterien als erforderlich, beruft er nach einem ersten Beratungsgespräch zwischen den betroffenen Personalmitgliedern, die sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befinden, dem Koordinator der Time Out-Einrichtung, einem Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ein Standortgespräch mit den Erziehungsberechtigten, dem Koordinator der Time Out-Einrichtung, den betroffenen Personalmitgliedern der Herkunftsschule und einem Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ein.

Externe Experten können zum Standortgespräch hinzugezogen werden.

Der Jugendliche kann entweder während des Standortgesprächs oder im Vorfeld von einem oder mehreren der Teilnehmer des Standortgesprächs angehört werden, insofern die Erziehungsberechtigten einverstanden sind.

Der Leiter der Herkunftsschule ist verantwortlich ein Protokoll des Standortgesprächs zu erstellen, das Folgendes beinhaltet:

1. Teilnehmer des Standortgesprächs;

2. Ort und Datum des Standortgesprächs;
3. Zielsetzungen;
4. Lösungspisten;
5. Entscheid der Teilnehmer;
6. Liste der betroffenen Personalmitglieder der Herkunftsschule.

Der Leiter der Herkunftsschule erstellt das Protokoll des Standortgesprächs in Absprache mit den Teilnehmern des Standortgesprächs und sendet ihnen das Protokoll innerhalb von 10 Werktagen zu.

§2 – Befürworten die Teilnehmer des Standortgesprächs eine Einschreibung in eine Time Out-Einrichtung, holt der Leiter der Herkunftsschule das schriftliche Einverständnis der Erziehungsberechtigten zur Antragstellung und zum Einholen des in Absatz 2 Nummer 4 angeführten Gutachtens ein. Der Leiter der Herkunftsschule reicht einen Antrag auf Einschreibung in eine Time Out-Einrichtung beim Koordinator der Time Out-Einrichtung ein.

Der Antrag des Leiters der Herkunftsschule beinhaltet:

1. die Kontaktangaben des Schülers;
2. das Einverständnis der Erziehungsberechtigten;
3. die Stellungnahme des Klassenrates;
4. das Gutachten des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, das eine begründete Empfehlungen zum Förderort beinhaltet;
5. das Protokoll des Standortgesprächs;
6. die Angaben zur voraussichtlichen Aufenthaltsdauer in der Time Out-Einrichtung;
7. eine Kopie des letzten Zeugnisses;
8. eine Übersichtsliste, auf der alle Lehrer des Schülers mit ihren jeweiligen Fächern vermerkt sind;
9. Mitteilung des Ansprechpartners in der Herkunftsschule.

§3 - Der Koordinator der Time Out-Einrichtung nimmt innerhalb von 10 Werktagen Stellung zum angeführten Antrag und sendet den Antrag der Schulinspektion mit seiner Stellungnahme zur kurzfristigen Aufnahmemöglichkeit per einfachem Schreiben zu. Die Schulferien gelten nicht als Werktage.

Bei der Stellungnahme kann sich der Koordinator der Time Out-Einrichtung von externen Experten beraten lassen.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf eine Einschreibung in die Time Out-Einrichtung.“

Art. 67 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.90 eingefügt:

„Art. 93.90 - Antragstellung für den Fall, dass der Jugendliche nicht mehr in einer Schule oder einem ZAWM eingeschrieben ist

§1 - Ist der Jugendliche, der die in Artikel 93.83 angeführten Kriterien aufweist, in keiner Schule oder ZAWM in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mehr eingeschrieben, und die Schulinspektion erachtet eine Einschreibung in eine Time Out-Einrichtung als erforderlich, lädt die Schulinspektion aus eigener Initiative oder auf Antrag der Erziehungsberechtigten oder anderer Einrichtungen zu einem Standortgespräch ein, an dem die Erziehungsberechtigten, der Koordinator der Time Out-Einrichtung und ein Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen teilnehmen.

Die Schulinspektion kann externe Experten und die betroffenen Personalmitgliedern der Schule oder des ZAWM, in der/dem der Jugendliche zuletzt eingeschrieben war, hinzuziehen.

Artikel 93.89 §1 Absätze 3-5 finden Anwendung, wobei der Koordinator für das Erstellen des Protokolls verantwortlich ist.

§2 - Befürworten die Teilnehmer des Standortgesprächs eine Einschreibung in eine Time Out-Einrichtung, reichen die Erziehungsberechtigten den Antrag auf Einschreibung in die Time Out-Einrichtung beim Koordinator der Time Out-Einrichtung ein und geben ihr schriftliches Einverständnis zum Einholen des in Absatz 2 Nummer 4 angeführten Gutachtens.

Der Koordinator der Time Out-Einrichtung nimmt innerhalb von 10 Werktagen Stellung zum angeführten Antrag und sendet den Antrag der Schulinspektion mit seiner Stellungnahme zur kurzfristigen Aufnahmemöglichkeit per einfachem Schreiben zu. Die Schulferien gelten nicht als Werktage.

Der Antrag des Koordinators der Time Out-Einrichtung beinhaltet:

1. die Kontaktangaben des Schülers;
2. der Antrag und das Einverständnis der Erziehungsberechtigten;
3. das Gutachten des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, das eine begründete Empfehlungen zum Förderort beinhaltet;
4. das Protokoll des Standortgesprächs;
5. die Angaben zur voraussichtlichen Aufenthaltsdauer in der Time Out-Einrichtung;
6. eine Kopie des letzten Zeugnisses.“

Art. 68 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.91 eingefügt:

„Art. 93.91 - Entscheidung der Schulinspektion

Die Schulinspektion trifft innerhalb von 10 Werktagen nach Erhalt des Antrags auf Einschreibung in die Time Out-Einrichtung über die Aufnahme des Schülers an der Time Out-Einrichtung eine Entscheidung, die das Datum der Einschreibung und die Dauer der Aufenthalts festlegt. Bei Stillschweigen gilt der Antrag als genehmigt. Die Schulferien gelten nicht als Werktage.

Die Entscheidung der Schulinspektion wird innerhalb von drei Werktagen nach dem Tag, an dem die Entscheidung getroffen wurde, per einfachem Schreiben mitgeteilt:

1. dem Leiter der Herkunftsschule, wenn der Antrag gemäß Artikel 93.89 erfolgt ist, der die Erziehungsberechtigten und den Koordinator der Time Out-Einrichtung über die Entscheidung in Kenntnis setzt;
2. dem Koordinator der Time Out-Einrichtung, wenn der der Antrag gemäß Artikel 93.90 erfolgt ist, der die Erziehungsberechtigten über die Entscheidung in Kenntnis setzt.

Gilt der Antrag bei Stillschweigen als genehmigt, ist das Datum der Einschreibung der erste Schultag, der dem Ablauf der in Absatz 1 angeführten Frist folgt, und die Dauer des Aufenthalts entspricht der im Antrag vorgeschlagenen Dauer.“

Art. 69 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.92 eingefügt:

„Art. 93.92 - Verlängerung des Aufenthalts und vorzeitige Beendigung

Auf Antrag des Koordinators der Time Out-Einrichtung kann die Schulinspektion gemäß Artikel 93.91 den Aufenthalt des Jugendlichen in der Time Out-Einrichtung verlängern. Der Antrag des Koordinators der Time Out-Einrichtung beinhaltet:

1. die Kontaktangaben des Schülers.
2. das Einverständnis der Erziehungsberechtigten;
3. ein aktueller Sachstandsbericht der Time Out-Einrichtung
4. die Angaben zur voraussichtlichen Verlängerung der Aufenthaltsdauer in der Time Out-Einrichtung;

Der Koordinator kann in Absprache mit den förderpädagogischen Beratern und den Erziehungsberechtigten die Beschulung eines Schülers in der Time Out-Einrichtung vorzeitig beenden. Er informiert die Schulinspektion schriftlich über die vorzeitige Beendigung und stellt der Schulinspektion einen begründeten Abschlussbericht zu. Der Absatz findet keine Anwendung bei einem Fehlverhalten des Schülers.“

Art. 70 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.93 eingefügt:

„Art. 93.93 - Verweis und vorübergehender Ausschluss aus der Time Out-Einrichtung

Der Koordinator der Time Out-Einrichtung hat die Möglichkeit, Schüler gemäß Artikel 42 bis 45 der Time Out-Einrichtung zu verweisen oder einen vorübergehenden Ausschluss von der Time Out-Maßnahme auszusprechen.

Insofern der Jugendliche durch den Jugendhilfedienst oder Jugendgerichtsdienst betreut wird, findet eine Konzertierung mit dem zuständigen Dienst und einem Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen statt, die vor dem in Artikel 45 angeführten Verfahren beim vorübergehenden Ausschluss und beim Schulverweis stattfindet. Der Koordinator lädt zu dieser Konzertierung ein.“

Art. 71 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.94 eingefügt:

„Art. 93.94 - Organisation der Studien

Der in der Time Out-Einrichtung erteilte Unterricht kann

1. sozialpädagogische Maßnahmen, allgemeinbildende, technische und berufsbildende Unterrichte umfassen sowie durch Praktika ergänzt werden.
2. nach Fächern oder fachübergreifend im Rahmen von Unterrichtseinheiten sowie sozialpädagogischen Lernangeboten organisiert werden.

Der in der Time Out-Einrichtung erteilte Unterricht findet an den gemäß Kapitel VI festgelegten Unterrichtstagen statt, mit Ausnahme der Praktika, die während den Schulferien während des Schuljahres stattfinden dürfen.“

Art. 72 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.95 eingefügt:

„Art. 93.95 - Time Out-Einrichtung

Eine Time Out-Einrichtung darf geschaffen oder subventioniert werden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Time Out-Einrichtung ist an eine Fördergrund- und -sekundarschule angegliedert.
2. Sie zählt am 15. November des betreffenden Schuljahres mindestens drei Schüler.

Erfüllt die Time Out-Einrichtung die in Absatz 1 Nummer 2 angeführte Bedingung nicht, wird sie ab dem 16. November geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert und der Schulträger trägt die Gehalts- und Funktionskosten bis zum 15. November.

Die Regierung kann auf Antrag der Schulinspektion eine Abweichung von der in Absatz 1 Nummer 2 angeführte Bedingung gewähren, die nur für das betreffende Schuljahr Gültigkeit hat.

Die Führung der Time Out-Einrichtung wird vom Leiter der Schule gewährleistet, dem diese Time Out-Einrichtung angegliedert ist.

Art. 73 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.96 eingefügt:
„Art. 93.96 - *Stellenkapital*

Die Time Out-Einrichtung erhält vier Vollzeitäquivalent im Amt des förderpädagogischen Beraters an einer Fördergrund- und Fördersekundarschule und eine Stelle im Amt des Koordinators einer Time Out-Einrichtung.

Das Stundenkapital erhält die Schule, in der der Jugendliche bis zum Zeitpunkt der Einschreibung in die Time Out-Einrichtung eingeschrieben war. War der Jugendliche zum Zeitpunkt seiner Einschreibung in die Time Out-Einrichtung unter Lehrvertrag, zählt er weiter für die Klassennormen der ZAWMs.

Die Mittel für pädagogische Zwecke bzw. die Reduzierung der Schulkosten erhält die die Schule, in der der Jugendliche bis zum Zeitpunkt der Einschreibung in die Time Out-Einrichtung eingeschrieben war.“

Art. 74 – In Artikel 96 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 11. Mai 2009 und 25. Oktober 2010, werden folgende Nummern 20 und 21 eingefügt:

„20. die Aufgaben, die dazu beitragen, die Schulentwicklung im Sinne des Leitbilds und der Schulentwicklungsziele für die kontinuierliche Qualitätsverbesserung voranzutreiben.

21. die Beauftragung der Middle Manager in Bezug auf operative Aufgaben des Managements in der Schulorganisation und in Bezug auf strategische Aufgaben in der Schul- und Unterrichtsentwicklung.“

Art. 75 – Artikel 96.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 96.2 – *Middle Manager einer Regelsekundarschule*

Die operativen und strategischen Aufgaben des Middle Managers einer Regelsekundarschule umfassen vor allem folgende Aufgaben:

1. Beratung und Unterstützung der Schulleitung und des Kollegiums in der Schulentwicklung;
2. Unterstützung der Schulleitung in Managementaufgaben der Schulorganisation und der Organisations- und Personalentwicklung;
3. Konzeptionelle und strukturierende Planung sowie Wissensmanagement für schuleigene Entwicklungsprozesse;
4. Change Management durch Initiierung, Koordination und Prozesssteuerung von Schulentwicklungsverläufen, insbesondere im Bereich der Unterrichtsentwicklung;
5. Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung, insbesondere Dokumentation und Evaluation von schuleigenen Entwicklungsprozessen;
6. Aufbau, Unterstützung, Moderation und Begleitung von Lehrerteams und Arbeitsgruppen;
7. Gewährleistung eines praxisorientierten Wissenstransfers zwischen Schulleitung und Lehrerkollegium;
8. Koordination und Vernetzung aller Schulorgane;



9. Organisation schulinterner Weiterbildungen und Moderation zielführender pädagogischer Konferenztage;
10. Entwicklung von organisatorischen Unterstützungsangeboten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -ergebnisse im Schulalltag;
11. Transfer von praxisrelevanten Forschungserkenntnissen.“

Art. 76 - In Artikel 97 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender §5 eingefügt:

„§5 - In Abweichung von §1 umfasst der Auftrag des Koordinators einer Time Out-Einrichtung folgende Aufgaben:

1. Koordination der Anschaffung von didaktischem Material für die Time Out-Einrichtung;
2. Empfang und Beitrag zur raschen Integration neuer Mitarbeiter in eine Time Out-Einrichtung;
3. Zusammenarbeit mit den Vertretern der schulischen und mittelständischen Einrichtungen;
4. Zusammenarbeit mit relevanten Institutionen und externen Experten;
5. Beratung von Schülern und ihren Erziehungsberechtigten;
6. persönliche ständige Fort- und Weiterbildung;
7. Schlichtung von Konflikten und Wahrung der Qualität von Teamarbeit;
8. Dokumentation und Evaluation von Time Out spezifischen Entwicklungsprozessen und Transfer von praxisrelevanten Forschungserkenntnissen;
9. Unterstützung des Schulleiters bei der Qualitätssicherung des pädagogischen und psycho-sozialen Angebots der Time Out-Einrichtung.“

Art. 77 - In Kapitel XII, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 123sexies eingefügt:

„Art. 123sexies - Schüler, die im Schuljahr 2017-2018 im Rahmen der in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 9 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen angeführten Aufgabe betreut wurden, werden zum 1. September 2018 in die Time Out-Einrichtung eingeschrieben und die Dauer des Aufenthaltes entspricht der Dauer, die vor diesem Zeitpunkt festgelegt worden war.“

KAPITEL 16 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 78 - In der Überschrift des Kapitels IVter des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird das Wort „Koordinatoren“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.

Art. 79 - Artikel 62.13 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Koordinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ und das Wort „Koordinator“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.
2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Die Artikel 62.6 §§2 und 3, 62.7 §§1 und 2, 62.8, 62.20 bis 62.12 finden Anwendung auf den Middle Manager.“

Art. 80 - Artikel 62.14 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 62.14 – Zulassungsbedingungen

Ausschließlich ein Personalmitglied der betreffenden Schule darf das Amt des Middle Managers bekleiden, wenn es:

1. die in Artikel 62.3 angeführten Bedingungen erfüllt;
2. die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung für ein Amt der Kategorie des Lehrpersonals erfüllt;
3. eine nützliche Berufserfahrung von mindestens drei Jahren aufweist.

Die in Absatz 1 Nummer 3 angeführte nützliche Berufserfahrung ist im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit zu erbringen, die in Zusammenhang mit dem ausgeübten Amt steht, wobei teilzeitige Dienste verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet werden.

Kann das Amt nicht mit einem Personalmitglied der betreffenden Schule besetzt werden, darf es von einer Person bekleidet werden, die die in den Absätzen 1 und 2 angeführten Bedingungen erfüllt.“

Art. 81 - Artikel 62.15 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Koordinator“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Koordinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ ersetzt.

Art. 82 - In Artikel 62.16 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Die Einstellung des Bewerbers erfolgt für die Dauer eines Schuljahres. Bei Vorlage eines Bewertungsberichtes des Schulleiters, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, wird die Einstellung nach Ablauf des Schuljahres um ein weiteres Schuljahr verlängert. Liegt nach Ablauf der zweiten Einstellung erneut ein Bewertungsbericht des Schulleiters vor, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, erfolgt die dritte Einstellung auf unbestimmte Dauer. Der Schulleiter fasst für den Middle Manager pro Schuljahr mindestens einen Bewertungsbericht gemäß Artikel 62.20, solange der Middle Manager auf bestimmte Dauer bezeichnet ist.“

Art. 83 - Artikel 62.17 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Koordinator“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ und die Wortfolge „weiterhin sein Gehalt und erhält zusätzlich“ durch die Wortfolge „zuzüglich zu seinem Gehalt“ ersetzt.
2. In Absatz 3, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird das Wort „Koordinator“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.

Art. 84 - In Artikel 62.18 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird das Wort „Koordinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ ersetzt.

Art. 85 - Artikel 62.19 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird aufgehoben.

Art. 86 - In Kapitel IVsexies desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 62.30.1 eingefügt:

„Art. 62.30.1 - Gehalt und Prämie

§1 - Während der Ausübung des Amtes als Unterdirektor erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422/I.

§ 2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer oder definitiv eingestellt ist, als Unterdirektor eingestellt, bezieht sie in Abweichung von §1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$P = X - M$,

P = die Prämie,

X = das in §1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer oder definitiv eingestellt ist, als Unterdirektor eingestellt, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 angeführte Betrag gilt.

§4 - Der in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und vom 19. Juli 2001, an die Schwankungen des Verbraucherpreisindexes gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in §2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der Unterdirektor nicht von der Krankenkasse entschädigt wird.“

Art. 87 - In Kapitel IVsepties desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 62.35 eingefügt:

„Art. 62.35 - Gehalt und Prämie

§1 - Während der Ausübung des Amtes als Werkstattleiter erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage nachfolgender in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabellen:

1. für den Werkstattleiter der Unterstufe des Sekundarschulwesens: Gehaltstabelle 226;
2. für den Werkstattleiter der Oberstufe des Sekundarschulwesens: Gehaltstabelle 231.

§ 2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer oder definitiv eingestellt ist, als Werkstattleiter eingestellt, bezieht sie in Abweichung von §1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$$P = X - M,$$

P = die Prämie,

X = das in §1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer oder definitiv eingestellt ist, als Werkstattleiter eingestellt, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 angeführte Betrag gilt.

§4 - Der in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und vom 19. Juli 2001, an die Schwankungen des Verbraucherpreisindexes gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in §2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der Werkstattleiter nicht von der Krankenkasse entschädigt wird."

Art. 88 - In Titel I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgendes Kapitel IVocties, das den Artikel 62.36 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL IVocties – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR KOORDINATOREN EINER TIME OUT-EINRICHTUNG“

Art. 89 – In das Kapitel IVocties desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.36 eingefügt:

„Art. 62.36 – Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV finden die Artikel 62.3 bis 62.8, 62.11, 62.12, 62.17 und 62.29 Anwendung auf das Amt des Koordinators einer Time Out-Einrichtung.“

Art. 90 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgendes Kapitel IVnovies, das die Artikel 62.37 bis 62.41 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL IVnovies - BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DIREKTIONSSEKRETÄRE“

Art. 91 - In das Kapitel IVnovies desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.37 eingefügt:

„Art. 62.37 – Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Direktionssekretärs ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 62.6, 62.7 §1 Absatz 1 und §2 und 62.10 bis 62.12 finden Anwendung auf das Amt des Direktionssekretärs.“

Art. 92 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.38 eingefügt:

„Art. 62.38 – Ausschließlich ein Personalmitglied der betreffenden Schule darf das Amt des Direktionssekretärs bekleiden, wenn es die in Artikel 62.3 angeführten Bedingungen erfüllt.

Kann das Amt nicht mit einem Personalmitglied der betreffenden Schule besetzt werden, darf es von einer Person bekleidet werden, die die in Artikel 62.3 angeführten Bedingungen erfüllt.“

Art. 93 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.39 eingefügt:

„Art. 62.39 – Aufruf und Bewerbung

Der Schulträger veröffentlicht einen Bewerbungsauftrag für eine Bezeichnung per Aushang in der betreffenden Schule sowie in jeder angemessenen Form. Der Auftrag enthält das erforderliche Profil des Direktionssekretärs und die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen. Wird von der in Artikel 62.38 Absatz 2 angeführten Möglichkeit Gebrauch gemacht, wird der Auftrag zusätzlich in der Presse veröffentlicht.

Die Bewerbung wird anhand eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u.a. ein Motivationsschreiben bei, in dem er auf die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen eingeht.“

Art. 94 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.40 eingefügt:

„Art. 62.40 – Einstellung

Der Schulträger entscheidet, welcher Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich unter anderem, auf das Motivationsschreiben, auf ein oder mehrere Bewerbungsgespräche und auf die Berufserfahrung.“

Art. 95 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.41 eingefügt:

„Art. 62.41 – Vorübergehender Ersatz

§1 – Wenn die Einstellung des Direktionssekretärs beendet wird oder er aus dem Amt scheidet oder er aufgrund einer Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend abwesend ist, kann der Schulträger ihn bis zum Ende des Schuljahres durch eine Person ersetzen, die die in Artikel 62.3 Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

§2 – Während des Zeitraums des vorübergehenden Ersatzes gelten für das ersetzende Personalmitglied die Artikel 62.7 §1 Absatz 1, 62.11, 62.12 und 62.42.“

Art. 96 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.42 eingefügt:

„Art. 62.42 – Gehalt und Prämie

§1 - Während der Ausübung des Amtes als Direktionssekretär erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarunterrichtswesens gelten und zur Festlegung der Besoldungstabellen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 152.

§ 2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Direktionssekretär eingestellt, bezieht sie in Abweichung von §1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$P = X - M$,

P = die Prämie,

X = das in §1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Direktionssekretär eingestellt, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 angeführte Betrag gilt.

§4 - Der in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und 19. Juli 2001, an die Schwankungen des Verbraucherpreisindexes gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März

1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in § 2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der Direktionssekretär nicht von der Krankenkasse entschädigt wird.“

Art. 97 - Artikel 69.8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Während der Ausübung des Amtes als Hauptlehrer, Leiter einer autonomen Grundschule oder Übungsgrundschulleiter erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf Grundlage der ihm gemäß Artikel 2 Kapitel B „Direktions- und Lehrpersonal des Primarschulwesens“ Nummer 7, 8 und 9 des in Absatz 3 Nummer 1 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zugewiesenen Gehaltstabelle.“

2. §5, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird aufgehoben.

Art. 98 - In Artikel 119.3 Absatz 4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „Koordinator einer Regelsekundarschule“ ersetzt durch die Wortfolge „Middle Manager einer Regelsekundarschule“ ersetzt.

Art. 99 - In den Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 119.13 eingefügt:

„Art. 119.13 – Personalmitglieder, die am 31. August 2018 auf unbestimmte Dauer im Amt des Koordinators einer Regelsekundarschule zeitweilig eingestellt sind, gelten ab dem 1. September 2018 als auf unbestimmte Dauer im Amt des Middle Managers einer Regelsekundarschule zeitweilig eingestellt. Die im Amt des Koordinators einer Regelsekundarschule erbrachten Dienste werden für die Berechnung des in Artikel 62.6 §3 erwähnten Amtsalters berücksichtigt.“

Die Einstellung eines auf unbestimmte Dauer im Amt des Middle Managers einer Regelsekundarschule eingestellten Personalmitglieds endet von Amts wegen am 31. August 2021, wenn es die in Artikel 62.14 Nummer 2 angeführte Bedingung zu diesem Zeitpunkt nicht erfüllt.“

Art. 100 - In den Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 119.14 eingefügt:

„Art. 119.14 - In Abweichung von Artikeln 62.4 und 62.5 bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2018 das Personalmitglied auf unbestimmte Dauer im Amt des Koordinators einer Time Out-Einrichtung, das in den Schuljahren 2016-2018 im Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule bezeichnet war und die Koordination der in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 9 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen angeführten Aufgabe wahrgenommen hat. Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.“

Art. 101 - In den Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 119.15 eingefügt:

„Art. 119.15 – Personalmitglieder, die am 31. August 2018 auf unbestimmte Dauer im Amt des administrativen Koordinators zeitweilig eingestellt sind, gelten ab dem 1. September 2018 als auf unbestimmte Dauer im Amt des Chefsekretärs zeitweilig eingestellt.“

Die im Amt des administrativen Koordinators erbrachten Dienste werden für die Berechnung des Dienstalters im Amt des Chefsekretärs berücksichtigt.“

Art. 102 - In denselben Titel wird folgender Artikel 119.16 eingefügt:

„Art. 119.16 – Bei einem Personalmitglied, das am 31. August 2018 auf unbestimmte Dauer im Amt des administrativen Koordinators zeitweilig eingestellt ist, gilt die in Artikel 49 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung für eine definitive Einstellung im Amt des Chefsekretärs als erfüllt.“

KAPITEL 17 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. APRIL 1999 ÜBER DAS REGELGRUNDSCHULWESEN

Art. 103 Artikel 20 §2 Absatz 2 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, ersetzt durch das Dekret vom 20. Juni 2015, wird aufgehoben.

Art. 104 - Artikel 48 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 48 – *Administrative Koordination*

§1 - Für administrative Koordinationsaufgaben erhält der Schulträger für alle seine Grundschulen zusammen entsprechend der Gesamtschülerzahl folgende Anzahl Stellen im Amt des Chefsekretärs:

1. ab 100 Schülern: eine Viertelstelle,
2. von 101 bis 200 Schüler: zwei Viertelstellen,
3. von 201 bis 300 Schüler: drei Viertelstellen,
4. von 301 bis 400 Schüler: eine Vollzeitstelle,
5. für jede weitere angefangene Gruppe von 100 Schülern: eine zusätzliche Viertelstelle.

Der Schulträger legt den Einsatzort bzw. die Einsatzorte des Chefsekretärs fest.

§2 – Erhält der Schulträger gemäß §1 mindestens eine Vollzeitstelle für administrative Koordinationsaufgaben, kann er mit Genehmigung der Regierung bis zu einem Drittel des gemäß §1 erhaltenen Stellenkapitals verwenden, um Projekte im Bereich der Schulentwicklung oder der Pädagogik zu verwirklichen. Eine Verwendung desselben Stellekapitals zur Organisation des Unterrichts ist ausgeschlossen.

Zur Inanspruchnahme von Absatz 1 stellt der Schulträger bis zum 31. Mai bei der Regierung einen Antrag, der eine Beschreibung der Projekte, deren Verwirklichung der Schulträger im folgenden Schuljahr anstrebt, und die Anzahl Stellen, die zur Verwirklichung derselben Projekte verwendet werden soll, enthält. Die Regierung trifft auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion bis zum 15. Juli desselben Jahres ihre Entscheidung. Bei Stillschweigen der Regierung gilt der Antrag dann als abgelehnt.“

Art. 105 - In Artikel 73 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Wortfolge „administrativer Koordinator“ durch das Wort „Chefsekretär“ und die Wortfolge „administrativen Koordinators“ durch das Wort „Chefsekretärs“ ersetzt.

KAPITEL 18 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 30. JUNI 2003 ÜBER DRINGENDE MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2003

Art. 107 - Artikel 2 §1 Absatz 2 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 Buchstabe c) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

„7. Urlaub zwecks Ausübung desselben Amtes oder eines anderen Amtes, angeführt in Kapitel II des vorliegenden Dekrets, unter der Bedingung, dass das Personalmitglied den Urlaub in Anspruch nimmt, um entweder an einer anderen Unterrichtseinrichtung dasselbe oder ein anderes Amt zu bekleiden, oder um an derselben Unterrichtseinrichtung ein Auswahl- oder Beförderungsamts zu bekleiden.“

KAPITEL 19 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 107 - In der Überschrift des Kapitels IVquater des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird das Wort „Koordinatoren“ durch die Wortfolge „Middle Manager“ ersetzt.

Art. 108 - Artikel 56.13 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird das Wort „Koordinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ ersetzt.

2. In dem Artikel wird das Wort „Koordinators“ durch die Wortfolge „Middle Managers“ ersetzt.

Art. 109 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgendes Kapitel IVnovies eingefügt:

„KAPITEL IVnovies - BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DAS AMT DES KOORDINATORS EINER TIME OUT-EINRICHTUNG“

Art. 110 - In das Kapitel IVnovies desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.18 eingefügt:

„Art. 56.18 - In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Koordinators einer Time Out-Einrichtung anhand einer Bezeichnung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.“

Art. 111 - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel IVdecies, das den Artikel 56.19 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL IVdecies - BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DIREKTIONSSEKRETÄRE

Art. 112 - In das Kapitel IVdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.19 eingefügt:

„Art. 56.19 - In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Direktionssekretärs anhand einer Bezeichnung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.“

Art. 113 - Artikel 64.19 desselben Dekrets eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. §1, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Während der Ausübung des Amtes als Hauptlehrer, Leiter einer autonomen Grundschule oder Übungsgrundschulleiter erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf Grundlage der ihm gemäß Artikel 2 Kapitel B „Direktions- und Lehrpersonal des Primarschulwesens“ Nummer 7, 8 und 9 des in Absatz 3 Nummer 1 angeführten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zugewiesenen Gehaltstabelle.“

2. §5 wird aufgehoben.

Art. 114 - In Kapitel XIV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, werden folgende Artikel 111terdecies eingefügt:

„Art. 111terdecies - Personalmitglieder, die am 31. August 2018 auf unbestimmte Dauer im Amt des administrativen Koordinators zeitweilig bezeichnet sind, gelten ab dem 1. September 2018 als auf unbestimmte Dauer im Amt des Chefsekretärs zeitweilig bezeichnet. Die im Amt des administrativen Koordinators erbrachten Dienste werden für die Berechnung des Dienstalters im Amt des Chefsekretärs berücksichtigt.“

Art. 115 - In dasselbe Kapitel, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, werden folgende Artikel 111quaterdecies eingefügt:

„Art. 111quaterdecies - Bei einem Personalmitglied, das am 31. August 2018 auf unbestimmte Dauer im Amt des administrativen Koordinators zeitweilig bezeichnet ist, gilt die in Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung für eine definitive Ernennung im Amt des Chefsekretärs als erfüllt.“

KAPITEL 20 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 19. APRIL 2004 ÜBER DIE VERMITTLUNG UND DEN GEBRAUCH DER SPRACHEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 116 - In Artikel 4 §3 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005, wird die Wortfolge „Artikel 6.7 §2“ durch die Wortfolge „Artikel 6.11“ ersetzt.

KAPITEL 21 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 117 - In Artikel 5.73 §2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, wird das Wort „Dozenten“ durch das Wort „Personalmitglieder mit Unterrichtsauftrag“ und das Wort „der Dozent“ durch „das Personalmitglied mit Unterrichtsauftrag“ ersetzt.

Art. 118 - Artikel 5.75 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird aufgehoben.

Art. 119 - Artikel 5.79 Nummern 1, 2 und 4 desselben Dekrets werden aufgehoben.

Art. 120 - Die Überschrift des Titel VI desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„Titel VI - Stellenkapital“

Art. 121 - Artikel 6.3 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 26. Juni 2006 und 25. Mai 2009, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 6.3 - Unterstützendes Personal

Für Verwaltungsaufgaben, Kommunikation, die Betreuung der pädagogischen Mediotheken sowie die Organisation von Weiterbildungen und Zusatzausbildungen stehen der Hochschule 7,5 Stellen zur Verfügung, die durch ein Amt in der Kategorie des Verwaltungs- oder Erziehungshilfspersonals zu bekleiden sind.

Zur Betreuung der System- und Netzwerktechnik steht der Hochschule eine Stelle zur Verfügung im Amt des Netzwerktechnikers.“

Art. 122 - Artikel 6.5 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 123 – Artikel 6.6 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 124 – Artikel 6.6.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird aufgehoben.

Art. 125 - Artikel 6.7 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 6.7 - Stellenkapital der Fachbereiche Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften und des Fachbereichs Bildungswissenschaften

Dem Fachbereich Bildungswissenschaften steht folgendes Stellenkapital zur Verfügung:

1. für die Erstausbildung im Studienbereich Lehramt: 12,75 Stellen;
2. für Weiterbildungen, Fachberatungen und Zusatzausbildungen: 4,5 Stellen;
3. für Projekte und sonstige Aufgaben: 2,5 Stellen.

Dem Fachbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften steht folgendes Stellenkapital zur Verfügung:

1. für die Erstausbildung kurze Studiendauer im Studienbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften: 11,25 Stellen;
2. für die Erstausbildung im ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterricht im Studienbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften: 5,5 Stellen;
3. für das Vorbereitungsjahr zwecks Zulassung zum ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts im Studienbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften sowie auf die Prüfungen zum schulexternen Erwerb des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts: 1,75 Stellen;
4. für Zusatzausbildungen: 0,75 Stellen;
5. für Projekte und andere Aufgaben: 0,5 Stellen.“

Art. 126 - In Artikel 6.8 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt.

Art. 127 – In den Titel VI desselben Dekrets wird folgender Untertitel 5 eingefügt:
„Untertitel 5 – Verwendung des Stellenkapitals“

Art. 128 – In Titel VI Untertitel 5 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 6.11 eingefügt:

„Art. 6.11 – Verwendung des Stellenkapitals

Der Schulträger kann mit Zustimmung des Basiskonzertierungsausschusses:

1. das in Artikel 6.7 gewährte Stellenkapital zur Einstellung von Gastdozenten sowie für die Organisation von Weiterbildungen und Forschung verwenden.



2. das in Artikel 6.3 Absatz 2 gewährte Stellenkapital für die Betreuung der System- und Netzwerktechnik verwenden.

Die Verwendung des in Absatz 1 angeführten Stellenkapitals darf keine Zurdispositionstellung wegen Stellenmangel verursachen.

Art. 129 - In Artikel 7.4 §2 Absatz 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. Nach dem Wort „Gastdozenten“ wird die Wortfolge „ , der Betreuung der System- und Netzwerktechnik“ eingefügt.
2. Die Wortfolge „Artikel 6.7 §2“ wird durch die Wortfolge „Artikel 6.3 Absatz 2 und 6.7“ ersetzt.
3. Die Zahl „20“ wird durch die Zahl „38“ ersetzt.

KAPITEL 22 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 21. APRIL 2008 ZUR AUFWERTUNG DES LEHRERBERUFS

Art. 130 - Artikel 103 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20 Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;
2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:
„7. die im Auswahlamt des Middle Managers einer Regelsekundarschule, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, beschäftigten Personalmitglieder;“
3. Folgende Nummer 8 wird eingefügt:
„8. die im Auswahlamt des Koordinators einer Time Out-Einrichtung beschäftigten Personalmitglieder.“

Art. 131 - In Artikel 111.3 §1 Absatz 4 Nummer 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 19. April 2010 und abgeändert durch die Dekrete vom 19. März 2012 und 20. Juni 2016 wird die Wortfolge „letzten Arbeitstag einer Zeitspanne von vier Monaten antritt, die dem Zeitpunkt folgt, an dem“ durch die Wortfolge „30. November des Kalenderjahres antritt, in dem“ und die Wortfolge „oder die dem Zeitpunkt folgt, an dem“ durch die Wortfolge „oder in dem“ ersetzt.

KAPITEL 23 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 132 - Artikel 6.85 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, abgeändert durch das Programmdekret, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „ein Koordinator“ durch die Wortfolge „ein Koordinator, ein Zweigstellenleiter“ ersetzt.
2. §1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:
„Wenn ein Koordinator, ein Zweigstellenleiter oder ein Referent für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus auf Grund einer ihm gewährten teilzeitigen Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend abwesend ist, kann der Verwaltungsrat unbeschadet von Absatz 1 den Ersatz auch in einem Anwerbungsamt vornehmen.“
3. In §2 wird das Wort „ersetzende“ durch die Wortfolge „gemäß §1 Absatz 1 ersetzende“ ersetzt.

Art. 133 - Artikel 7.2 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird aufgehoben.

KAPITEL 24 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 134 - Der Erlass der Regierung vom 13. Juli 2000 über die schulexterne Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2012, wird aufgehoben.

Art. 135 – Das vorliegende Dekret tritt am 1. September 2018 in Kraft mit Ausnahme:

1. der Artikel 50 und 51, die mit Wirkung vom 1. September 2010 in Kraft treten;
2. der Artikel 131 und 132, die mit Wirkung vom 1. September 2017 in Kraft treten;
3. der Artikel 19-25, 32, 90-96, 111 und 112, die am 1. Juli 2018 in Kraft treten;
4. des Artikels 33, der am 1. Januar 2019 in Kraft tritt.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Der Minister für Bildung
und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS



DEKRETVORENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2018

INHALTSANGABE

Dieser Vorentwurf eines Dekrets ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals und der Organisation im Unterrichtswesen ab.

Er enthält unter anderem Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Reform des Auswahlamtes „Direktionssekretär“
- Flexibilisierung der Zulassungsbedingungen zum Amt des Middle Managers
- Verstärkte Hochbegabtenförderung im Regelsekundarschulwesen
- Schaffung einer Time Out-Einrichtung
- Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung der Schüler
- Stellenkapital der Autonomen Hochschule
- Administrative Koordination in den Regelgrundschulen



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Aufbau des vorliegenden Dekretvorentwurfs erfolgt nach gewohntem Muster: Jedes Kapitel passt einen bestimmten Regeltext an und dies in chronologischer Reihenfolge.

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

1. Präzisierung des Besoldungsstatuts (Art. 1)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Das Besoldungsstatut vom 15. April 1958 sieht unter anderem vor, dass einem Personalmitglied bei der Festlegung des finanziellen Dienstalters Dienste anerkannt werden, die es in einer Unterrichtseinrichtung, die von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union organisiert, subventioniert oder anerkannt ist, geleistet hat. Da in manchen Ländern (z.B. Deutschland) der Kindergarten bzw. die Einrichtungen, die Kinder im Vorschulalter betreuen, nicht wie in Belgien zum Bildungswesen, sondern z.B. zum Sozialbereich gehören und zudem oft nicht von der öffentlichen Hand betrieben werden, wurde das Besoldungsstatut im Jahr 2013 dahingehend ergänzt, dass ebenfalls Dienste, die an einer Einrichtung zur Betreuung von Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren geleistet worden sind, bei der Festlegung des finanziellen Dienstalters berücksichtigt werden können, falls diese Einrichtung von der zuständigen Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union organisiert, subventioniert oder anerkannt wird.

Da die derzeitige Formulierung dieser Regelung missverständlich ist und zu der Annahme verleiten könnte, dass nicht nur Dienste, die in einem ausländischen Kindergarten, sondern auch Dienste, die in einer Kinderkrippe oder im Rahmen der außerschulischen Betreuung erbracht wurden, anerkannt werden, schlägt die Regierung vor, den Text dahingehend zu präzisieren, dass die Einrichtung, in der Kinder im Kindergartenalter betreut werden, inhaltlich einem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Kindergarten entsprechen muss.

Artikel 1 nimmt die Abänderung im Besoldungsstatut vor.

2. Textkorrektur betreffend die Besoldung der Werkstattleiter, Unterdirektoren und Provisoren sowie der Grundschulleiter (Art. 15, 16, 27, 31, 86, 87, 97 und 113)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Durch das Dekret vom 20. Juni 2016 wurde im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens und des freien subventionierten Unterrichtswesens jeweils ein gesondertes Kapitel mit besonderen statutarischen Bestimmungen für Unterdirektoren, Provisoren und Werkstattleiter eingefügt. Es wurde in diesem Zusammenhang versäumt, ähnlich wie es für die anderen Auswahl- und Beförderungssämter gilt, vorzusehen, dass die Prämie, die der Unterdirektor, Provisor oder Werkstattleiter gegebenenfalls bezieht, im Falle einer Abwesenheit wegen Krankheit, eines Mutterschaftsurlaubs oder Abwesenheiten im Rah-

men des Mutterschutzes weiterhin ausbezahlt wird, insofern das Personalmitglied nicht zu Lasten der Krankenkasse fällt. In diesem Fall zahlt die Krankenkasse ein Ersatzeinkommen, das auf Grundlage des Gehalts und der Prämie berechnet wird. Aus diesem Grund schlägt die Regierung vor, in beide Statuten einen Artikel, der die Modalitäten in Bezug auf das Gehalt und die Prämie regelt, nachträglich einzufügen.

Dieselbe Bestimmung wird ebenfalls für Grundschulleiter vorgeschlagen.

Artikel 15 nimmt diese Abänderung für die Ämter des Unterdirektors und des Provisors im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 16 nimmt diese Abänderung für das Amt des Werkstattleiters im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 27 nimmt die Abänderung für die Grundschulleiter im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 31 hebt die Anwerbungsämter, die zu den Ämtern des Unterdirektors und des Werkstattleiters führen, sowie die erforderlichen Befähigungsnachweise im Königlichen Erlass vom 22. Juli 1969 auf.

Artikel 86 nimmt diese Abänderung für das Amt des Unterdirektors im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor. Das Amt des Provisors besteht nicht im freien subventionierten Unterrichtswesen.

Artikel 87 nimmt diese Abänderung für das Amt des Werkstattleiters im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

Artikel 97 nimmt die Abänderung für die Grundschulleiter im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

Artikel 113 nimmt die Abänderung für die Grundschulleiter im Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor. Die Abänderungen in Bezug auf den Unterdirektor und den Werkstattleiter sind in diesem Statut nicht erforderlich, da in diesen Fällen auf das Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens verwiesen wird.

3. Reform des Auswahlamtes „Direktionssekretär“ (Art. 19-25, 32, 90-96, 111 und 112)

Inkrafttreten: 1. Juli 2018

Das derzeit gültige Verfahren hinsichtlich der Auswahl von Kandidaten für das Amt des Direktionssekretärs im Sekundarschulwesen bedarf aus mehreren Gründen einer dringenden Modernisierung:

1. Momentan sieht das Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens keine zeitweilige Bezeichnung, sondern lediglich eine definitive Ernennung in einem Auswahlamt vor. Ein Personalmitglied, das ein Auswahlamt bekleiden möchte, muss folglich seine Ursprungsernennung kündigen. Es besteht nicht die Möglichkeit ein Auswahlamt im Rahmen eines Urlaubs zwecks Ausübung eines anderen Amtes zu bekleiden.

2. Die Zugangsvoraussetzungen für Auswahlämter sind recht einschränkend. Das Amt des Direktionssekretärs ist beispielsweise nur Personalmitgliedern zu-

gänglich, die im Gemeinschaftsunterrichtswesen das Amt des Aufseher-Erziehers oder Sekretär-Bibliothekars bekleiden. Im Gegensatz zu anderen Auswahl- und Beförderungsämtern, die vor einigen Jahren reformiert wurden, können also weder externe Personen, noch Personen, die in anderen Ämtern eingestellt sind, dieses Amt bekleiden.

3. Das Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens sieht vor, dass die Auswahlkommission zur Einstufung der Bewerber lediglich das Dienstalter, das Amtsalter, die Beurteilungs- und Inspektionsberichte sowie die Befähigungsnachweise berücksichtigt. Die Motivation, die Sozialkompetenzen oder auch die Berufserfahrung des Kandidaten finden hingegen keine Berücksichtigung.

Die Regierung schlägt daher vor, das für Direktionssekretäre gültige Auswahlverfahren zu flexibilisieren.

Der Vorschlag sieht vor, dass der Kandidat in punkto Diplom mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügen muss. Zugelassen sind sowohl im Unterrichtswesen tätige Personalmitglieder als auch externe Personen, wobei die Stelle erst öffentlich ausgeschrieben wird, wenn schulintern kein geeigneter Kandidat gefunden wird.

Der Schulträger entscheidet, welcher Bewerber das Amt bekleiden soll. Er stützt sich bei seiner Auswahl auf das vom Bewerber eingereichte Motivationsschreiben, auf ein oder mehrere Bewerbungsgespräche und auf die Berufserfahrung. Die Bezeichnung bzw. Einstellung erfolgt auf unbestimmte Dauer. Eine Ernennung ist ab dem Alter von 50 Jahren möglich, wenn das Personalmitglied ein Amtsalter von mindestens 5 Jahren aufweist und der letzte Beurteilungsbericht mindestens mit dem Vermerk ausreichend schließt.

Artikel 19 fügt ein Kapitel VII in den Königlichen Erlass vom 22. März 1969 ein.

Artikel 20 verweist auf die Artikel des Lehrerstatuts im Gemeinschaftsunterrichtswesen, die Anwendung auf den Fachbereichsleiter einer Fördersekundarschule finden in Bezug auf die Zulassungsbedingungen, die Beendigung der Bezeichnung, die Ernennung, das Dienstrecht, den Bewertungsbericht und die Einspruchsmöglichkeit, die mögliche Rückkehr in das vorherige Amt und die Berücksichtigung der Dienste.

Artikel 21 legt die Zulassungsbedingungen im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens fest.

Artikel 22 regelt den Aufruf und die Bewerbung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens.

Artikel 23 regelt die Bezeichnung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens.

Artikel 24 regelt den vorübergehenden Ersatz im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens.

Artikel 24 regelt Gehalt und Prämie im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens.

Artikel 32 hebt die Anwerbungsämter, die zu dem Amt des Direktionssekretärs führen, sowie die erforderlichen Befähigungsnachweise im Königlichen Erlass vom 22. Juli 1969 auf.



Artikel 90-96 nehmen die in Artikel 19-25 angeführten Abänderungen im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

Artikel 111 und 112 fügen ein Kapitel IVdecies in das Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens ein, das auf das Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens verweist.

4. Kommission zur Bezeichnung von Schulleitern (Art. 26)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Das Statut des Gemeinschaftsunterrichtswesens schreibt in Bezug auf das Anwerbungsverfahren für Schulleiter vor, dass der Schulträger eine unabhängige Kommission einsetzt, die die Bewerbungsgespräche führt und in der Folge ein Gutachten erstellt, das die geeigneten Bewerber für die betreffende Stelle klassiert. Dieses Gutachten wird anschließend dem Schulträger übermittelt. Ihm obliegt es einen Kandidaten für die ausgeschriebene Stelle zu bezeichnen.

Die hierüber angeführte Kommission setzt sich derzeit aus folgenden Personen zusammen:

1. einem Vorsitzenden, der unter den Personalmitgliedern der Stufe I des für das Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichs des Ministeriums ausgewählt wird;
2. einem Personalmitglied des Ministeriums, das über Fachkenntnisse auf dienstrechtlicher Ebene verfügt;
3. einem Personalmitglied des Ministeriums, das über Fachkenntnisse auf pädagogischer Ebene verfügt;
4. zwei Mitgliedern, die nicht zu den Personalmitgliedern des Ministeriums gehören und die über Fachkenntnisse im Bereich des Bildungswesens verfügen.

Die Regierung schlägt vor, diese Kommission zu erweitern um ein Personalmitglied des Ministeriums, das über Fachkenntnisse im Bereich der Unterrichtsorganisation verfügt, da dieser Aspekt bei der Anwerbung von Schulleitern und den zu führenden Bewerbungsgesprächen ebenfalls eine bedeutende Rolle spielt.

Artikel 26 nimmt diese Abänderung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

5. Erforderliche Befähigungsnachweise für Lehrer für katholische Religion (Art. 33)

Inkrafttreten: 1. Januar 2019

Durch das Dekret vom 26. Juni 2017 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2017 wurde vorgesehen, dass als erforderlicher Befähigungsnachweis für Lehrer für katholische Religion im Primarschulwesen und in der Unterstufe des Sekundarschulwesens u.a. ein Diplom des ersten Grades des Hochschulwesens (Bachelor-Diplom) ergänzt um eine vom Kultusträger anerkannte und mindestens 130 ECTS-Punkte umfassende Ausbildung in katholischer Religion gilt. Die vom Kultusträger anerkannte Ausbildung umfasst einen Grund- und Aufbaukurs in Theologie, einen religionspädagogischen Kurs, einen Kurs zum Lehrplan und zur Didaktik des Religionsunterrichts sowie Praktika. Sie kann im Fernkurs



der Domschule Würzburg und – was den Lehrplan und die Didaktik anbelangt – an der Autonomen Hochschule absolviert werden. Da die Domschule Würzburg derzeit allerdings nicht befugt ist, ECTS-Punkte zu bescheinigen, wird der Verweis auf die ECTS-Punkte in der Gesetzgebung aufgehoben. Die Bedingung der Zusatzausbildung gilt als erfüllt, wenn das Personalmitglied über eine vom Kultusträger ausgestellte Bescheinigung verfügt, aus der hervorgeht, dass es eine vom Kultusträger anerkannte Ausbildung in katholischer Religion absolviert hat.

Artikel 33 nimmt diese Abänderung im Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971.

6. Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen bei Personalmitgliedern, die mindestens 50 Jahre alt sind oder 2 Kinder unter 14 Jahren zu Lasten haben (Art. 35)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Die im Unterrichtswesen gültige Urlaubsgesetzgebung sieht vor, dass ein Personalmitglied, das im Laufe des Schuljahres einen Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen oder aus persönlichen Gründen in Anspruch genommen hat, während der Sommermonate ein Gehalt bezieht, das im Verhältnis zu den Dienstleistungen berechnet wird, die im Laufe des Schuljahres erbracht wurden, wenn der Urlaub vor den Sommerferien endet. Diese Regelung galt bislang nicht für den Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen, der Personalmitgliedern gewährt wird, wenn sie das Alter von 50 Jahren erreicht haben oder 2 Kinder zu Lasten haben, die nicht älter als 14 Jahre sind. Läuft dieser Urlaub vor den Sommerferien aus oder wird vorzeitig gekündigt, erhält das Personalmitglied während der Sommerferien kein verringertes Gehalt. Die Regierung schlägt vor, diese Ungleichbehandlung zu beheben. Fortan wird auch bei Inanspruchnahme dieser Urlaubsform das Gehalt während der Sommermonate Juli und August proratisiert.

Artikel 35 nimmt diese Abänderung im Königlichen Erlass vom 15. Januar 1974 vor.

7. Sozialpädagogische Betreuung im Teilzeitunterricht (Art. 50 und 51)

Inkrafttreten: 1. September 2010

Das Dekret vom 25. Juni 1996 über die Organisation des Teilzeitunterrichts schreibt in Artikel 9 vor, dass jedes Zentrum für Teilzeitunterricht 2,5 Vollzeitstellen im Amt eines Sozialassistenten der Kategorie des Erziehungshilfspersonals erhält für die sozialpädagogische Betreuung.

Es hat sich herausgestellt, dass diese Bestimmung in der Vergangenheit nicht dekretkonform umgesetzt worden ist. In der Tat sind zur Wahrnehmung der sozialpädagogischen Betreuung im Teilzeitunterricht in der Vergangenheit nicht nur Sozialassistenten, sondern auch Aufseher-Erzieher eingestellt worden und in diesem Amt definitiv ernannt worden.

Zur Bereinigung der Situation wird vorgeschlagen, das Dekret vom 25. Juni 1996 rückwirkend zum 1. September 2010 abzuändern und vorzusehen, dass die 2,5 Vollzeitstellen entweder im Amt des Sozialassistenten oder im Amt des Aufseher-Erziehers organisiert werden können.

Artikel 50 und 51 nehmen diese Abänderungen im Dekret vom 25. Juni 1996 vor.

8. Gewährung zusätzlicher Koordinationsstunden für Institute für Weiterbildung (Art. 52)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Die Institute für schulische Weiterbildung, die einer Regelsekundarschule angegliedert sind, haben keinen eigenen Direktor. Allerdings erhält die Regelschule, der das Institut für Weiterbildung angegliedert ist, für die Koordination des Instituts eine bestimmte Anzahl Stunden wöchentlich. Die Anzahl der gewährten Stunden ist abhängig vom Stundenkapital, das dem Institut gewährt wird, und schwankt zwischen drei Stunden (bei einem jährlichen Stundenkapital von weniger als 2000 Stunden) und zehn Stunden (bei einem jährlichen Stundenkapital von über 6000 Stunden).

Das Institut für Weiterbildung (IWB) Eupen, das dem Robert-Schuman-Institut Eupen angegliedert ist, ist mit einem jährlich gewährten Stundenkapital von 6040 Stunden, die einzige Einrichtung, die auf zehn Stunden, also eine halbe Stelle, Koordination Anrecht gibt.

Da diese halbe Stelle bereits seit geraumer Zeit nicht mehr ausreicht, um die Koordination des IWB Eupen adäquat wahrzunehmen, schlägt die Regierung vor, dem RSI künftig eine Stelle zur Wahrnehmung der Koordinationsaufgaben des IWB zu gewähren, sofern mindestens 400 Schüler am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres im IWB eingeschrieben sind. Diese Erhöhung lässt sich wie folgt begründen:

- Die Zahl der am IWB Eupen eingeschriebenen Schüler ist in den letzten Jahren konstant gestiegen. Waren im Schuljahr 2013-2014 beispielsweise 388 Schüler am IWB Eupen eingeschrieben, so belief sich die Schülerzahl im Schuljahr 2016-2017 bereits auf 463.
- Das zu beschulende Publikum hat sich im Laufe der letzten Jahre stark verändert. Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund oder schwachem sozialen Hintergrund wünschen eine Kursteilnahme. Dies zieht für die Schule einen zunehmenden organisatorischen Aufwand mit sich, da diese Personen mitunter ein hohes Maß an Unterstützung in administrativen Angelegenheiten benötigen (Hilfe beim Ausfüllen von Dokumenten, langwierige Einschreibeformalitäten und Klärung der Bezahlungsmodalitäten, Ausfüllen von Bescheinigungen für das Arbeitsamt oder das ÖSHZ,...). Darüber hinaus benötigt auch das Lehrpersonal eine intensivere Begleitung als bisher durch die Schulleitung, da es mit einem Publikum konfrontiert wird, das recht unterschiedliche Sprachniveaus aufweist. Es gilt, die schulinternen Fachcurricula unter Berücksichtigung der Heterogenität der Kursgruppen zu überarbeiten und neue Unterrichtsmaterialien zu entwerfen.
- Am IWB Eupen werden im Gegensatz zu den anderen angegliederten Instituten für Weiterbildung nicht nur Sprach- und Informatikkurse, sondern auch andere Maßnahmen organisiert:
 - o Abitur auf dem II. Bildungsweg in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt;
 - o Schulung zum Kindergartenhelfer in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und der Regierung.

Die Besoldung dieser zusätzlichen halben Stelle erfolgt nicht wie die ursprüngliche halbe Stelle auf Grundlage der Gehaltstabelle 471, sondern gemäß der allgemein gültigen Besoldungsregel, d.h. die zugewiesene Gehaltstabelle ist abhängig vom Diplom, das das

Personalmitglied besitzt. Wird die Stelle unter mehreren Personalmitgliedern verteilt, hat jedes Personalmitglied für die Hälfte der ihm zugewiesenen Koordinationsstunden Anspruch auf die Besoldung gemäß Gehaltstabelle 471.

Artikel 52 nimmt diese Abänderung im Programmdekret vom 20. Mai 1997 vor.

9. Offenerklärung der Stelle bei Inanspruchnahme eines Urlaubs zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes (Art. 106)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Das Dekret vom 30. Juni 2003 sieht vor, dass die Stelle eines Personalmitglieds für offen erklärt wird, wenn es während sechs aufeinanderfolgenden vollständigen Schuljahren einen der nachfolgenden Urlaube für mindestens die Hälfte eines vollen Stundenplans in Anspruch genommen hat:

- Urlaub wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens;
- Urlaub wegen einer Gewerkschaftstätigkeit;
- Urlaub zwecks Amtsausübung in einem ministeriellen Kabinett;
- Urlaub zwecks Amtsausübung im Kabinett des Königs;
- Politischer Urlaub;
- Urlaub wegen Tätigkeit bei einer anerkannten politischen Gruppierung.

Die Regierung schlägt vor, diese Liste um den Urlaub zwecks Ausübung desselben Amtes oder eines anderen Amtes zu ergänzen, sofern das Personalmitglied diesen Urlaub in Anspruch nimmt, um an einer anderen Unterrichtseinrichtung tätig zu sein oder um an derselben Unterrichtseinrichtung ein Auswahl- oder Beförderungsamts zu bekleiden. Bisher kann in solchen Fällen die ursprüngliche Stelle nicht für offen erklärt werden, so dass zeitweilige Personalmitglieder, die diese Stelle mitunter schon sehr lange bekleiden, nicht definitiv ernannt oder eingestellt werden können. Dem Betreffenden selbst entstehen durch diese Regelung keine nennenswerten Nachteile. Er behält seine Ernennung auch nach der Offenerklärung der Stelle.

Artikel 106 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 30. Juni 2003 vor.

10. Urlaubsgeld für Jungdiplomierte (Art. 131)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Personalmitglieder, die in demselben Jahr, in dem sie ihr Studium (oder eine Lehre) abgeschlossen haben, auch schon im Unterrichtswesen gearbeitet haben, können unter bestimmten Bedingungen ein Urlaubsgeld erhalten, das sich nicht nur auf den Zeitraum bezieht, während dessen sie tatsächlich gearbeitet haben, sondern auch auf den Zeitraum vom 1. Januar bis zum Dienstbeginn. Diese Zeit wird somit für die Berechnung des Urlaubsgelds als Dienstzeit betrachtet. Um in den Genuss dieses sogenannten Urlaubsgelds für Jungdiplomierte zu gelangen, muss das Personalmitglied spätestens 4 Monate nach Abschluss des Studiums (es zählt das Datum des Diploms) seinen Dienst im Unterrichtswesen begonnen haben und darf dazwischen nicht im Rahmen eines Arbeiter- oder Angestelltenvertrages (Studentenverträge ausgenommen) gearbeitet haben.

Diese Regelung, in der das Datum des Diploms ausschlaggebend ist für die Festlegung des viermonatigen Zeitraums, innerhalb dessen eine Tätigkeit im Unterrichtswesen be-

gonnen werden muss, birgt den Nachteil, dass ein Personalmitglied, das Ende Juni diplomiert wird, bereits Ende Oktober eine Stelle im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gefunden haben muss, um das Urlaubsgeld für Jungdiplomierte zu erhalten, ein Personalmitglied, das Ende August diplomiert wird, hingegen bis Ende Dezember Zeit hat, um eine Stelle zu finden. Die Ende Juni diplomierten Personen befinden sich folglich im Nachteil, da ihnen auf Grund der Ferienperiode de facto nur zwei Monate zur Verfügung stehen, um eine Stelle im Unterrichtswesen zu finden.

Um diese Ungleichbehandlung aufzuheben schlägt die Regierung vor, das Urlaubsgeld für Jungdiplomierte fortan jenen Personen zu gewähren, die bis spätestens 30. November des Kalenderjahres, in dem sie ihr Studium oder ihre Lehre abgeschlossen haben, ihren Dienst im Unterrichtswesen begonnen haben.

Artikel 131 nimmt diese Abänderung im Dekret vom 21. April 2008 vor.

11. Ersatz bei Kaleido (Art. 132 und 133)

Inkrafttreten: 1. September 2017

Derzeit sieht das Statut des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen vor, dass das aufgrund von gewährten Urlaubsformen nicht ausgeschöpfte Stellenkapital für Koordinatoren dem allgemeinen Stellenkapital hinzugefügt werden kann. Wenn also ein Koordinator beispielsweise nur zu 80% beschäftigt ist, können die verbleibenden 20% genutzt werden, um einen Psychologen, Sozialassistenten, ... einzustellen.

Die Regierung schlägt vor, diese Bestimmung auf die anderen Auswahlämter bei Kaleido (d.h. Zweigstellenleiter und Referent für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus) auszudehnen.

Der Verwaltungsrat hat somit fortan die Möglichkeit, alle im Auswahlamt beschäftigten Personalmitglieder, die teilweise beurlaubt wurden, im Anwerbungsamt zu ersetzen, um dadurch gegebenenfalls personelle Engpässe in anderen Bereichen aufzufangen.

Artikel 132 und 133 nehmen diese Abänderung im Dekret vom 31. März 2014 vor.

12. Flexibilisierung der Zulassungsbedingungen zum Amt des Middle Managers (Art. 5 Nummer 1, 6-14, 28, 29, 34, 36, 53 Nummer 2-4, 54, 55, 74, 75, 78-86, 98, 99, 107, 108 und 130 Nummer 2)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Da es sich als immer schwieriger erweist Personalmitglieder für das Amt des Koordinators einer Regelsekundarschule zu gewinnen, schlägt die Regierung vor, die Zulassungsbedingungen flexibler zu gestalten. Zudem schlägt die Regierung vor, das betreffende Amt umzubenennen in „Middle Manager einer Regelsekundarschule“.

Bislang konnte ein Personalmitglied das Amt des Koordinators nur bekleiden, wenn es an der betreffenden Schule bereits für mindestens einen halben Stundenplan definitiv ernannt oder auf unbestimmte Dauer bezeichnet bzw. eingestellt war. Die Regierung schlägt vor, dass künftig auch Personalmitglieder, die auf bestimmte Dauer bezeichnet bzw. eingestellt sind, oder externe Personen das Amt des Middle Managers bekleiden können. Um dennoch zu gewährleisten, dass die Personen, die das Amt des Middle Managers



ausüben, auch über das erforderliche pädagogische Know-How verfügen, werden neben der hierüber erläuterten Öffnung des Amtes zusätzliche Profilanforderungen formuliert.

Die Zugangsvoraussetzungen zum Amt des Middle Managers werden vor diesem Hintergrund konkret wie folgt gestaltet:

- Der Bewerber muss mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades (= Bachelor Diplom) verfügen;
- Der Bewerber muss die Bezeichnungs- bzw. Einstellungsbedingungen für ein Amt der Kategorie des Lehrpersonals erfüllen. Anders als bisher ist es also Mitgliedern anderer Personalkategorien (Erziehungshilfspersonal, paramedizinisches und sozialpsychologisches Personal, ...) fortan nicht mehr gestattet dieses Amt zu bekleiden. Quereinsteiger sind zur Ausübung des Amtes befähigt, insofern sie sich für ein Lehramt dienstrechtlich in Ordnung gebracht haben, d.h. drei Abweichungen durchlaufen, eine Lehrbefähigung erworben und ggf. weitere erforderliche Zusatzausbildungen absolviert haben. Diese Änderung erfolgt vor dem Hintergrund, dass die Middle Manager insbesondere Aufgaben im Bereich der Schul- und Unterrichtsentwicklung wahrnehmen und demzufolge auch über ein entsprechendes pädagogisches Know-How verfügen müssen.
- Der Bewerber muss eine nützliche Berufserfahrung von mindestens drei Jahren aufweisen. Die nützliche Berufserfahrung ist im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit zu erbringen, die in Zusammenhang mit dem ausgeübten Amt steht. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet. Somit kann also auch Berufserfahrung, die außerhalb einer Schule (z.B. in einem Bildungsbüro oder in einer Führungsposition) erworben wurde, geltend gemacht werden.

Erst wenn schulintern kein geeigneter Kandidat gefunden wird, der die Stelle besetzen kann, wird die Stelle öffentlich ausgeschrieben und durch eine Person besetzt, die die Zulassungsbedingungen erfüllt.

Eine Übergangsregelung stellt sicher, dass Personalmitglieder, die auf Grundlage der bisherigen Zulassungsbedingungen im Amt des Middle Managers auf unbestimmte Dauer bezeichnet wurden, das Amt auch weiterhin bekleiden können. Die Bezeichnung eines auf unbestimmte Dauer im Amt des Middle Managers einer Regelsekundarschule eingestellten Personalmitglieds endet allerdings von Amts wegen am 31. August 2021, wenn es zu diesem Zeitpunkt nicht die Bezeichnungs- bzw. Einstellungsbedingungen für ein Amt der Kategorie des Lehrpersonals erfüllt.

Des Weiteren wird vorgeschlagen, dass die Bezeichnung bzw. Einstellung des Middle Managers nicht mehr wie bisher von vornherein auf unbestimmte Dauer erfolgt. Der vom Schulträger im Rahmen des Bewerbungsverfahrens ausgewählte Kandidat wird für die Dauer eines Schuljahres bezeichnet. Bei Vorlage eines Bewertungsberichts des Schulleiters, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, wird die Einstellung nach Ablauf des Schuljahres um ein weiteres Schuljahr verlängert. Liegt nach Ablauf der zweiten Bezeichnung bzw. Einstellung erneut ein Bewertungsbericht des Schulleiters vor, der mindestens mit dem Vermerk „gut“ schließt, erfolgt die dritte Einstellung auf unbestimmte Dauer. Es wird somit eine Art Probezeit für diese Funktion eingeführt. Dies hat den Vorteil, dass zum einen der Schulleiter beobachten kann, ob sich das Personalmitglied grundsätzlich für die Funktion des Middle Managers eignet, zum anderen aber auch dem Personalmitglied die Möglichkeit gegeben wird, für sich selbst herauszufinden, ob es sich mit dem Tätigkeitsfeld des Middle Managers identifizieren kann, bevor eine unbefristete Bezeichnung erfolgt.

Um die Funktion des Middle Managers attraktiver zu gestalten, wird vorgeschlagen, dass der Middle Manager ernannt werden kann, wenn er mindestens 50 Jahre alt ist, ein

Amtsalter von mindestens 5 Jahren aufweist und im letzten Beurteilungsbericht mindestens den Vermerk „ausreichend“ erhalten hat.

Schließlich wird die Gesetzgebung dahingehend angepasst, dass in allen auf den Middle Manager anwendbaren Gesetzestexten, die bisherige Bezeichnung „Koordinator einer Regelsekundarschule“ durch die Bezeichnung „Middle Manager einer Regelsekundarschule“ ersetzt wird.

Zudem schlägt die Regierung vor, Artikel 20, 49, 51, 96 und 96.2 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen anzupassen.

Hiermit beabsichtigt die Regierung eine klarere Funktionen- und Aufgabendarstellung der Koordinatoren, eine schärfere Aufgabenabgrenzung zu anderen Schulorganen wie dem Pädagogischen Rat und letztlich eine verbesserte Implementierung der Schulentwicklungsaufgaben, an den Regelsekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Prüfung der geltenden Bestimmungen hat ergeben, dass die Abgrenzung der Funktionen und Aufgaben zu anderen Schulorganen nicht deutlich genug ist und dass der Aufgabenschwerpunkt der Koordinatoren noch stärker im Bereich der Schulentwicklung sowie der Qualitätssicherung und -entwicklung verankert werden muss. Auch ist die Schulentwicklung in den Aufgabenbereichen der verschiedenen Schulorgane und im Schulprojekt nicht durchgängig und deutlich genug erkennbar.

Vor diesem Hintergrund sollen die Funktionen und Aufgaben der Koordinatoren konkreter beschrieben werden. Auch die Abgrenzung der Aufgaben der Koordinatoren zu anderen Schulorganen und Funktionsträgern sollen – vor allem in Bezug auf die Schulleitung und den Pädagogischen Rat – genauer bestimmt werden. Ebenfalls sollen Schulentwicklungsaufgaben in der Aufgabenbeschreibung relevanter Schulorgane und im Schulprojekt deutlicher hervorgehoben werden, um den betreffenden Personengruppen eine Orientierung zu geben und ihnen Verpflichtungen zu kontinuierlicher Schulentwicklungsarbeit mit dem Ziel der Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität aufzugeben. Abschließend sollten die Koordinatoren eine klare und durchgängige Bezeichnung in Form von „Middle Manager“ erhalten. Zum Auftrag des Middle Managers gehören Unterstützungs- und Managementaufgaben. Darüber hinaus steuert der Middle Manager Schulentwicklungsaufgaben und koordiniert diese.

Die angestrebten Anpassungen sind das Resultat der Beratungen und des Austausches mit den Middle Managern und den wissenschaftlichen Prozessbegleitern zur Einführung der Middle Management-Strukturen an ostbelgischen Sekundarschulen.

Artikel 5 Nummer 1 passt den Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 an die neue Terminologie an.

Artikel 6 passt die Überschrift des Kapitels über den Koordinator einer Regelsekundarschule im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens an die neue Terminologie an.

Artikel 7 passt die Verweise auf die Artikel im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens an, damit der Middle Manager nach denselben Regeln bewertet und ernannt werden kann wie der Fachbereichsleiter.

Artikel 8 legt die Zulassungsbedingungen für den Middle Manager im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens fest und regelt sowohl den internen wie den öffentlichen Bewerbungsauf Ruf.

Artikel 9 passt den Artikel über Aufruf und Bewerbung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens an die neue Terminologie an.

Artikel 10 passt den Artikel über die Bezeichnung des Middle Managers im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens an.

Artikel 11 passt den Artikel über Gehalt und Prämie im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens an die neue Terminologie an.

Artikel 12 passt den Artikel über die Wochenarbeitszeit im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens an die neue Terminologie an.

Artikel 13 hebt den Artikel über die Bewertung auf, da der Artikel 7 auf die Bewertung des Fachbereichsleiters verweist.

Artikel 14 passt den Artikel über die Unvereinbarkeit des Amtes des Middle Managers mit dem Amt des Religionslehrers im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens an die neue Terminologie an.

Artikel 28 passt die Übergangsbestimmung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens in Bezug auf die durch das Krisendekret 2010 bedingten Kürzungen an die neue Terminologie an.

Artikel 29 schafft die neue Übergangsbestimmung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens.

Artikel 34 passt den Jahresurlaub an die neue Terminologie an.

Artikel 36 passt den Königlichen Erlass vom 15. April 1977 an die neue Terminologie an.

Artikel 53 Nummer 2-4 passt den Artikel über das Schulprojekt im Grundlagendekret an.

Artikel 54 passt die Zusammensetzung des Pädagogischen Rates im Grundlagendekret an.

Artikel 55 passt die Aufgaben des Pädagogischen Rates im Grundlagendekret an.

Artikel 74 passt den Auftrag des Schulleiters im Grundlagendekret an.

Artikel 75 legt den Auftrag des Middle Managers fest.

Artikel 78-86, 98 und 99 führen die in Artikel 6-13, 28 und 29 angeführten Abänderungen in das Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens ein.

Artikel 106 und 107 passen die Verweise im Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens an.

Artikel 130 Nummer 2 fügt das Amt des Middle Managers in das Dekret vom 21. April 2008 ein, damit dieser seines Diploms entsprechend besoldet wird.

13. Schaffung einer Time Out-Einrichtung (Art. 5 Nummer 3, 18, 18, 31, 35, 49, 59-73, 76, 77, 88, 89, 109, 110 und 130 Nummer 3)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Die Regierung schlägt vor, eine rechtliche Grundlage für das Time Out-Projekt zu schaffen.

Die zu schaffende Time Out-Einrichtung versteht sich als Partner von Sekundarschulen, Zentren für die mittelständische Aus- und Weiterbildung (ZAWM), Erziehungsberechtigten, Schülern und angrenzenden Fachdiensten wie beispielsweise das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie Fachdienste aus dem Bereich Jugendhilfe und seelische Gesundheit. Die wesentlichen Aufgaben umfassen die Beschulung eines spezifischen Schülerpublikums und die Beratung von Sekundarschulen und ZAWM.

Auf systemischer Ebene agieren unterschiedliche Partner im Bereich der Prävention. So übernimmt beispielsweise das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen die Aufgabe, Prozesse anzustoßen, um Umweltfaktoren für die gesunde Entwicklung des Kindes zu begünstigen.

Neben der vorerwähnten Begleitung von Kindern und Jugendlichen in ihren Lebensumwelten wird die Time Out-Einrichtung das unterrichtende und nicht unterrichtende Personal auf fallbezogener individualpädagogischer Ebene im Umgang mit Jugendlichen, die besondere sozio-emotionale Bedürfnisse und Verhaltensweise haben, durch zielbezogene Fachberatungen auf Ebene der sozial-emotionalen Entwicklung stärken. Hierbei wird gewährleistet, dass Sekundarschulen und ZAWM weiterhin die Verantwortung zur Weiterentwicklung des Jugendlichen durch eine verpflichtende Kooperation zwischen Time Out-Einrichtung, Sekundarschule oder ZAWM wahrnehmen.

Darüber hinaus bietet die zukünftige Time Out-Einrichtung eine Auszeit für Schüler oder Lehrlinge. Es handelt sich um eine befristete Auszeit in einem geschützten Lernraum, innerhalb dessen sowohl schulisches als auch soziales Lernen, die auf den Einzelfall abgestimmt sind, angeboten werden. So bewirken vor allem die individualpädagogischen, auf den Einzelfall abgestimmten Ansätze, die Entwicklung schulischer und persönlicher Lebensperspektiven.

Für Jugendliche, die vom schulischen Ausschluss bedroht sind oder den schulischen Anschluss verlieren, gilt immer der Grundsatz der schulischen Vorrangigkeit. Dies bedeutet, dass die Schule oder das ZAWM die Verantwortung über einen Schüler oder Lehrling immer behält, egal ob er an Schule oder in der Time Out-Einrichtung bzw. am ZAWM oder in der Time Out-Einrichtung beschult wird. Schulen und ZAWM bleiben weiterhin in der Verantwortung. Hierbei stellt die Beschulung in der Time Out-Einrichtung eine Ausnahme dar und greift vor allem bei den Jugendlichen, die von einer drohenden Perspektivlosigkeit betroffen sind.

Für Jugendliche, die keiner schulischen oder mittelständischen Einrichtung angehören bzw. den Anschluss verloren haben, bietet die Time Out-Einrichtung die Erarbeitung von Zukunfts- und Lebensperspektiven an.



Im Gegensatz zum Zentrum für Teilzeitunterricht zeichnet sich die Time Out-Einrichtung durch einen verstärkten individual- und sozialpädagogischen Handlungs- und Lernansatz und durch selbstgesteuertes Lernen aus. So bietet die Time Out-Einrichtung vermehrt individuelle auf den Jugendlichen zugeschnittene erlebnispädagogische und handlungsorientierte Lernräume an. Außerdem ist die Zielgruppe der Time Out-Einrichtung speziell von Perspektivlosigkeit betroffen, insbesondere auf schulischer Ebene.

Die Time Out-Einrichtung soll nicht nur Schülern sondern auch Lehrlingen der mittelständischen Ausbildung offen stehen.

Artikel 5 Nummer 3 schafft das Auswahlamt des Koordinators einer Time Out-Einrichtung in der Kategorie des Lehrpersonals.

Das Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund und -sekundarschule besteht dienstrechtlich bereits, sodass hier keine weiteren Anpassungen erforderlich sind.

Artikel 17, 18 und 34 legen die dienstrechtlichen Bestimmungen des Amtes des Koordinators einer Time Out-Einrichtung fest, die denen eines Koordinator eines Zentrums für Teilzeitunterricht entsprechen, d.h.:

- Das Amt des Koordinators ist ein Auswahlamt. Zugelassen sind Personen, die mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des 1. Grades verfügen und die gründliche Kenntnis der deutschen Sprache aufweisen. Im Rahmen des Bewerbungsverfahrens ist ein Strategie- und Aktionsplan einzureichen. Sozialpädagogische Qualifikation ist von Vorteil. Die Bezeichnung in diesem Amt erfolgt auf unbestimmte Dauer. Eine Ernennung ist möglich, wenn das Personalmitglied mind. 50 Jahre alt ist, ein Amtsalter von mindestens 5 Jahren aufweist und der letzte Beurteilungsbericht mind. den Vermerk „ausreichend“ aufweist.
- Die Urlaubsmöglichkeiten für dieses Amt sind eingeschränkt. Folgende Urlaube dürfen in Anspruch genommen werden:
 - Jahresurlaub
 - Gelegenheitsurlaub
 - Außergewöhnlicher Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt
 - Mutterschaftsurlaub
 - Urlaub wegen Adoption oder Pflegschaft
 - Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen
 - Urlaub wegen eines Sonderauftrags
 - Zudispositionstellung wegen Krankheit oder Gebrechen
 - Vollzeitiger Vorruhestand
 - Halbzeitige Wiederaufnahme nach Krankheit
 - Urlaub aus zwingenden familiären Gründen
 - Dispo aus persönlichen Gründen
 - Vollzeitige Laufbahnunterbrechung
 - Thematische Laufbahnunterbrechungen (halbzeitig oder vollzeitig)
- Besoldung: das Personalmitglied wird auf Grundlage seines Diploms besoldet (siehe Kommentar zu Artikel 128 Nummer 3). Zusätzlich erhält es eine Zulage, die jener entspricht, die auch die Middle Manager oder der Koordinator des TZU erhalten (ca. 300 € brutto indexiert/Monat).
- Der Koordinator wird pro Zeitspanne von fünf Jahren durch den Schulleiter bewertet.
- Jahresurlaub: hier gilt dieselbe Regelung wie bei Schulleitern, Unterdirektoren, Koordinator TZU, ... (d.h. Kürzung der Sommerferien um 13 Arbeitstage).
- Fahrtgeld: im Gegensatz zum förderpädagogischen Berater hat der Koordinator kein Anrecht mehr auf eine Rückerstattung der Fahrtkosten durch die



Deutschsprachige Gemeinschaft. Das Dekret vom 17. Mai 2004, das die Regelung in Bezug auf das Fahrtgeld beinhaltet, bedarf keiner Abänderung.

Artikel 30 legt eine Abweichung von dem für den Koordinator einer Time Out-Einrichtung im Statut definierten Anwerbungsverfahren fest, die gewährleistet, dass das Personalmitglied, das in den Schuljahren 2016-2017 und 2017-2018 im Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule bezeichnet war und die Koordination der in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 9 des sogenannten Förderdekretes vom 11. Mai 2009 vorgesehenen Aufgabe (d.h. die Koordination des Time Out-Unterrichts) wahrgenommen hat, zum 1. September 2018 auf unbestimmte Dauer im Amt des Koordinators einer Time Out-Einrichtung bezeichnet wird. Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.

Artikel 48 ändert Artikel 5quinquies des Dekrets vom 27. Juni 1990 ab. Das Stellenkapital des Pilotprojekts wird aus dem Artikel 5quinquies des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, gespeist. Da das Time Out-Projekt nun eine dekretale Basis erhält, werden die vier Stellen des Pilotprojekts Time Out in das neue Kapitel übertragen.

Artikel 58 fügt ein neues Kapitel „Beschulung in einer Time Out-Einrichtung“ in das Grundlagendekret ein.

Artikel 59 legt den Anwendungsbereich des neuen Kapitels fest.

Artikel 60 legt die Zielsetzung des Kapitels fest.

Dieser Unterricht soll die Eigenverantwortung der Jugendlichen fördern und sowohl kompetenzorientiertes als auch zielgerichtetes Lernen ermöglichen. Auch zielen die Angebote auf eine spezifische erfahrungsbasierte Förderung auf Ebene der persönlichen und sozialen Kompetenzen ab. Gleichzeitig wird angestrebt, sozial-emotionale Belastungen und Krisen aufzufangen und Unterstützung bei deren Bewältigung zu gewährleisten. Ferner soll eine spezifische Förderung ermöglicht werden.

Artikel 61 legt den Auftrag der Time Out-Einrichtung fest.

Unter den in Nummer 2 angrenzenden Fachdiensten versteht man beispielsweise das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie Dienste aus den Bereichen Jugendhilfe und seelische Gesundheit. Das Mobile Team, das sozialpsychologische Zentrum, die psychiatrische Tagesklinik für Kinder und Jugendliche usw. zählen hierbei zu den Diensten aus dem Bereich der seelischen Gesundheit.

Time Out-Schüler können Prüfungen vor den externen Prüfungsausschüssen ablegen. Eine Abänderung der diesbezüglichen Dekrete (Dekret vom 18. April 1994 und vom 26. April 1999) ist nicht erforderlich.

Artikel 62 legt Regeln zur Zusammenarbeit mit den Schulen und den ZAWM fest.

Im Falle von technischen und berufsbildenden Unterrichten soll der Time Out-Schüler die Möglichkeit erhalten, praxisnah Erfahrungen an den Maschinen der Sekundarschulen oder ZAWM zu sammeln.

Artikel 63 legt Regeln zur Zusammenarbeit mit anderen Fachdiensten fest.

Artikel 64 legt das Berufsgeheimnis fest, das so geregelt wird wie beim Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die Mitarbeiter der Time Out-Einrichtung arbeiten in enger Kooperation mit dem Zentrum für die gesunde Entwicklung

von Kindern und Jugendlichen, dem Jugendhilfedienst, dem Jugendgerichtsdienst sowie weiteren oft im therapeutischen Bereich angesiedelten Einrichtungen. Wenn die vorerwähnten Mitarbeiter dem Berufsgeheimnis unterliegen, erleichtert dies den fallbezogenen Austausch, das diesbezügliche Case Management und die gemeinsame fallbezogene Zusammenarbeit.

Artikel 65 legt die Einschreibebedingungen fest.

Unter außergewöhnlichen Umständen kann beispielsweise verstanden werden, dass der Schüler oder der Lehrling jünger als 12 Jahre oder älter als 18 Jahre ist. So könnte die Beschulung in einer Time Out-Einrichtung für einen Schüler, der 11 Jahre und 10 Monate alt ist, der beste Lösungsansatz sein, um einem eventuellen Schulabbruch vorzeitig entgegenzuwirken indem die Time Out-Einrichtung Unterstützung in Form von Beratung zur Erweiterung der Handlungsfähigkeit im schulischen Umgang mit sozial-emotionalen Verhaltensauffälligkeiten anbietet.

Artikel 66 und 67 regeln die Antragstellung.

Mit dem Standortgespräch und seiner multidisziplinären Fallbesprechung wird eine ganzheitliche Einschätzung der Sachlage angestrebt. Es soll aufgezeigt werden, wie sich die Beschulung des Jugendlichen an der Schule präsentiert. Hierdurch können auch mögliche Lösungsansätze sondiert werden.

Unter Experten, die dem Standortgespräch beiwohnen können, versteht man beispielsweise den Jugendhilfedienst, den Jugendgerichtsdienst oder therapeutische Einrichtungen usw.

Eine Einschreibung in die Time Out-Einrichtung ist in folgenden Fällen erst nach Beendigung der akuten Situation gegeben:

1. Jugendliche, die vor ihrem Eintritt in die bestehende Gruppe als nicht auffangbar eingestuft werden wie beispielsweise akute Suizidgefahr, akuter psychotischer Schub und ähnliches.
2. Jugendliche, die durch akuten Substanzmittelgebrauch nicht in der Lage sind, dem Angebot der Time Out-Einrichtung zu folgen oder als Gefährdung anderer eingestuft sind.

Artikel 68 legt den Inhalt und die Mitteilung der Entscheidung der Schulinspektion fest.

Artikel 69 regelt die Verlängerung und die vorzeitige Beendigung des Aufenthaltes in der Time Out-Einrichtung.

Artikel 70 regelt den Verweis aus der Time Out-Einrichtung.

Artikel 71 regelt die Organisation der Studien.

Artikel 72 legt die Bedingungen zur Schaffung und zur Subventionierung fest.

Artikel 73 legt das Stellenkapital fest.

Zur Umsetzung der neuen Aufgaben wie der sozial-emotionalen Fachberatung wird der Time Out-Einrichtung ein zusätzliches Vollzeitäquivalent zur Verfügung gestellt. Somit beläuft sich die Gesamtzahl der in der Time Out-Einrichtung tätigen Mitarbeiter auf fünf Vollzeitäquivalente. Es handelt sich um einen Koordinator und vier förderpädagogische Berater.

Artikel 76 legt den Auftrag des Koordinators einer Time Out-Einrichtung fest. Die Aufgaben des förderpädagogischen Beraters sind bereits im Grundlagendekret festgelegt. Wenn eine Bewertung eines förderpädagogischen Beraters, der an einer Time Out-Einrichtung arbeitet, erfolgt, dann gelten die dekretal festgelegten Aufgaben. Zur weite-

ren Differenzierung können die vorerwähnten Aufgaben als zusätzliche Aufgaben zur Beurteilung berücksichtigt werden.

Artikel 77 legt eine Übergangsbestimmung für die Schüler fest, die bereits einer Time Out-Maßnahme folgen.

Artikel 88 und 89 legen die in Artikel 17 und 18 angeführten dienstrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf den Koordinator einer Time Out-Einrichtung für das freie subventionierte Unterrichtswesen fest.

Artikel 109 und 110 legen die dienstrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf den Koordinator einer Time Out-Einrichtung für das offizielle subventionierte Unterrichtswesen fest.

Artikel 130 Nummer 3 legt die Besoldung des Koordinators einer Time Out-Einrichtung nach Diplom fest (siehe auch Kommentar zu den Artikeln 17 und 18).

14. Verstärkte Hochbegabtenförderung im Regelsekundarschulwesen (Art. 37-47, 103 und 134)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Während die Begabungsförderung und die individuelle Förderung aller Schüler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß Kapitel II Abschnitt 1 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen zum allgemeinen Auftrag der Gesellschaft an die Schulträger gehört, konzentriert sich die Begabtenförderung auf eine bestimmte Gruppe von Lernenden, die als überdurchschnittlich begabt identifiziert wurden und sich durch spezifische Aspekte der kognitiven Hochbegabung auszeichnen. Ziel dieser spezifischen Förderung ist es, im bestehenden Unterrichtswesen die Entwicklung der Potenziale dieser Lernenden anzuregen und bestmöglich zu begleiten.

Auf Sekundarschulebene besteht in Einzelfällen Handlungsbedarf.

Tatsächlich behindern die in Kapitel II des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens vorgesehenen Zulassungsbedingungen die Zielsetzung der Begabtenförderung dahingehend, dass sie für hochbegabte Schüler nicht die Möglichkeit des Überspringens eines oder mehrerer Schuljahre erlauben.

Auch kann gegenwärtig die Frequentierung außerschulischer Lernorte außerhalb des Schulbetriebes nicht als Unterrichtsaktivität anerkannt werden.

Um die Schüler auf Ebene der Regelsekundarschule bestmöglich bei der Potenzialentwicklung zu unterstützen, schlägt die Regierung vor, dass hochbegabte Schüler ihr Grundschulabschlusszeugnis früher über den externen Prüfungsausschuss erlangen können und sich somit in die erste Stufe der Regelsekundarschule früher einschreiben können.

Des Weiteren schlägt die Regierung vor, dass hochbegabte Schüler zu einem ersten oder zweiten Regelsekundarschuljahr zugelassen werden können, wenn sie mindestens zehn Jahre sind und kein Abschlusszeugnis der Grundschule erlangt haben, insofern ein positiver Entscheid der Konferenz zur Begabungsförderung vorliegt.

Mittels eines positiven Entscheids der Konferenz zur Begabungsförderung soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, dem Unterricht eines Regelsekundarschuljahres zu folgen, ohne das vorangegangene Schuljahr absolviert zu haben. Auch hier stützt sich die Konferenz zur Begabungsförderung auf ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung.

Die vorerwähnten Möglichkeiten sollen nur hochbegabten Schülern, die in mindestens drei Begabungsbereichen wie beispielsweise im mathematischen oder sprachlichen Bereich einen Intelligenzquotienten von mindestens 130 vorweisen können, ermöglicht werden. Einen IQ von 130 zu haben, bedeutet, eine kognitive Leistung zu erbringen, die circa 98% der Personen der gleichen Altersgruppe nicht erbringen können. Wenn ein Schüler mit einer sogenannten Teilbegabung nur in einem Bereich diese Leistung vollbringt und in den anderen nicht, bedeutet das im Umkehrschluss, dass er in allen anderen Bereichen eine Leistung gleich der anderen in seiner Altersklasse bringt und daher ein Überspringen nicht angeraten ist. Somit wären Schüler mit Teilbegabungen überfordert, wenn sie ein Jahr überspringen würden, und sind von dieser Maßnahme ausgeschlossen.

Artikel 37 fügt ein neues Kapitel über die Hochbegabtenförderung in den Königlichen Erlass vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens ein.

Artikel 38 legt den Anwendungsbereich des neuen Kapitels fest.

Ein Schüler gilt als hochbegabt, wenn er in mindestens drei Begabungsbereichen einen Intelligenzquotienten von 130 aufweist und somit über Leistungsfähigkeiten und Potenziale verfügt, die in ihrer Herausbildung weit über dem Durchschnitt der Mitschüler liegen.

Der Intelligenzquotient hochbegabter Schüler wird mithilfe von Tests, die von einer fachkundigen Einrichtung durchgeführt werden, ermittelt.

Artikel 39 legt die Einschreibebedingungen für das erste und zweite Jahr des Sekundarunterrichts fest.

Hochbegabte Schüler haben die Möglichkeit mit oder ohne Abschlusszeugnis der Grundschule, in ein erstes oder zweites Regelsekundarschuljahr eingeschrieben zu werden. Sind die Schüler nicht im Besitz eines Abschlusszeugnis der Grundschule, müssen sie mindestens zehn Jahre alt sein. In beiden Fällen ist ein positiver Entscheid der Konferenz zur Begabungsförderung erforderlich.

In Anbetracht der psychischen und physiologischen Entwicklung von Kindern ist es angeraten, ein Springen von der Primarschule in die erste Stufe zu befürworten, da diese zur Beobachtung eingerichtet wurde. Eine darüber hinaus gehende Beschleunigung der schulischen Laufbahn ist erst im Anschluss an die Beobachtung innerhalb des Klassenverbandes der Beobachtungsstufe angeraten, da unabhängig von der kognitiven Entwicklung auch der sozialen Entwicklung außerhalb der altersgleichen Peergroup Rechnung getragen werden muss.

Um eine eventuelle Rückstufung zu vermeiden, erscheint es angemessen, maximal zwei Jahre zu überspringen.

Artikel 40 legt die Einschreibebedingungen für das dritte, vierte und fünfte Jahr des Sekundarunterrichts fest.

Die Einschreibung in ein drittes, viertes oder fünftes Regelsekundarschuljahr ohne das Absolvieren und Bestehen des vorangegangenen Jahres ist möglich, wenn die Konferenz zur Begabungsförderung einen positiven Entscheid trifft.

Die Zulassung zu einem sechsten Regelsekundarschuljahr, ohne das fünfte Regelsekundarschuljahr absolviert und bestanden zu haben, ist nicht möglich.

Für einen Wechsel der Unterrichtsform, der Abteilung oder der Studienrichtung im fünften Sekundarschuljahr gelten die bestehenden Bestimmungen des Königlichen Erlasses von 29. Juni 1984.

Das fünfte und sechste Sekundarschuljahr müssen absolviert werden, da in den jeweiligen Studienrichtungen das sechste Jahr auf Kompetenzen des fünften Sekundarschuljahres sehr stark aufbaut.

Jedem hochbegabten Schüler ist es jedoch freigestellt, vor dem externen Prüfungsausschuss die Prüfungen zum Erlangen des Abschlusszeugnisses der Oberstufe der Sekundarschule zu erlangen. Somit braucht er nicht unbedingt das fünfte und sechste Sekundarschuljahr zu besuchen.

Artikel 41 regelt die Antragstellung. Dem Antrag wird ein Gutachten beigelegt, das nicht älter als sechs Monate ist. Jedoch obliegt es dem Sachverständigen abzuwägen, inwieweit neue Testungen zur Ermittlung des Intelligenzquotienten erforderlich sind oder nicht.

Das Zentrum für gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen überprüft die Gutachten auf die im Dekret festgelegten Angaben. Durch das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird keine Liste zugelassener Therapeuten und Einrichtungen erstellt. Vielmehr wird die Öffentlichkeit über die Standards, die ein Gutachten zur Anerkennung erfüllen muss, informiert. Diese Vorgehensweise verfolgt das Ziel, dass allen fachkundigen Therapeuten und Einrichtungen die Möglichkeit gegeben wird, die definierten Kriterien in ihrem Gutachten durch die Anwendung geeigneter Verfahren zu erfüllen.

Artikel 42 legt die Zusammensetzung der Konferenz zur Begabungsförderung fest.

Artikel 43 legt die Entscheidungsfindung fest.

Die Mitglieder der Konferenz legen einvernehmlich für das folgende Schuljahr fest:

1. in welcher Studienform, Studienrichtung und Studienjahr in der Regelsekundarschule der Schüler beschult wird, und
2. welche spezifischen Begleitmaßnahmen erforderlich sind.

Unter spezifische Begleitmaßnahmen kann beispielsweise die Unterstützung eines hochbegabten Schülers mit Teilleistungsstörungen wie LRS verstanden werden.

Jede Regelsekundarschule soll die Möglichkeit erhalten, einen Antrag auf Verkürzung der Sekundarschulzeit anzunehmen oder abzulehnen. Es bedarf in jedem Fall einer ausführlichen Begründung.

Artikel 44 sieht Einspruchsmöglichkeiten gegen die Entscheidung der Konferenz vor.

Wird in der Konferenz zur Begabungsförderung kein Einvernehmen erzielt, besteht die Möglichkeit des Einspruchs vor dem Förderausschuss, damit ein hochbegabter Schüler nicht willkürlich in seiner schulischen Entwicklung ausgebremst wird. Dies wäre der Fall, wenn beispielsweise alle Regelsekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Einschreibung eines hochbegabten Schülers ablehnen würden.

Artikel 45 sieht die Möglichkeit für hochbegabte Schüler vor, außerschulische Lernorte zu besuchen.

Es ist wichtig, dass hochbegabte Schüler die Möglichkeit erhalten, durch den Besuch von außerschulischen Lernorten stärker gefördert zu werden. So bieten Partner in der Euregio wie beispielsweise die RWTH Aachen Angebote an, die von hiesigen hochbegabten Schülern im Ganztagsunterricht genutzt werden können.

4

Der Besuch außerschulischer Lernorte gilt nicht als Abwesenheit im Sinne des Erlasses der Regierung vom 10. Februar 2000 über den Schulbesuch.

Artikel 46 legt die Möglichkeit der Verleihung des Abschlusszeugnis der Grundschule und des Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts fest.

Artikel 47 gewährleistet, dass hochbegabte Schüler unabhängig von ihrer schulischen Laufbahn entsprechende Formalqualifikationen erlangen können, nimmt der Schüler teil

1. am externen Prüfungsausschuss zur Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule spätestens in dem Schuljahr, in dem der Schüler vor dem 1. Januar 11 Jahre alt geworden ist,

2. am externen Prüfungsausschuss zum Erlangen des Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts, spätestens in dem Schuljahr, in dem der Schüler vor dem 1. Januar 14 Jahre alt geworden ist.

Dies gilt selbstverständlich nur für die Fälle, in denen der Schüler die betreffenden Abschlusszeugnisse noch nicht erhalten hat.

Artikel 103 hebt das Mindestalter bei der Einschreibung zum Prüfungsausschuss auf.

Bis dato müssen die Personen, die am 31. Dezember des Jahres, in dem die Prüfungen stattfinden, mindestens zehn Jahre alt sein, um zu den Prüfungen des externen Prüfungsausschusses zur schulexternen Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule zugelassen zu werden. Die Altersbegrenzung im Regelgrundschuldekret wird aufgehoben. Dies ist kongruent zu den externen Prüfungsausschüssen für das Abschlusszeugnis der Unterstufe und der Oberstufe der Sekundarschule.

Artikel 134 hebt den Erlass der Regierung vom 13. Juli 2000 über die schulexterne Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule auf, da die Vergabe dieses Zeugnisses im Jahr 2015 im Regelgrundschuldekret neu geregelt worden ist.

15. Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung der Schüler (Art. 53 Nummer 1 und 56)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Schule hat unter anderem die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu bilden. Das bedeutet, dass Schule nicht nur Einsicht in politische Zusammenhänge vermitteln muss, sondern vor allem das Bewusstsein von Mitverantwortung und Kritikfähigkeit fördern und die Bereitschaft zur Mitarbeit am gesellschaftlichen Leben entwickeln muss. Erziehung zur Mündigkeit kann nur bei partizipatorischem Leben und Lernen in der Schule gelingen. Partizipation ist deshalb ein grundlegendes Element demokratischer Erziehung.

Eine direkte Übertragung demokratischer Prinzipien auf den Schulalltag ist allerdings nicht möglich. Die Institution Schule ermöglicht nur begrenzt die alltägliche Erfahrung demokratisch gestalteter Verschiedenheit und Partizipation.

Aus demokratischer Sichtweise ist es von großer Bedeutung, dass es einer Schule gelingt, trotz realer oder vermeintlicher staatlicher Einschränkungen ihre Schülerinnen und Schüler zu Beteiligung und Übernahme von Verantwortung zu motivieren. Auch Kindern in der Primarschule kann man bereits ein realistisches Bild ihrer Handlungsspielräume ver-

mitteln und beibringen, Fragen an das eigene Verhalten und die gesellschaftlichen Bedingungen zu richten. Voraussetzung ist dafür eine lebendige offene Interaktion innerhalb der gesamten Schule. Um dieser Zielsetzung Genüge zu tun, muss es so viele Gelegenheiten wie möglich zu eigenverantwortlichem Handeln geben.

Seit dem Schuljahr 1998-1999 ist in den Sekundarschulen eine Schülervertretung ab der 2. Stufe verpflichtend. Somit sind die Schüler der 1. Stufe von einer aktiven und direkten Partizipation bislang ausgeschlossen. Auch die 12- bis 14jährigen sollen aktiv an der Gestaltung des Schullebens mitwirken können. Ab dem Schuljahr 2018-2019 soll deshalb ab der 1. Stufe in den Sekundarschulen eine Schülervertretung organisiert werden.

Kinder sollen schon früh lernen, Verantwortung für sich, für andere und für ihre Umwelt zu übernehmen und ihre Interessen zu vertreten. Schon ab der Primarschule können sie an Entscheidungen beteiligt werden. Dies kann in einer Schülervertretung geschehen, aber auch durch andere Partizipationsmöglichkeiten wie beispielsweise in Kreisgesprächen, durch die Wahl eines Klassen- oder Stufenvertreters oder eines Klassen- oder Stufenrates, in Zukunfts- oder Ideenwerkstätten, in Mitmachprojekten, ...

Der Bereich GrenzGeschichteDG an der Autonomen Hochschule arbeitet im Rahmen seines Auftrags zur politischen Bildung bis Ende des Schuljahres 2017-2018 konkrete Ansätze zur Partizipation von Primarschülern aus, als Hilfestellung für die Primarschule.

Artikel 53 Nummer 1 passt den Inhalt des Schulprojektes an.

Artikel 56 ersetzt den bisherigen Artikel über die Schülervertretung.

Der Artikel verpflichtet die Sekundarschulleiter dazu, eine gewählte Schülervertretung in ihrer Schule einzurichten. Ist aus organisatorischen Gründen die Einrichtung einer solchen Schülervertretung nicht möglich, muss dennoch das Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung der Schüler gewährleistet werden. Organisatorische Gründe bilden die einzige zulässige Ausnahme.

In der Primarschule besteht keine Pflicht, eine gewählte Schülervertretung einzusetzen. Allerdings muss auch in der Primarschule das Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung der Schüler gewährleistet werden. Dass dekreteral der Kindergarten ausgeschlossen wird, bedeutet nicht, dass nicht auch die Kindergärten dazu aufgefordert werden sollten, die Mitwirkung der Kinder zu fördern. Dies wird aber nicht dekreteral verpflichtend festgelegt.

16. Stellenkapital der Autonomen Hochschule (Art. 4 Nummer 2 und 116-129)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Bei der Gründung der Autonomen Hochschule im Jahr 2005 ist das Stundenkapital der Hochschule für eine Dauer von vier Jahren auf dem Niveau der Summe des Stundenkapitals, das den drei ehemaligen Hochschulen (Krankenpflegeschule, Pädagogische Hochschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Pädagogische Hochschule Pater Damian) für das Schuljahr beziehungsweise akademische Jahr 2004-2005 gewährt worden ist, eingefroren worden.

Diese Regelung wurde 2009 und 2013 um jeweils weitere vier Jahre und 2017 um ein weiteres akademisches Jahr verlängert und läuft nach Abschluss des Studienjahres 2017-2018 aus.

Da die Hochschule nicht nur die Erstausbildung organisiert, sondern auch zahlreiche Aufträge im Bereich der Forschung und Weiterbildung erfüllt, kann die Stellenermittlung

nicht ausschließlich von der Schüler- beziehungsweise Studentenzahl abhängig gemacht werden, wie dies bei den ehemaligen Hochschulen in der Vergangenheit der Fall war. Damit die Autonome Hochschule auch im Studienjahr 2018-2019 die Wahrnehmung der Aufträge in Weiterbildung und Forschung gewährleisten kann, hat eine Arbeitsgruppe bestehend aus dem Direktor und den Fachbereichsleitern der Autonomen Hochschule, Mitgliedern des Ministeriums und der Regierung für das Studienjahr 2018-2019 ein Konzept zum Stundenkapital der Autonomen Hochschule mit dem Zweck der Hochschule ein langfristiges, stabiles, ihren Aufgaben entsprechendes Stundenkapital zu gewährleisten, erarbeitet.

Bedingt durch die Aufstockung des Bachelors im Fachbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften von drei auf vier Jahre sowie der entsprechenden zu erwartenden Entwicklungen im Brevet Krankenpflege wurde das Stellenkapital im Bereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften erhöht.

Die Arbeitszeitregelung im Hochschulunterricht und im Sekundarschulunterricht der Autonomen Hochschule wird aneinander angeglichen. Einige Personalmitglieder unterrichten bzw. begleiten Praktika sowohl im ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterricht als auch im Hochschulunterricht. Ihre Situation wird somit übersichtlicher. Auch werden die Situationen der einzelnen Personalmitglieder innerhalb der Autonomen Hochschule vergleichbarer. Es gilt hier zu betonen, dass es sich nicht um Sekundarunterricht im herkömmlichen Sinne handelt, sondern um ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterricht auf Niveau 5 des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen und somit nicht mit dem Regelsekundarunterricht zu vergleichen.

Außerdem wird das Verwaltungspersonal sprich das Sekretariatspersonal, das Personal für die Mediothek sowie der Referent für Weiterbildung in einem Artikel zusammengefasst. Zusätzlich zum aktuellen Stellenkapital erhält die Autonome Hochschule 0,4 Stellen im Bereich Sekretariat. Außerdem wird eine Stelle für einen Netzwerktechniker geschaffen. Der Bereich Kommunikation der Autonome Hochschule (Außendarstellung) wird zurzeit von einer Dozentin ausgefüllt (0,15 Stellen). Dies wird ab dem akademischen Jahr 2018-2019 vom Verwaltungspersonal gewährleistet. Dafür werden die Aufgaben für Eurydice vom Ministerium übernommen.

Im Bereich Forschung wird der Bereich GrenzGeschichte DG mit einem zusätzlichen Referenten ausgestattet, hauptsächlich zur Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben im Bereich der politischen Bildung.

Artikel 2 und 3 schaffen das Amt des Netzwerktechnikers als Anwerbungsamt in der Kategorie des Verwaltungspersonals.

Artikel 4 Nummer 2 legt die erforderlichen Befähigungsnachweise für das Amt des Netzwerktechnikers fest.

Artikel 116 passt den Verweis auf die Gastdozenten im Sprachendekret an, da die Einstellung von Gastdozenten fortan in Artikel 6.11 geregelt ist.

Artikel 117 legt die 38-Stunden-Woche sowohl für die Dozenten des Hochschulunterrichts, als auch für die Lehrer des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts an der Autonomen Hochschule fest. Die Arbeitszeitregelung im Hochschulunterricht und im Sekundarschulunterricht der Autonomen Hochschule wird aneinander angeglichen.

Artikel 118 hebt den zusätzlichen Auftrag des Dozenten für Informations- und Kommunikationstechnologien auf, der die Betreuung der hochschuleigenen System- und

Netzwerkverwaltung enthält, da in Zukunft allein der Netzwerktechniker für die Betreuung der System- und Netzwerkverwaltung zuständig sein wird.

Artikel 119 hebt die Übergangsbedingungen des Artikels 5.79 Nummer 1, 2 und 4 auf, da sie obsolet sind. Da für die Lehrer im ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterricht und im Vorbereitungsjahr der Artikel 5.73 gilt, können die Nummern 1 und 2 aufgehoben werden. Da die Hochschule kein Erzieherpersonal beschäftigt, kann Nummer 4 aufgehoben werden.

Artikel 120 ändert die Überschrift des Titels VI des Dekrets. Aus „Stunden- und Stellenkapital“ wird „Stellenkapital“. Die nachfolgenden Abänderungen werden sich nicht mehr auf das Stundenkapital sondern allein auf das Stellenkapital der Hochschule beziehen.

Artikel 121 legt das Stellenkapital für das unterstützende Personal fest. Die Stellen für Verwaltungsaufgaben/Sekretariat, Mediothekar und Mediothekarassistent, Weiterbildungsreferent sowie Kommunikationsaufgaben, werden in diesem Artikel zusammengefasst. Außerdem wird eine Stelle für einen Netzwerktechniker geschaffen. Da die Möglichkeit bestehen soll, das Stellenkapital des Netzwerktechnikers ganz oder teilweise in Geldmittel umzuwandeln, um eventuell eine spezialisierte Firma ganz oder teilweise mit den Aufgaben des Netzwerktechnikers zu beauftragen, wird dieses Stellenkapital im neuen Artikel gesondert aufgeführt.

Artikel 122-124 heben die Artikel 6.5, 6.6 und 6.6.1 auf, da das Stellenkapital für den Mediothekar, den Mediothekarassistenten und den Referenten in dem in Artikel 6.3 angeführten Stellenkapital enthalten ist.

Artikel 125 ersetzt das eingefrorene Stundenkapital für die Erstausbildungen in den Fachbereichen Bildungswissenschaften sowie Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften durch ein mit der Autonomen Hochschule verhandeltes fixes Stellenkapital. Durch die Wahrnehmung neuer Aufgaben im Vergleich zu 2005 (Weiterbildungen, Weiterentwicklungen der Studiengänge, ...), der Angleichung des Deputats der Unterrichtszeit bzw. der Praktikumsbegleitung der Lehrer und Dozenten der Autonomen Hochschule sowie der Anhebung der Studienzeit im Bachelor Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften erhält die Autonome Hochschule insgesamt fünf Stellen mehr für die Erstausbildung.

Artikel 126 stockt den Bereich GrenzGeschichte DG um einen Referenten zur Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich politische Bildung auf.

Artikel 127 fügt einen neuen Untertitel „Verwendung des Stellenkapitals“ in das Dekret über die Autonome Hochschule ein.

Artikel 128 erlaubt der Hochschule, Stellenkapital aus der Erstausbildung einzusetzen, um Gastdozenten zu beauftragen oder die Organisation von Weiterbildungen und Forschung auszulagern. Ebenfalls darf die Hochschule das Stellenkapital zur Betreuung der System- und Netzwerktechnik ganz oder teilweise dafür nutzen, die Betreuung der System- und Netzwerktechnik ganz oder teilweise auszulagern. Die Verwendung darf keine Zurdispositionstellung wegen Stellenmangel verursachen und kann nur mit der Zustimmung des Basiskonzertierungsausschusses beschlossen werden.

Artikel 129 passt die Verweise an, um den vorliegenden Änderungen im Bereich Stellenkapital gerecht zu werden und passt den Teiler zur Berechnung des finanziellen Gewinns einer Stunde an. Der neue Teiler beträgt 38.

17. Administrative Koordination in den Regelgrundschulen (Art. 2 Nummer 2, 3 Nummer 2, 4 Nummer 1, 101, 104, 105 und 114)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Die Schulleiter der Regelgrundschulen, speziell die Schulleiter aus dem offiziellen subventionierten Unterrichtswesen, fordern seit Langem Entlastung, um die zahlreichen administrativen Vorgaben umsetzen zu können und sich wieder mehr ihrem Grundgeschäft – der pädagogischen und personellen Leitung ihrer Regelgrundschule – widmen zu können.

Artikel 48 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen gewährt seit Einführung des Dekrets im Schuljahr 1999-2000 unter gewissen Bedingungen pädagogische Koordination.

Die im Regelgrundschulwesen zur Verfügung gestellten Koordinationsstunden sind bis zum Schuljahr 2013-2014 im pädagogischen Bereich eingesetzt und von Lehrern beansprucht worden. Mit diesem Kapital sollten die Schulleiter auch in ihren administrativen Tätigkeiten entlastet werden, sodass Lehrer punktuell mit administrativen Arbeiten betraut worden sind.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Lehrermangels war und ist es nicht mehr vertretbar, Lehrer in Stellen zu bezeichnen, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen. Deshalb wurde für das Schuljahr 2013-2014 in der Kategorie „Verwaltungspersonal“ das Amt des „administrativen Koordinators“ geschaffen. Dies sollte den Schulen ermöglichen, in Zukunft Personalmitglieder einzustellen, die die für administrative Tätigkeiten erforderliche Qualifikation nachweisen konnten, nämlich mindestens das Abiturdiplom. Diese Maßnahme ging auf einen von den Schulleitern geäußerten Wunsch zurück. Ursprünglich für die pädagogische Koordination geschaffen, wurde dieses Amt in 2013 also auf die administrative Koordination ausgeweitet.

Die Realität zeigt jedoch, dass die Träger anstatt administratives Personal einzustellen, entweder Primarschullehrer mit administrativen Aufgaben betrauen oder das Stundenkapital direkt in den Unterricht einfließen lassen. Beides ist nicht im Sinne des Dekretgebers von 2013 vor allem vor dem Hintergrund des massiven Lehrermangels. Zudem werden die von Lehrern bekleideten Stellen in 24tel gerechnet und nicht wie beim administrativen Koordinator in 36tel.

Die Regierung schlägt vor, die pädagogische Koordination abzuschaffen, um gleichzeitig die administrative Koordination zu stärken und massiv aufzustocken. Somit wird dem Wunsch zahlreicher Schulleiter, in administrativen Belangen mehr Unterstützung zu erfahren, entsprochen.

Vor dem Hintergrund massiven Lehrermangels schlägt die Regierung vor, die Stellen für Niveau II+- und Niveau II-Kräfte mit einer entsprechenden Qualifikation im Bereich Sekretariat zu öffnen. Das Amt des Chefsekretärs wird im Regelgrundschulbereich geschaffen, um zu vermeiden, dass Lehrer, pädagogische Fachkräfte, mit administrativen Aufgaben betraut werden. Typische Aufgaben des Chefsekretärs sind unter anderem Sekretariatsarbeiten, Telefondienst, Korrespondenz mit Eltern und Schulträger, Organisation von Fahrten und außerschulischen Aktivitäten.

Um die Autonomie der Schulen und des Schulträgers zu stärken, werden die Stellen aufgrund der Schülerzahlen des jeweiligen Trägers berechnet. Der Schulträger erhält die Stellen und entscheidet, wo die administrative Koordination eingesetzt wird.

Artikel 2 Nummer 2 und 3 Nummer 2 heben das Amt des administrativen Koordinators auf.

Artikel 4 Nummer 1 legt die erforderlichen Befähigungsnachweise für das Amt des Chefsekretärs fest. Bislang reichte mindestens ein Studiennachweis des Hochschulwesens kurzer Studiendauer zur Bekleidung dieses Amtes aus. Um allerdings sicherzustellen, dass das Amt des Chefsekretärs von qualifizierten Personen besetzt wird, gilt fortan als erforderlicher Befähigungsnachweis ein Studiennachweis des Hochschulwesens kurzer Studiendauer in der Studienrichtung Sekretariat oder ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Sekretariat ergänzt um fünf Jahre nützliche Berufserfahrung. Als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens kurzer Studiendauer oder der Oberstufe des Sekundarschulwesens ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Chefsekretärs im Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt. Betrifft es das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens, wird es um die bereits erwähnte Berufserfahrung ergänzt.

Artikel 101 fügt im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens eine Übergangsregelung ein, die gewährleistet, dass Personalmitglieder, die am 31. August 2018 auf unbestimmte Dauer im Amt des administrativen Koordinators zeitweilig eingestellt sind, zum 1. September 2018 in das Amt des Chefsekretärs überführt werden und hierin als auf unbestimmte Dauer zeitweilig eingestellt gelten. Die im Amt des administrativen Koordinators erbrachten Dienste werden zudem für die Berechnung des Dienstalters im Amt des Chefsekretärs berücksichtigt. Zudem wird gewährleistet, dass diese Personen im Falle einer Ernennung im Amt des Chefsekretärs als Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises gelten. Eine Verankerung dieser Bestimmungen im Dienstrecht, das auf die Mitglieder des Verwaltungspersonals des Gemeinschaftsunterrichtswesens Anwendung findet, ist nicht erforderlich, da im Gemeinschaftsunterrichtswesen kein Personalmitglied das Amt des administrativen Koordinators bislang bekleidet hat.

Artikel 104 legt das Stellenkapital für die administrative Koordination fest. Der Schulträger erhält pro Tranche von 100 Regelgrundschülern eine Viertelstelle administrative Koordination. Der Schulträger bestimmt den Einsatzort des Chefsekretärs.

Es besteht die Möglichkeit auf begründeten Antrag hin ab einer genehmigten Vollzeitstelle in der administrativen Koordination bis zu einem Drittel der Stellen für die Schulentwicklung oder besondere pädagogische Projekte zu benutzen. Die Regierung entscheidet nach Erhalt eines entsprechenden Gutachtens der Schulinspektion. Das Stellenkapital wird aufgrund der Schülerzahlen vom 15. März des Kalenderjahres gewährt, in dem das Schuljahr beginnt.

Artikel 105 legt die Arbeitszeit des Chefsekretärs fest, die derjenigen des administrativen Koordinators entspricht, d. h. 36 Stunden pro Woche zu 60 Minuten.

Artikel 114 fügt die in Artikel 101 erläuterte Übergangsregelung in das Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens ein.

18. Stellenkapital für erstankommende Sekundarschüler (Art. 58)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Die erstankommenden Sekundarschüler, die sich nach einer gewissen Weile in den Sprachlernklassen bereits Kenntnisse in der Unterrichtssprache angeeignet haben und die durch die Entscheidung des Begleitrates ganz oder teilweise in den Regelunterricht integriert werden, bedürfen einer intensiven Begleitung, um zum einen punktuell und je nach Bedarf weiter die Unterrichtssprache zu erlernen und zum anderen den Übergang in die Regelschule zu meistern. Diese Schüler werden teilweise aus dem Regelunterricht herausgenommen, um individuell oder in der Gruppe ihre Kenntnisse in der Unterrichtssprache zu erweitern und zu perfektionieren. So können die erstankommenden Schüler optimal gefördert werden.

Die hierfür eingesetzten Lehrer für Sprachlernklassen begleiten und unterrichten aber nicht nur den einzelnen Schüler, sondern beraten in Einzelfällen auch die Lehrer der Regelklassen im Umgang mit den ehemaligen erstankommenden Schülern, d.h. sie vermitteln interkulturelle Kompetenz oder vermitteln bei kulturellen Missverständnissen zwischen Schüler und Lehrer oder zwischen Schülern einer Klasse.

Da der Begleirat je nach Kompetenzen der Schüler entscheiden kann, in welche Regelschule die erstankommenden Schüler nach der Zeit in der Sprachlernklasse beschult werden sollen, ist es wichtig, dass auch die Regelsekundarschulen in den Genuss zusätzlichen Stellenkapitals kommen können, die keine Sprachlernklasse für erstankommende Schüler eingerichtet haben. Als Referenzpunkt werden die ehemaligen erstankommenden Schüler gezählt, die in den drei zurückliegenden Jahren regulär in einer Sprachlernklasse eingeschrieben waren.

Da der Begleirat auch im Laufe eines Schuljahres entscheiden kann, den Schüler ganz oder teilweise aufgrund seiner Sprachkenntnisse und Kompetenzen in eine Regelklasse zu beschulen, ist es für die Flexibilität des Systems wichtig, analog zum Stellenkapital für die Sprachlernklassen, bei Bedarf das ganze Jahr über entsprechendes Stellenkapital beantragen zu können.

Artikel 58 nimmt diese Abänderung im Grundlagendekret vor.

19. Prüfungsausschuss (Art. 49)

Inkrafttreten: 1. September 2018

Seit einigen Jahren besteht die Möglichkeit für Inhaber eines Studienzeugnisses des sechsten beruflichen Sekundarschuljahres beziehungsweise für Inhaber eines Gesellenzeugnisses und eines Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts, eine entsprechende Studienrichtung in einem siebten beruflichen Sekundarschuljahr in einer Regelsekundarschule zu besuchen oder vor dem schulexternen Prüfungsausschuss ein Spezialisierungsjahr in allgemeinbildenden Kursen abzulegen. Dabei wird davon ausgegangen, dass diese Kandidaten bereits den entsprechenden fachlichen Teil eines Abiturjahres bestanden haben. Aus diesem Grund wird die Studienrichtung „Spezialisierungsjahr allgemeinbildende Kurse“ auf Inhaber eines Studienzeugnisses 6. Jahr berufsbildender Unterricht sowie auf Inhaber des Gesellenzeugnisses plus Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts beschränkt.

Um Lehrlingen, Gesellen und Meistern, die nicht im Besitz eines Abschlusszeugnisses der Unterstufe sind, die Möglichkeit zu geben, dieses nachzuholen, schlägt die Regierung vor, parallel zum Spezialisierungsjahr der Oberstufe Prüfungen zu einem Spezialisierungsjahr der Unterstufe anzubieten. Die Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand sollen ab dem Schuljahr 2018-2019 entsprechende Vorbereitungskurse anbieten. Ziel ist

es, Kandidaten ohne Unterstufendiplom die Möglichkeit zu geben, nach erfolgreichem Abschluss der Prüfungen zum Unterstufendiplom ebenfalls ein Abitur zu erreichen. Diese Maßnahme ist ein weiterer Beitrag zum Erreichen des Ziels des lebenslangen Lernens und eine Erweiterung der Durchlässigkeit der Systeme. Das Stundenraster wurde in Zusammenarbeit zwischen dem schulexternen Prüfungsausschuss, den Pädagogen des Ministeriums sowie dem Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen ausgearbeitet und hat als Ziel die Kandidaten in den allgemeinbildenden Kursen (Deutsch, Französisch, Mathematik, Geografie, Geschichte) eine verbesserte Grundlage zu geben, um vielleicht in einem zweiten Schritt an den Prüfungen der Oberstufe teilnehmen zu können.

Artikel 49 legt fest, dass zu den Prüfungen des schulexternen Prüfungsausschusses in der Studienrichtung berufsbildende Unterstufe „Spezialisierungsjahr: allgemeinbildende Kurse“ ausschließlich Lehrlinge ab dem 2. Lehrjahr, Gesellen und Meister zugelassen werden.

Der Minister für Bildung
und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS

A handwritten signature, likely of the Minister H. Mollers, located in the bottom right corner of the page.

15/01/2018

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement 2018

Contenu

Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel et d'organisation dans l'enseignement.

Il contient entre autres des modifications dans les domaines suivants :

- réforme de la fonction de sélection « secrétaire de direction »;
- assouplissement des conditions d'accès à la fonction de cadre intermédiaire (*Middle Manager*);
- stimulation renforcée des élèves surdoués dans l'enseignement secondaire ordinaire;
- création d'une structure d'accrochage scolaire;
- droit des élèves à la participation et à la codétermination;
- capital emplois de la haute école autonome;
- coordination administrative dans les écoles fondamentales ordinaires.

AVANT-PROJET DE DECRET

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2018

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique

Article 1^{er} – Dans l'article 16, § 1^{er}, A, a), de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, remplacé par le décret du 19 mars 2012 et modifié par les décrets des 24 juin 2013 et 26 juin 2017, les mots « de 3 à 6 ans » sont remplacés par les mots « en âge de fréquenter l'école maternelle, qui correspond, dans son orientation au niveau du contenu, à une école maternelle organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone et qui est ».

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal du 29 août 1966 déterminant et classant les fonctions du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État

Art. 2 – À l'article 1^{er} de l'arrêté royal du 29 août 1966 déterminant et classant les fonctions du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° la fonction suivante est insérée :
« technicien réseau »;
- 2° la fonction de « coordinateur administratif » est abrogée.

Art. 3 – À l'article 2, 1°, du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° la fonction de recrutement suivante est insérée :
« technicien réseau »;
- 2° la fonction de recrutement de « coordinateur administratif » est abrogée.

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 19 juin 1967 fixant les titres requis des candidats aux fonctions de recrutement du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État

Art. 4 – À l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 19 juin 1967 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le 2bis, inséré par le décret du 27 juin 2005 et remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :
« 2bis Secrétaire en chef :
 - a) un titre de l'enseignement supérieur de type court obtenu dans la section « Secrétariat »;

- b) un certificat d'enseignement secondaire supérieur obtenu dans la section « Secrétariat », complété par une expérience professionnelle utile de cinq ans, acquise dans le cadre d'une activité professionnelle liée à la fonction de secrétaire en chef;
- c) vaut aussi comme titre requis tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur de type court ou de l'enseignement secondaire supérieur dont les matières principales sont en lien avec la fonction de secrétaire en chef. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. Si ceci concerne le certificat d'enseignement secondaire supérieur, il est complété par l'expérience professionnelle indiquée au b); »

2° le 2^{quinièmes}, inséré par le décret du 24 juin 2013, est remplacé par ce qui suit :

« 2^{quinièmes}. Technicien réseau :

- a) le diplôme de master ou de bachelor obtenu dans la section « Informatique » ou « Matériel et réseaux informatiques »;
- b) le diplôme de formation de chef d'entreprise comme technicien réseau ou technicien PC;
- c) le certificat d'enseignement secondaire technique supérieur obtenu dans la section « Informatique » ou « Matériel et réseaux informatiques », complété par une expérience professionnelle utile d'au moins trois ans. L'expérience professionnelle utile doit être acquise dans le cadre d'une activité professionnelle en lien avec la fonction exercée. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein. »

Chapitre 4 – Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 5 – À l'article 6, D^{bis}), b), de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 31 août 2000 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 1°, inséré par le décret du 24 juin 2013, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire »;
- 2° dans le 2°, inséré par le décret du 29 juin 2015, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule ;
- 3° l'article est complété par un 3° rédigé comme suit :
« 3° coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire ».

Chapitre 5 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 6 – Dans l'intitulé du chapitre VIIter de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, inséré par le décret du 24 juin 2013, le mot « coordinateurs » est remplacé par les mots « cadres intermédiaires ».

Art. 7 – À l'article 91quaterdecies du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « coordinateur » est chaque fois remplacé par les mots « cadre intermédiaire »;
- 2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :
« Les articles 91septies, §§ 2 et 3, 91octies, §§ 1^{er} et 2, 91nonies, 91undecies à 91terdecies sont applicables au cadre intermédiaire. »

Art. 8 – L'article 91quinquiesdecies du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 91quinquiesdecies – Conditions d'admission

Seul un membre du personnel de l'école concernée peut exercer la fonction de cadre intermédiaire s'il :

- 1° remplit les conditions mentionnées à l'article 91quater;
- 2° remplit la condition mentionnée à l'article 16, 5°, pour une fonction de la catégorie du personnel enseignant;
- 3° a une expérience professionnelle utile d'au moins trois ans.

L'expérience professionnelle utile mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 3°, doit être acquise dans le cadre d'une activité professionnelle en lien avec la fonction exercée, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein. »

Si la fonction ne peut être occupée par un membre du personnel de l'école concernée, elle peut l'être par une personne qui remplit les conditions mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2. »

Art. 9 – À l'article 91sexiesdecies du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire »;
- 2° l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :
 - a. « S'il est fait usage de la possibilité mentionnée à l'article 91quinquiesdecies, alinéa 3, l'appel aux candidats est de plus publié dans la presse. »;
- 3° dans l'alinéa 2, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Art. 10 - L'article 91septiesdecies du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le candidat est désigné pour une période d'une année scolaire. Au terme de cette année scolaire et en cas de rapport d'évaluation établi par le chef d'établissement portant au moins en conclusion la mention « bon », ladite désignation est prolongée d'une année scolaire. Si au terme de la deuxième désignation, le rapport établi par le chef d'établissement porte au moins en conclusion la mention « bon », le candidat est désigné une troisième fois, et ce, pour une durée indéterminée. Conformément à l'article 91undecies, le chef d'établissement établit au moins un rapport d'évaluation par année scolaire pour le cadre intermédiaire, tant que celui-ci est désigné pour une durée indéterminée. »

Art. 11 - À l'article 91duodevicies du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire » et les mots « continue de percevoir son traitement et perçoit en plus », par les mots « perçoit, en plus de son traitement, »;
- 2° dans l'alinéa 3, remplacé par le décret du 29 juin 2016, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Art. 12 - Dans l'article 91undevicies du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre temporaire ».

Art. 13 - L'article 91vicies du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013, est abrogé.

Art. 14 - Dans l'article 91viciessemel du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Art. 15 - Dans le chapitre VIIsexies du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 91triciesbis rédigé comme suit :

« Art. 91triciesbis - *Traitement et prime*

§ 1^{er} - Durant l'exercice de la fonction de sous-directeur ou de proviseur, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 422/I figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 - Si une personne, désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée sous-directeur ou proviseur, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$$P = X - M$$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée sous-directeur ou proviseur, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifiée par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime visée au § 2 continue à être versée pour autant que le sous-directeur ou proviseur ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 16 – Dans le chapitre VIIsepties du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 91triciessepties rédigé comme suit :

« Art. 91triciessepties – *Traitement et prime*

§ 1^{er} – Durant l'exercice de la fonction de chef d'atelier, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement suivante, figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État :

- 1° pour le chef d'atelier dans l'enseignement secondaire inférieur : échelle de traitement 226;
- 2° pour le chef d'atelier dans l'enseignement secondaire supérieur : échelle de traitement 231.

§ 2 – Si une personne, désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée chef d'atelier, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$P = X - M$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée chef d'atelier, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifiée par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime visée au § 2 continue à être versée pour autant que le chef d'atelier ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 17 – Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un chapitre VIIocties intitulé comme suit :

« Chapitre VIIocties – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs d'une structure d'accrochage scolaire ».

Art. 18 – Le chapitre VIIocties du même arrêté royal est complété par un article 91duodequadrages rédigé comme suit :

« Art. 91duodequadrages – Principe

Par dérogation au chapitre VII, les articles 91quater, 91nonies, 91duodecies, 91terdecies, 91duodevicies et 91triciessemel s'appliquent à la fonction de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire ; la qualification pédagogique mentionnée à l'article 91sexies devant s'entendre comme étant une « qualification sociopédagogique ».

Art. 19 – Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un chapitre VIInovies, comportant les articles 91duodequadrages à 91quadragester, rédigé comme suit :

« Chapitre VIInovies – Dispositions spécifiques pour les secrétaires de direction ».

Art. 20 – Le chapitre VIInovies du même arrêté royal est complété par un article 91undequadrages rédigé comme suit :

« Art. 91undequadrages – Principe

Par dérogation au chapitre VII, la fonction de secrétaire de direction est attribuée exclusivement sous forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 91septies, 91octies, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, et 91undecies à 91terdecies s'appliquent à la fonction de secrétaire de direction. »

Art. 21 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91quadrages rédigé comme suit :

« Art. 91quadrages – Seul un membre du personnel de l'école concernée peut remplir la fonction de secrétaire de direction s'il remplit les conditions mentionnées à l'article 91quater.

Si la fonction ne peut être occupée par un membre du personnel de l'école concernée, elle peut l'être par une personne qui remplit les conditions mentionnées à l'article 91*quater*. »

Art. 22 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*quadragesse* rédigé comme suit :

« Art. 91*quadragesse* – Appel aux candidats et candidature

Le pouvoir organisateur publie un appel aux candidats pour une désignation par affichage dans l'école concernée ainsi que sous toute autre forme appropriée. L'appel aux candidats mentionne le profil requis du secrétaire de direction et les objectifs à réaliser pendant la désignation. S'il est fait usage de la possibilité mentionnée à l'article 91*quadrages*, alinéa 2, l'appel aux candidats est de plus publié dans la presse.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres une lettre de motivation expliquant la manière dont il compte réaliser les objectifs mentionnés à l'alinéa précédent. »

Art. 23 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*quadragesbis* rédigé comme suit :

« Art. 91*quadragesbis* – Désignation

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Il se base entre autres sur la lettre de motivation, sur un ou plusieurs entretiens de candidature et sur l'expérience professionnelle du candidat. »

Art. 24 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*quadragester* rédigé comme suit :

« Art. 91*quadragester* – Remplacement temporaire

§ 1^{er} – Lorsque la désignation du secrétaire de direction prend fin, que celui-ci démissionne de sa fonction ou est temporairement absent en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité, le pouvoir organisateur peut le remplacer jusqu'à la fin de l'année scolaire par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 91*quater*, à l'exception du 3^o.

§ 2 – Pendant le remplacement temporaire, les articles 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 91*duodecies*, 91*terdecies* et 91*quadragesquater* s'appliquent au membre du personnel remplaçant. »

Art. 25 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*quadragesquater* rédigé comme suit :

« Art. 91*quadragesquater* – Traitement et prime

§ 1^{er} – Durant l'exercice de la fonction de secrétaire de direction, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 152 figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement

par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 – Si une personne, désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée secrétaire de direction, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$$P = X - M$$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée secrétaire de direction, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifiée par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime visée au § 2 continue à être versée pour autant que le secrétaire de direction ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 26 – À l'article 121*quinquies*, alinéa 4, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, remplacé par le décret du 25 mai 2009 et modifié par le décret du 5 mai 2014, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° un membre du personnel du Ministère qui dispose des connaissances professionnelles nécessaires en matière d'organisation de l'enseignement. »

Art. 27 – À l'article 121*nonies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Durant l'exercice de la fonction d'instituteur en chef, de directeur d'une école fondamentale autonome ou de directeur d'une école fondamentale d'application, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement lui attribuée conformément à l'article 2, chapitre B « Membres du personnel directeur et enseignant », 7°, 8° et 9°, de l'arrêté royal du 27 juin 1974 mentionné à l'alinéa 3, 1°. »;

2° le § 5, inséré par le décret du 28 juin 2010, est abrogé.

Art. 28 – Dans l'article 169^{quater}, alinéa 4, du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 20 juin 2016, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Art. 29 – Dans le chapitre XI^{bis} du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un article 169^{quaterdecies} rédigé comme suit :

« Art. 169^{quaterdecies} – Les membres du personnel qui, au 31 août 2018, sont désignés à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur dans une école secondaire ordinaire, sont considérés, à partir du 1^{er} septembre 2018 comme étant désignés à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire. Les services prestés dans la fonction de coordinateur dans une école secondaire ordinaire sont pris en compte pour calculer l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 91^{septies}, § 3.

La désignation d'un membre du personnel engagé pour une durée indéterminée dans la fonction de cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire prend fin d'office le 31 août 2021 s'il ne remplit pas à ce moment la condition mentionnée à l'article 91^{quinquiesdecies}, 2^o. »

Art. 30 – Dans le chapitre XI^{bis} du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un article 169^{quinquiesdecies} rédigé comme suit :

« Art. 169^{quinquiesdecies} – Par dérogation aux articles 91^{quinquies} et 91^{sexies}, le pouvoir organisateur désigne, au 1^{er} septembre 2018, pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire, un membre du personnel qui était désigné, au cours des années scolaires 2016-2018 dans la fonction de conseiller en pédagogie dans une école fondamentale et secondaire de l'enseignement spécialisé et qui assurait la coordination des missions mentionnées à l'article 6, alinéa 1^{er}, 9^o, du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées. Une attestation rédigée par le chef d'établissement peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur, attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel. »

Chapitre 6 – Modification de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement dont doivent être titulaires les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'état, pour pouvoir être nommés aux fonctions de sélection

Art. 31 – Dans l'article 1^{er}, E, de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement dont doivent être titulaires les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'État, pour pouvoir être nommés aux fonctions de sélection, les lignes concernant le chef d'atelier et le sous-directeur sont abrogées.

Art. 32 – Dans l'article 2 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, la ligne concernant le secrétaire de direction est abrogée.

Chapitre 7 – Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone

Art. 33 – Dans le A), § 3, f), de l'annexe de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, abrogé par le décret du 24 juin 2013 et rétabli par le décret du 26 juin 2017, les mots « représentant au moins 130 points ECTS et » sont abrogés.

Chapitre 8 – Modification de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 34 – Dans l'article 1^{er} de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 1^{er} septembre 1993, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o dans la phrase introductive du 1^o, remplacé par le décret du 6 juin 2005 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les mots « des coordinateurs dans une école secondaire ordinaire, » sont remplacés par les mots « des cadres intermédiaires dans une école secondaire ordinaire, des coordinateurs d'une structure d'accrochage scolaire, »;
- 2^o dans le 2^o, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les mots « les coordinateurs dans une école secondaire ordinaire, » sont remplacés par les mots « les cadres intermédiaires dans une école secondaire ordinaire, les coordinateurs d'une structure d'accrochage scolaire, ».

Art. 35 – L'article 3 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté royal n° 69 du 20 juillet 1982, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La disposition mentionnée à l'alinéa 1^{er} s'applique également si le membre du personnel a, au cours de l'année scolaire, pris le congé prévu à l'article 2 de l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement de l'État et des centres psycho-médico-sociaux de l'État qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite.

Chapitre 9 – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire

Art. 36 – À l'article 3, § 1.2, de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, inséré par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « coordinateur » est à chaque fois remplacé par les mots « cadre intermédiaire »;
- 2° dans l'alinéa 2, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Chapitre 10 – Modification de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire

Art. 37 – Dans le Titre IV de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, il est inséré un chapitre I.1, comportant les articles 61.1 à 61.9, rédigé comme suit :

« Chapitre I.1 – Dispositions particulières concernant la stimulation des surdoués ».

Art. 38 – Dans le Titre IV, chapitre I.1, du même arrêté royal, il est inséré un article 61.1 rédigé comme suit :

« Art. 61.1 – Le présent chapitre s'applique aux élèves surdoués fréquentant l'enseignement secondaire ordinaire.

Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par :

- 1° élèves surdoués : les élèves qui ont un quotient intellectuel de 130 dans au moins trois domaines;
- 2° jour ouvrable : un jour de la semaine, du lundi au vendredi, à l'exception des jours fériés légaux. »

Art. 39 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 61.2 rédigé comme suit :

« Art. 61.2 – Par dérogation aux articles 9, §§ 1^{er} à 3, 10, § 1^{er}, 33, §§ 1^{er} à 3, et 34, § 1^{er}, les élèves surdoués peuvent, à la suite d'une décision positive de la conférence sur la stimulation des surdoués lors de la première inscription dans une école secondaire, être inscrits dans une première année d'observation ou une deuxième année commune :

- 1° s'ils sont porteurs d'un certificat d'études de base;
- 2° s'ils ne sont pas porteurs d'un certificat d'études de base et qu'ils ont au moins dix ans. »

Art. 40 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 61.3 rédigé comme suit :

« Art. 61.3 – Par dérogation aux articles 11 à 15 et 35 à 38, les élèves surdoués peuvent, en raison d'une décision positive de la conférence sur la stimulation des surdoués, être inscrits dans une troisième, quatrième ou cinquième année d'études de l'enseignement secondaire général, technique ou artistique s'ils étaient inscrits en première ou deuxième année secondaire l'année précédente. »

Art. 41 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 61.4 rédigé comme suit :

Art. 61.4 – Aux fins d'application de l'article 61.2 ou 61.3, les personnes chargées de l'éducation introduisent, avant le 31 mai, une demande d'inscription pour un élève surdoué du directeur de l'école secondaire ordinaire dans laquelle ledit élève sera inscrit suivant la procédure suivante.

La demande doit être accompagnée des documents suivants :

- 1° si l'élève est déjà inscrit dans la même école secondaire, un procès-verbal de transfert établi par l'école ou la classe cédante constatant les aptitudes, les compétences attendues et les contenus que l'élève a déjà acquis, complété par la documentation des observations au niveau socio-affectif ainsi qu'une recommandation relative à la poursuite de la scolarisation dans ladite école secondaire;
- 2° un avis établi par un organisme expert, datant de moins de six mois et attestant d'un quotient intellectuel d'au moins 130 dans au moins trois domaines.

L'avis mentionné à l'alinéa 2 est demandé par les personnes chargées de l'éducation et contient les informations suivantes :

- 1° le nom de l'organisme;
- 2° le titre et les références professionnelles du ou des experts qui ont établi l'évaluation de l'élève et l'avis;
- 3° les techniques et tests utilisés pour les constater;
- 4° les domaines évalués et les quotients intellectuels obtenus pour chacun d'eux;
- 5° un aperçu de l'évolution globale de l'enfant ou du jeune, selon le cas;
- 6° des recommandations quant au développement du potentiel si l'élève présente un quotient intellectuel d'au moins 130 dans au moins trois domaines;
- 7° des recommandations quant au lieu de soutien, à la forme des études et à l'année d'études basées sur l'évaluation du niveau de compétences atteint.

Si l'avis est établi par un organisme autre que le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les personnes chargées de l'éducation doivent le faire approuver par ledit centre. Celui-ci vérifie, dans un délai de quinze jours ouvrables, si l'avis contient les données susmentionnées. Si le centre conclut, après examen du contenu, que l'avis ne peut être reconnu ou qu'il ne reprend pas les données susmentionnées, il transmet un refus motivé aux personnes chargées de l'éducation, et ce, par simple courrier. Il revient aux personnes chargées de l'éducation de solliciter un nouvel avis soit auprès du centre, soit auprès d'un autre organisme.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit au raccourcissement des études secondaires. »

Art. 42 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 61.5 rédigé comme suit :

« Art. 61.5 – Après réception de la demande mentionnée à l'article 61.4, le directeur de l'école secondaire ordinaire absorbante convoque une conférence sur la stimulation des surdoués, qui se compose comme suit :

- 1° le directeur de l'école primaire cédante en cas d'inscription conformément à l'article 61.2;
- 2° le directeur de l'école secondaire ordinaire absorbante, qui la préside;
- 3° les personnes chargées de l'éducation;
- 4° les membres du personnel enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique concernés;
- 5° un représentant du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;

6° un conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée.

À la demande du directeur de l'école secondaire ordinaire, deux représentants au plus de l'administration de l'enseignement peuvent participer avec voix consultative à la conférence sur la stimulation des surdoués.

Les personnes chargées de l'éducation ont le droit de se faire accompagner à la conférence sur la stimulation des surdoués par le conseil de leur choix.

Pour autant que les personnes chargées de l'éducation soient d'accord, l'élève surdoué peut être entendu soit pendant la séance de la conférence sur la stimulation des surdoués, soit au préalable par l'un ou plusieurs membres de ladite conférence. »

Art. 43 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 61.6 rédigé comme suit :

« Art. 61.6 – § 1^{er} – Le directeur de l'école secondaire ordinaire absorbante invite par écrit les membres visés à l'article 61.5 au moins dix jours ouvrables avant la séance de la conférence sur la stimulation des surdoués.

La non-comparution de l'un des membres de la conférence sur la stimulation des surdoués n'empêche pas ledit conseil de statuer sur l'affaire.

§ 2 – Dans un délai de quinze jours ouvrables après réception de la demande par le directeur de l'école secondaire ordinaire absorbante, les membres de la conférence sur la stimulation des surdoués déterminent, par consensus, pour l'année scolaire suivante :

- 1° sous quelle forme, dans quelle orientation et quelle année l'élève sera scolarisé au sein de l'école secondaire ordinaire et
- 2° les mesures d'accompagnement spécifiques nécessaires.

La décision de la conférence sur la stimulation des surdoués est motivée de façon détaillée.

§ 3 – Dans un délai de trois jours ouvrables suivant celui où la décision a été prise, le chef d'établissement la transmet aux personnes chargées de l'éducation, par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables. »

Art. 44 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 61.7 rédigé comme suit :

« Art. 61.7 – Si les membres de la conférence sur la stimulation des surdoués ne parviennent pas à un accord, le chef d'établissement de l'école secondaire ordinaire renvoie le dossier devant la Commission de soutien, par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception, dans les huit jours calendrier suivant la clôture des délibérations au sein de ladite conférence. La date du cachet de la poste ou de l'accusé de réception fait foi.

Dans un délai de vingt jours ouvrables suivant l'envoi du recommandé visé à l'alinéa précédent, la Commission de soutien transmet par recommandé sa décision motivée aux personnes chargées de l'éducation et au directeur de l'école secondaire ordinaire.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par la Commission de soutien, elles en informent le président de la Commission par écrit dans les quatorze jours ouvrables suivant l'envoi du recommandé contenant la décision. Le président renvoie alors l'affaire devant le juge de la jeunesse compétent. »

Art. 45 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 61.8 rédigé comme suit :

« Art. 61.8 – § 1^{er} – En ce qui concerne les activités d'enseignement, le directeur de l'école secondaire ordinaire en question peut reconnaître la fréquentation de lieux d'apprentissage extrascolaires et les faire intégrer dans l'horaire :

- 1° de sa propre initiative et en concertation avec les personnes chargées de l'éducation ou
- 2° à la demande des personnes chargées de l'éducation.

§ 2 – Les personnes chargées de l'éducation introduisent une demande en ce sens auprès du directeur de l'école secondaire ordinaire dans laquelle l'élève est inscrit.

La demande est complétée par une description des lieux d'apprentissage extrascolaires qui contient les informations suivantes :

- 1° nom de l'organisme;
- 2° titre et références professionnelles de la personne qui accompagne et soutient l'élève au sein du lieu d'apprentissage extrascolaire;
- 3° description des activités proposées par le lieu d'apprentissage extrascolaire;
- 4° compétences visées qui sont transmises à l'élève.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit à la fréquentation de lieux d'apprentissage extrascolaires.

§ 3 – Dans un délai de dix jours ouvrables après réception de la demande, le chef d'établissement statue en concertation avec les membres concernés du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique et du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables. Le chef d'établissement peut faire appel à des experts externes.

Dans un délai de trois jours ouvrables suivant celui où la décision motivée a été prise, le chef d'établissement la transmet aux personnes chargées de l'éducation, par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables.

§ 4 – Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par le chef d'établissement, elles peuvent introduire un recours auprès de la commission de soutien conformément à l'article 61.7.

Art. 46 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 61.9 rédigé comme suit :

« Art. 61.9 – Sans préjudice des articles 24, § 1^{er}, et 79, § 1^{er}, le conseil de classe délivre le certificat d'études de base à l'élève qui a été inscrit en deuxième année secondaire commune conformément à l'article 61.2, 2°, et qui a réussi l'année scolaire en question.

Par dérogation à l'article 25, § 1^{er}, 1°, le conseil de classe délivre le certificat d'études de base à l'élève qui, conformément à l'article 3, a été inscrit en troisième, quatrième ou cinquième année d'études de l'enseignement secondaire général, technique ou artistique et qui a réussi l'année scolaire en question. »

Art. 47 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 61.10 rédigé comme suit :

« Art. 61.10 – Au plus tard au cours de l'année scolaire où l'élève inscrit conformément à l'article 2, 2°, atteint l'âge de 11 ans accomplis avant le 1^{er} janvier, il participe pour la

première fois à la session d'examens extrascolaires en vue d'obtenir le certificat d'études de base.

Au plus tard au cours de l'année scolaire où l'élève inscrit conformément à l'article 61.2 atteint l'âge de 14 ans accomplis avant le 1^{er} janvier, il participe pour la première fois à la session d'examens extrascolaires en vue d'obtenir le certificat d'enseignement secondaire inférieur, s'il n'en est pas encore porteur. »

Chapitre 11 – Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé

Art. 48 – À l'article 5^{quiquies}, alinéa 1^{er}, du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé, inséré par le décret du 24 juin 2013, remplacé par le décret du 26 juin 2017 et modifié par le décret du 26 juin 2017, les mots « 9° à 12° » sont remplacés par les mots « 10° à 12° » et les mots « douze emplois », par les mots « huit emplois ».

Chapitre 12 – Modification du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury

Art. 49 – L'article 14 du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, seuls les candidats suivants sont admis aux examens pour l'orientation d'études de l'enseignement secondaire inférieur professionnel « année de spécialisation – cours généraux » :

- 1° les candidats porteurs d'un certificat de fin d'apprentissage ou d'un diplôme de formation de chef d'entreprise ou de tout autre titre y assimilé;
- 2° les apprentis qui, dans les cours tant généraux que techniques, se trouvent au moins dans la deuxième année d'apprentissage. »

Chapitre 13 – Modification du décret du 25 juin 1996 relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire

Art. 50 – À l'article 9, § 1^{er}, alinéa 3, du décret du 25 juin 1996 relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire, remplacé par le décret du 5 mai 2014, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° les mots « , relevant de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation » sont remplacés par les mots « ou de surveillant-éducateur »;
- 2° les mots « ou du surveillant-éducateur » sont insérés entre les mots « de l'assistant social » et les mots « est de 36 heures ».

Art. 51 – À l'article 11, alinéa 3, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° la première phrase est complétée par les mots « ou de surveillant-éducateur »;
- 2° la deuxième phrase est abrogée.

Chapitre 14 – Modification du décret-programme 1997 du 20 mai 1997

Art. 52 – L'article 4^{ter}, § 3, du décret-programme 1997 du 20 mai 1997, inséré par le décret du 25 juin 2007, est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, 4^o, b), une école secondaire ordinaire rattachée à un institut de formation continuée dont le capital périodes est supérieur à 6 000 heures par an, obtient un demi-emploi supplémentaire pour la coordination dudit institut si, au dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours, au moins 400 élèves y sont inscrits. Ce demi-emploi est mis à disposition pour l'année scolaire en cours.

Si l'emploi prévu conformément aux alinéas 1^{er}, 4^o, b), et 5 est réparti entre plusieurs membres du personnel, chacun a droit, pour la moitié des heures de coordination lui attribuées, au traitement fixé à l'alinéa 2. »

Chapitre 15 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 53 – À l'article 20 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, remplacé par le décret du 25 octobre 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'alinéa 2, 2^o, d), est remplacé par ce qui suit :

« d) la forme, décidée en concertation avec les élèves, que revêtira la participation de ceux-ci à la vie scolaire et les domaines pour lesquels ils ont un droit de codétermination; »

2^o dans l'alinéa 2, 4^o, le a) est complété par les mots « de développement scolaire »;

3^o dans l'alinéa 2, 4^o, le b) est remplacé par ce qui suit :

« b) la planification du développement, complétée par les mesures de mise en œuvre »;

4^o l'alinéa 3 est complété par la phrase suivante :

« En matière de gestion des changements, il appartient au cadre intermédiaire de coordonner et de gérer la mise en place et la poursuite du développement du projet d'établissement. »

Art. 54 – L'article 49, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 11 mai 2009, est complété par la phrase suivante :

« Les personnes qui ont une fonction de cadre intermédiaire et n'ont pas été choisies pour être membres du Conseil pédagogique le sont avec voix consultative. »

Art. 55 – À l'article 51 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'alinéa 1^{er} est complété par un 16^o rédigé comme suit :

« 16^o aux objectifs de développement scolaire et au développement scolaire sur le terrain »;

2^o l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En matière de développement scolaire, le Conseil pédagogique travaille en étroite collaboration avec le cadre intermédiaire et la direction de l'école. Le Conseil pédagogique conseille et soutient le travail de développement, de coordination et de gestion du cadre

intermédiaire. En concertation avec la direction de l'école, le Conseil pédagogique peut confier des missions au cadre intermédiaire. »

Art. 56 – L'article 55 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 55 – Droit des élèves à la participation et à la codétermination*

Les élèves et les délégations d'élèves participent à la vie scolaire et ont un droit de codétermination dans des domaines qui les concernent directement.

Au sein de son établissement, le directeur d'une école secondaire met en place une délégation d'élèves élue. Si, pour des raisons organisationnelles, la création d'une délégation d'élèves élue n'est pas possible, la participation des élèves à la vie scolaire et leur droit de codétermination sont garantis sous quelque forme que ce soit.

Le directeur d'une école primaire peut mettre en place une délégation d'élèves élue dans son établissement. Si aucune délégation d'élèves élue n'est créée, la participation des élèves à la vie scolaire et leur droit de codétermination sont garantis sous quelque forme que ce soit.

Le projet d'établissement de toute école reprend des dispositions concernant la forme que revêt la participation des élèves à la vie scolaire et les domaines dans lesquels ils ont un droit de codétermination. Ces dispositions sont élaborées au sein du Conseil pédagogique avec la délégation d'élèves et sont soumises au pouvoir organisateur pour décision. Si aucune délégation d'élèves n'existe au sein d'une école, le Conseil pédagogique veille à ce que les élèves puissent participer, sous quelque forme que ce soit, à l'élaboration de ces dispositions. »

Art. 57 – L'article 93.81 du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2017, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les écoles secondaires ordinaires qui intègrent dans l'enseignement ordinaire, en tout ou partie, des élèves qui étaient inscrits régulièrement dans une classe d'apprentissage linguistique au cours des trois dernières années reçoivent, pour la fonction de professeur pour classes d'apprentissage linguistique :

- 1° de 3 à 6 élèves : un quart d'emploi;
- 2° de 7 à 12 élèves : un quart d'emploi supplémentaire;
- 3° de 13 à 18 élèves : un quart d'emploi supplémentaire;
- 4° de 19 à 24 élèves : un quart d'emploi supplémentaire;
- 5° par tranche de six autres élèves, l'école secondaire reçoit à chaque fois un quart d'emploi supplémentaire. »

Art. 58 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un chapitre VIIIsexies, comportant les articles 93.82 à 93.96, rédigé comme suit :

« Chapitre VIIIsexies – Scolarisation dans une structure d'accrochage scolaire ».

Art. 59 – Dans le chapitre VIIIquinquies du même décret, il est inséré un article 93.82 rédigé comme suit :

« *Art. 93.82 – Champ d'application*

Le présent chapitre s'applique aux structures d'accrochage scolaire organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone. »

Art. 60 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.83 rédigé comme suit :
« Art. 93.83 – *Objectif*

La structure d'accrochage scolaire organisée en vertu du présent chapitre permet, d'une part, aux jeunes qui, en raison de troubles du comportement socio-affectif, ont perdu pied dans leur formation scolaire ou en alternance, et dont la participation à la vie scolaire finira par être limitée, d'interrompre momentanément ladite formation pour, pendant cette période, redéfinir leurs projets scolaires et professionnels ainsi que développer une motivation et des compétences durables en vue de concrétiser leurs propres perspectives d'apprentissage, professionnelles et de vie. D'autre part, la structure d'accrochage scolaire permet d'agir de manière préventive contre le décrochage scolaire en proposant au personnel enseignant un soutien sous la forme de conseils destinés visant à étendre les possibilités d'action lors de troubles du comportement socio-affectif en milieu scolaire. »

Art. 61 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.84 rédigé comme suit :
« Art. 93.84 – *Mission*

La mission de la structure d'accrochage scolaire comprend les tâches suivantes :

1. la scolarisation des jeunes visés à l'article 93.83 dans une structure d'accrochage scolaire ayant pour tâches :
 - 1.1. la réintégration dans l'école ou le centre de formation des classes moyennes (ZAWM) d'origine;
 - 1.2. l'intégration dans une nouvelle école ou dans un nouveau ZAWM;
 - 1.3. la préparation aux examens du jury externe ou à ceux de l'école ou du ZAWM;
 - 1.4. la mise en relation de la théorie et de la pratique par la possibilité de faire des stages;
 - 1.5. la préparation à une formation professionnelle en vue d'un soutien complet :
 - 1.5.1. lors de la transmission dans l'apprentissage;
 - 1.5.2. lors de la préparation à un examen d'entrée;
 - 1.5.3. en coopération, au cas par cas et de façon anticipée, avec les ZAWM;
 - 1.6. l'accompagnement sociopédagogique individuel limité dans le temps afin de gérer des situations de crise particulièrement difficiles;
2. le soutien des écoles et des centres de formation des classes moyennes, des personnes chargées de l'éducation, des jeunes et des services spécialisés connexes ayant un rôle de soutien afin de développer des possibilités d'actions alternatives pour les jeunes menacés par une exclusion ou un décrochage scolaire, ou qui ne sont plus liés à une école. Concernant les troubles socio-affectifs, ces conseils comprennent les tâches suivantes : informations, sensibilisation et conseils préventifs des membres du personnel de l'école ou du ZAWM;
 - 2.2. entretiens-conseils destinés aux analyses individuelles;
 - 2.3. conseils relatifs aux plans de soutien individuels et à l'organisation des cours;
 - 2.4. accompagnement lors des processus de réintégration des élèves qui ont fréquenté une structure d'accrochage scolaire;
3. la proposition de conseils spécialisés en matière socio-émotionnelle prodigués aux membres du personnel concernés de l'école ou du ZAWM, destinés à les soutenir dans leurs actions préventives contre les décrochages scolaires ou d'apprentissage, et à développer des solutions sur place;
 - 3.2. afin d'accompagner, dans le cadre des processus d'intégration et de réintégration, les jeunes et les membres du personnel concernés de l'école ou du ZAWM au terme de l'intervention de la structure d'accrochage scolaire. »

Art. 62 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.85 rédigé comme suit :

« Art. 93.85 – *Coopération avec les écoles ordinaires et spécialisées ainsi qu'avec les ZAWM*

Les écoles et ZAWM soutenus par une structure d'accrochage scolaire sont tenus aux obligations suivantes.

- 1° Pour les cours de mathématiques, d'allemand et de français première langue, ils mettent du matériel didactique à disposition de la structure d'accrochage scolaire au moment de l'inscription de l'élève dans celle-ci et à des intervalles réguliers pendant la fréquentation de ladite structure par l'élève. À la demande du coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire, les écoles ou les ZAWM d'origine mettent également du matériel didactique à disposition de la structure pour les autres cours.
- 2° Ils invitent un représentant de la structure d'accrochage scolaire lors des conseils de classe de l'école ou du ZAWM d'origine pour qu'il puisse informer ledit conseil de classe de l'évolution de chaque élève scolarisé dans la structure d'accrochage scolaire.
- 3° Ils organisent, au moins une fois tous les deux mois, une rencontre entre le membre du personnel responsable de la structure d'accrochage scolaire et ceux concernés de l'école ou du ZAWM d'origine.
- 4° Ils organisent, lors des processus d'intégration et de réintégration, au moins un entretien de préparation auquel prennent part les membres du personnel concernés de l'école ou du ZAWM ainsi que les représentants du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. Dans le cadre de cet entretien, les actions recommandées par la structure d'accrochage scolaire sont présentées et préparées pour leur mise en place.
- 5° Pour la mise en place des offres de cours, la structure d'accrochage scolaire peut recourir au personnel, à l'équipement et aux locaux des institutions suivantes :
 - a. toutes les écoles secondaires et tous les instituts de formation scolaire continue, indépendamment du pouvoir organisateur;
 - b. les ZAWM. »

Art. 63 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.86 rédigé comme suit :

« Art. 93.86 – *Collaboration avec d'autres services spécialisés*

En cas de besoin, la structure d'accrochage scolaire peut recourir au soutien du service d'aide à la jeunesse.

Pour évaluer et adapter la coopération, une réunion de coordination est organisée au moins une fois par année scolaire, réunissant :

- 1° des représentants du service d'aide à la jeunesse, du service d'aide judiciaire à la jeunesse et de la structure d'accrochage scolaire;
- 2° des représentants du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes et de la structure d'accrochage scolaire. »

Art. 64 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.87 rédigé comme suit :

« Art. 93.87 – *Secret professionnel*

Les membres du personnel de la structure d'accrochage scolaire sont tenus au secret professionnel dans le cadre de l'exercice de leurs activités. Les articles 4.11 et 4.12 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes sont d'application; le "centre" devant s'entendre comme désignant la "structure d'accrochage scolaire". »

Art. 65 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.88 rédigé comme suit :

« Art. 93.88 – *Inscription des élèves*

Les jeunes visés à l'article 93.83 peuvent être inscrits en tant qu'élèves réguliers dans la structure d'accrochage scolaire si, au moment de ladite inscription, ils remplissent les conditions suivantes :

- 1° ils sont soumis à l'obligation scolaire;
- 2° ils sont âgés d'au moins 12 ans;
- 3° ils sont inscrits dans un établissement scolaire ou de formation dans les classes moyennes en Communauté germanophone ou ils ont leur domicile en Communauté germanophone;
- 4° la décision de l'inspection scolaire mentionnée à l'article 93.91 préconise ladite inscription.

En raison de circonstances exceptionnelles, l'inspection scolaire peut, dans certains cas, déroger aux dispositions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°.

En outre, l'élève inscrit dans la structure d'accrochage scolaire reste inscrit dans l'école ou le ZAWM qu'il fréquentait au moment de l'inscription dans ladite structure.

L'élève satisfait à l'obligation scolaire s'il fréquente une structure d'accrochage scolaire. »

Art. 66 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.89 rédigé comme suit :

« Art. 93.89 – *Introduction de la demande si le jeune est inscrit dans une école ou un ZAWM*

§ 1^{er} – Si le directeur d'une école ou d'un ZAWM où le jeune est inscrit – ci-après, « école d'origine » – considère comme nécessaire l'inscription dans une structure d'accrochage scolaire en vertu des critères mentionnés à l'article 93.83, il organise, après un premier entretien-conseil réunissant les membres du personnel concernés occupant une fonction de sélection ou de promotion, le coordinateur de la structure d'accrochage scolaire, un représentant du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, un entretien de situation avec les personnes chargées de l'éducation, le coordinateur de la structure d'accrochage scolaire, les membres du personnel concernés de l'école d'origine et un représentant du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

Des experts externes peuvent être invités à participer à l'entretien de situation.

Pour autant que les personnes chargées de l'éducation soient d'accord, le jeune peut être entendu par l'un ou plusieurs participants à l'entretien de situation soit au cours de celui-ci, soit avant.

Le directeur de l'école d'origine est tenu d'établir un procès-verbal de l'entretien de situation qui contient les éléments suivants :

- 1° participants à l'entretien de situation;
- 2° lieu et date dudit entretien;
- 3° objectifs;
- 4° pistes de solution;
- 5° décision des participants;
- 6° liste des membres du personnel concernés de l'école d'origine.

Le directeur de l'école d'origine établit le procès-verbal de l'entretien de situation en concertation avec les participants audit entretien et leur envoie celui-ci dans un délai de dix jours ouvrables.

§ 2 – Si les participants à l'entretien de situation préconisent une inscription dans la structure d'accrochage scolaire, le directeur de l'école d'origine demande l'accord écrit des personnes chargées de l'éducation pour pouvoir introduire la demande et solliciter l'avis mentionné à l'alinéa 2, 4°. Le directeur de l'école d'origine introduit une demande d'inscription dans une structure d'accrochage scolaire auprès du coordinateur de cette dernière.

La demande du directeur de l'école d'origine contient :

- 1° les données de contact de l'élève;
- 2° l'accord des personnes chargées de l'éducation;
- 3° la prise de position adoptée par le conseil de classe;
- 4° l'avis du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes qui contient une recommandation motivée portant sur le lieu de soutien;
- 5° le procès-verbal de l'entretien de situation;
- 6° les informations concernant la durée supposée de la fréquentation de la structure d'accrochage scolaire;
- 7° une copie du dernier bulletin;
- 8° une liste récapitulative reprenant tous les enseignants de l'élève ainsi que leurs matières;
- 9° les informations concernant le correspondant au sein de l'école d'origine.

§ 3 – Dans un délai de dix jours ouvrables, le coordinateur de la structure d'accrochage scolaire prend position concernant la demande visée et envoie celle-ci par simple courrier à l'inspection scolaire, accompagnée de son avis relatif à la possibilité d'une admission dans les plus brefs délais. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables.

Lors de sa prise de position, le coordinateur de la structure d'accrochage scolaire peut demander l'avis d'experts externes.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit à l'inscription dans la structure d'accrochage scolaire. »

Art. 67 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.90 rédigé comme suit :

« Art. 93.90 – *Introduction de la demande si le jeune n'est plus inscrit dans une école ou un ZAWM*

§ 1^{er} – Si le jeune qui remplit les critères mentionnés à l'article 93.83 n'est plus inscrit dans une école ou un ZAWM en Communauté germanophone, et que l'inspection scolaire considère comme nécessaire l'inscription dans une structure d'accrochage scolaire, cette dernière organise, de sa propre initiative ou à la demande des personnes chargées de l'éducation ou d'autres établissements, un entretien de situation réunissant les personnes chargées de l'éducation, le coordinateur de la structure d'accrochage scolaire et un représentant du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

L'inspection scolaire peut faire appel à des experts externes et aux membres du personnel concernés de l'école ou du ZAWM où le jeune était inscrit en dernier lieu.

L'article 93.89, § 1^{er}, alinéas 3 à 5, s'appliquent, le coordinateur étant responsable de l'établissement du procès-verbal.

§ 2 – Si les participants à l'entretien de situation préconisent une inscription dans la structure d'accrochage scolaire, les personnes chargées de l'éducation introduisent une demande d'inscription dans la structure d'accrochage scolaire auprès du coordinateur de celle-ci et donnent leur accord écrit pour solliciter l'avis mentionné à l'alinéa 2, 4°.

Dans un délai de dix jours ouvrables, le coordinateur de la structure d'accrochage scolaire prend position concernant la demande visée et envoie celle-ci par simple courrier à l'inspection scolaire, accompagnée de son avis relatif à la possibilité d'une admission dans les plus brefs délais. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables.

La demande du coordinateur de la structure d'accrochage scolaire reprend :

- 1° les données de contact de l'élève;
- 2° la demande et l'accord des personnes chargées de l'éducation;
- 3° l'avis du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes qui contient une recommandation motivée portant sur le lieu de soutien;
- 4° le procès-verbal de l'entretien de situation;
- 5° les informations concernant la durée supposée de la fréquentation de la structure d'accrochage scolaire;
- 6° une copie du dernier bulletin. »

Art. 68 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.91 rédigé comme suit :

« *Art. 93.91 – Décision de l'inspection scolaire*

Dans un délai de dix jours ouvrables après réception de la demande d'inscription dans la structure d'accrochage scolaire, l'inspection scolaire statue sur l'admission de l'élève au sein de ladite structure; la décision précise la date de l'inscription ainsi que la durée de la fréquentation. À défaut, la demande est censée être approuvée. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables.

Dans un délai de trois jours ouvrables suivant la prise de décision, l'inspection scolaire transmet celle-ci par simple courrier :

- 1° si la demande a été introduite conformément à l'article 93.89, au directeur de l'école d'origine qui en informe les personnes chargées de l'éducation et le coordinateur de la structure d'accrochage scolaire;
- 2° si la demande a été introduite conformément à l'article 93.90, au coordinateur de la structure d'accrochage scolaire qui en informe les personnes chargées de l'éducation.

Si la demande est approuvée par acceptation tacite, la date de l'inscription correspond au premier jour d'école qui suit le terme du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, et la durée de fréquentation, à celle proposée dans ladite demande.

Art. 69 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.92 rédigé comme suit :

« *Art. 93.92 – Prolongation de la fréquentation et fin prématurée*

À la demande du coordinateur de la structure d'accrochage scolaire, l'inspection scolaire peut, conformément à l'article 93.91, prolonger la durée de fréquentation de ladite structure par le jeune. La demande du coordinateur de la structure d'accrochage scolaire reprend :

- 1° les données de contact de l'élève;

- 2° l'accord des personnes chargées de l'éducation;
- 3° un rapport de situation actualisé, établi par la structure d'accrochage scolaire;
- 4° les informations concernant les perspectives d'une prolongation de la durée de fréquentation de la structure d'accrochage scolaire.

En concertation avec les conseillers en pédagogie de soutien et les personnes chargées de l'éducation, le coordinateur peut mettre fin prématurément à la scolarisation d'un élève dans la structure d'accrochage scolaire. Il informe l'inspection scolaire par écrit de la fin prématurée et lui remet un rapport de clôture motivé. L'alinéa ne s'applique pas en cas de mauvais comportements de l'élève. »

Art. 70 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.93 rédigé comme suit :

« Art. 93.93 – *Renvoi et exclusion temporaire de la structure d'accrochage scolaire*

Le coordinateur de la structure d'accrochage scolaire a la possibilité de renvoyer des élèves conformément aux articles 42 à 45 ou de prononcer une exclusion temporaire du programme.

Si le jeune est encadré par le service d'aide à la jeunesse ou le service d'aide judiciaire à la jeunesse, une concertation a lieu entre ledit service compétent et un représentant du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes; cette concertation se tient avant l'application de la procédure mentionnée à l'article 45 dans le cas d'une exclusion temporaire et est convoquée par le coordinateur. »

Art. 71 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.94 rédigé comme suit :

« Art. 93.94 – *Organisation des études*

L'enseignement dispensé au sein de la structure d'accrochage scolaire peut :

- 1° comprendre des mesures sociopédagogiques, des cours généraux, techniques et professionnels et être complété par des stages;
- 2° être organisé au niveau disciplinaire ou interdisciplinaire dans le cadre d'unités d'enseignement ainsi que d'offres d'apprentissage sociopédagogique.

L'enseignement dispensé dans la structure d'accrochage scolaire se déroule les jours de cours fixés conformément au chapitre VI, à l'exception des stages qui peuvent être effectués pendant les vacances scolaires d'une année scolaire. »

Art. 72 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.95 rédigé comme suit :

« Art. 93.95 – *Structure d'accrochage scolaire*

Une structure d'accrochage scolaire peut être créée ou subventionnée aux conditions suivantes :

- 1° ladite structure dépend d'une école fondamentale et secondaire spécialisée;
- 2° elle compte au moins trois élèves au 15 novembre de l'année scolaire concernée.

Si la structure d'accrochage scolaire ne remplit pas les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°, elle est, à partir du 16 novembre, fermée ou, selon le cas, elle n'est plus subventionnée, et le pouvoir organisateur prend les frais de traitement et de fonctionnement en charge jusqu'au 15 novembre.

À la demande de l'inspection scolaire, le Gouvernement peut accorder une dérogation à la condition mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 2°, qui ne sera valable que pour l'année scolaire concernée.

La direction de la structure d'accrochage scolaire est assurée par le directeur de l'école dont elle dépend. »

Art. 73 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.96 rédigé comme suit :
« Art. 93.96 – *Capital emplois*

La structure d'accrochage scolaire reçoit quatre équivalents temps-plein dans la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale ou secondaire spécialisée et un emploi dans la fonction de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire.

Ce capital emplois revient à l'école dans laquelle le jeune était inscrit jusqu'au moment de son inscription dans la structure d'accrochage scolaire. Si, au moment de son inscription dans la structure d'accrochage scolaire, le jeune était sous contrat d'apprentissage, il continue à compter dans les normes de classe des ZAWM.

Les moyens financiers pour les objectifs pédagogiques ou, selon le cas, la réduction des frais scolaires reviennent à l'école dans laquelle le jeune était inscrit jusqu'au moment de son inscription dans la structure d'accrochage scolaire. »

Art. 74 – L'article 96 du même décret, modifié par les décrets des 11 mai 2009 et 25 octobre 2010, est complété par les 20° et 21° rédigés comme suit :

« 20° assurer les missions qui contribuent au développement scolaire au sens du schéma directeur et aux objectifs de développement scolaire pour l'amélioration continue de la qualité;

21° mandater les cadres intermédiaires en ce qui concerne les missions opératives de gestion dans l'organisation de l'école et les missions stratégiques dans le développement de l'école et de l'enseignement. »

Art. 75 – L'article 96.2 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 96.2 – *Cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire*

Les missions opératives et stratégiques du cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire consistent notamment à :

- 1° conseiller et soutenir la direction de l'école et le corps professoral dans le développement scolaire;
- 2° soutenir la direction de l'école dans ses missions de gestion en termes d'organisation scolaire et de développement du personnel;
- 3° planifier de manière conceptuelle et structurée ainsi que gérer les connaissances pour les processus de développement propres à l'établissement;
- 4° gérer les changements par l'initiation, la coordination et le contrôle des processus des parcours de développement scolaire, notamment dans le domaine du développement de l'enseignement;
- 5° développer et garantir la qualité, notamment par la documentation et l'évaluation des processus de développement propres à l'établissement scolaire;
- 6° constituer, soutenir, animer et guider des équipes professorales et des groupes de travail;
- 7° garantir un transfert des connaissances axé sur la pratique entre la direction de l'école et le corps professoral;
- 8° coordonner et mettre en réseau tous les organes scolaires;

- 9° organiser des formations continuées propres à l'établissement et animer des journées pédagogiques ciblées;
- 10° développer des offres de soutien organisationnelles destinées à améliorer au quotidien les conditions de travail et les résultats du travail accompli dans l'école;
- 11° transmettre les connaissances issues de la recherche et pertinentes dans la pratique. »

Art. 76 – L'article 97 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 – Par dérogation au § 1^{er}, la mission du coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire consiste à :

- 1° coordonner l'acquisition de matériel didactique pour la structure d'accrochage scolaire;
- 2° accueillir de nouveaux collaborateurs au sein de la structure d'accrochage scolaire et contribuer à leur intégration rapide;
- 3° coopérer avec les représentants des établissements scolaires et de formation des classes moyennes;
- 4° coopérer avec des institutions pertinentes et des experts externes;
- 5° conseiller les élèves et les personnes chargées de leur éducation;
- 6° participer personnellement à des recyclages et formations continuées;
- 7° aplanir les conflits et garantir la qualité du travail en équipe;
- 8° documenter et évaluer les processus de développement propres à la structure d'accrochage scolaire et transmettre les connaissances issues de la recherche et pertinentes dans la pratique;
- 9° soutenir le chef d'établissement pour garantir la qualité des offres pédagogiques et psychosociales de la structure d'accrochage scolaire. »

Art. 77 – Dans le chapitre XII du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un article 123sexies rédigé comme suit :

« Art. 123sexies – Les élèves qui, au cours de l'année scolaire 2017-2018, ont été suivis dans le cadre de la mission mentionnée à l'article 6, alinéa 1^{er}, 9°, du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées, seront inscrits dans la structure d'accrochage scolaire au 1^{er} septembre 2018, et la durée de la fréquentation correspondra à celle qui avait été fixée avant ladite inscription. »

Chapitre 16 – Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 78 – Dans l'intitulé du chapitre IV^{ter} du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, inséré par le décret du 24 juin 2013, le mot « coordinateurs » est remplacé par les mots « cadres intermédiaires ».

Art. 79 – À l'article 62.13 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « coordinateur » est chaque fois remplacé par les mots « cadre intermédiaire »;
- 2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Les articles 62.6, §§ 2 et 3, 62.7, §§ 1^{er} et 2, 62.8, 62.12 à 62.20 sont applicables au cadre intermédiaire. »

Art. 80 – L'article 62.14 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 62.14 – *Conditions d'admission*

Seul un membre du personnel de l'école concernée peut exercer la fonction de cadre intermédiaire s'il :

- 1° remplit les conditions mentionnées à l'article 62.3;
- 2° remplit la condition mentionnée à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5°, pour une fonction de la catégorie du personnel enseignant;
- 3° a une expérience professionnelle utile d'au moins trois ans.

L'expérience professionnelle utile mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 3°, doit être acquise dans le cadre d'une activité professionnelle en lien avec la fonction exercée, les services à temps partiel étant pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein.

Si la fonction ne peut être occupée par un membre du personnel de l'école concernée, elle peut l'être par une personne qui remplit les conditions mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2. »

Art. 81 – À l'article 62.15 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire »;
- 2° dans l'alinéa 2, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Art. 82 – L'article 62.16 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le candidat est engagé pour une année scolaire. Au terme de cette année scolaire et si le rapport d'évaluation établi par le chef d'établissement porte au moins en conclusion la mention « bon », l'engagement est prolongé d'une année scolaire. Si au terme de ce deuxième engagement, le rapport établi par le chef d'établissement porte à nouveau au moins en conclusion la mention « bon », le candidat est désigné une troisième fois, et ce, pour une durée indéterminée. Tant que le cadre intermédiaire est désigné pour une durée indéterminée, le chef d'établissement établit pour lui au moins un rapport d'évaluation par année scolaire, conformément à l'article 62.20. »

Art. 83 – À l'article 62.17 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire » et les mots « continue de percevoir son traitement et perçoit en plus », par les mots « perçoit, en plus de son traitement, »;
- 2° dans l'alinéa 3, remplacé par le décret du 29 juin 2015, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Art. 84 – Dans l'article 62.18 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Art. 85 – L'article 62.19 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, est abrogé.

Art. 86 – Dans le chapitre IV^{sexies} du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 62.30.1 rédigé comme suit :

« Art. 62.30.1 – *Traitement et prime*

§ 1^{er} – Durant l'exercice de la fonction de sous-directeur, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 422/I figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 – Si une personne, engagée pour une durée indéterminée ou à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est engagée comme sous-directeur, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$P = X - M$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas engagée pour une durée indéterminée ou à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est engagée comme sous-directeur, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifiée par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43^{bis} de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime mentionnée au § 2 continue à être versée pour autant que le sous-directeur ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 87 – Dans le chapitre IV^{septies} du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 62.35 rédigé comme suit :

« Art. 62.35 – *Traitement et prime*

§ 1^{er} – Durant l'exercice de la fonction de chef d'atelier, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement suivante, figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et

sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État :

- 1° pour le chef d'atelier dans l'enseignement secondaire inférieur : échelle de traitement 226;
- 2° pour le chef d'atelier dans l'enseignement secondaire supérieur : échelle de traitement 231.

§ 2 – Si une personne, engagée pour une durée indéterminée ou à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est engagée comme chef d'atelier, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$$P = X - M$$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas engagée pour une durée indéterminée ou à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est engagée comme chef d'atelier, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifiée par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime visée au § 2 continue à être versée pour autant que le chef d'atelier ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 88 – Dans le titre I du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un chapitre IVocties, comportant l'article 62.36, rédigé comme suit :

« Chapitre IVocties – Dispositions spécifiques pour les coordinateurs d'une structure d'accrochage scolaire ».

Art. 89 – Dans le chapitre IVocties du même décret, il est inséré un article 62.36 rédigé comme suit :

« Art. 62.36 – Principe

Par dérogation au chapitre IV, les articles 62.3 à 62.8, 62.11, 62.12, 62.17 et 62.29 s'appliquent à la fonction de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire. »

Art. 90 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un chapitre IV *novies*, comportant les articles 62.37 à 62.41, rédigés comme suit :
« *Chapitre IV novies – Dispositions spécifiques pour les secrétaires de direction* ».

Art. 91 – Dans le chapitre IV *novies* du même décret, il est inséré un article 62.37 rédigé comme suit :

« *Art. 62.37 – Principe*

Par dérogation au chapitre IV, la fonction de secrétaire de direction est attribuée exclusivement sous forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 62.6, 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, et 62.10 à 62.12 s'appliquent à la fonction de secrétaire de direction. »

Art. 92 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.38 rédigé comme suit :

« *Art. 62.38* – Seul un membre du personnel de l'école concernée peut occuper la fonction de secrétaire de direction s'il remplit les conditions mentionnées à l'article 62.3.

Si la fonction ne peut être occupée par un membre du personnel de l'école concernée, elle peut l'être par une personne qui remplit les conditions mentionnées à l'article 62.3. »

Art. 93 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.39 rédigé comme suit :

« *Art. 62.39 – Appel aux candidats et candidature*

Le pouvoir organisateur publie un appel aux candidats pour une désignation par affichage dans l'école concernée ainsi que sous toute autre forme appropriée. L'appel aux candidats mentionne le profil requis du secrétaire de direction et les objectifs à réaliser pendant la désignation. S'il est fait usage de la possibilité mentionnée à l'article 62.38, alinéa 2, l'appel aux candidats est de plus publié dans la presse.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres une lettre de motivation expliquant la manière dont il compte réaliser les objectifs mentionnés à l'alinéa précédent. »

Art. 94 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.40 rédigé comme suit :

« *Art. 62.40 – Engagement*

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Il se base entre autres sur la lettre de motivation, sur un ou plusieurs entretiens de candidature et sur l'expérience professionnelle du candidat. »

Art. 95 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.41 rédigé comme suit :

« *Art. 62.41 – Remplacement temporaire*

§ 1^{er} – Lorsque l'engagement du secrétaire de direction prend fin, que celui-ci démissionne de sa fonction ou est temporairement absent en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité, le pouvoir organisateur peut le remplacer jusqu'à la fin de l'année scolaire par une autre personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3^o.

§ 2 – Pendant le remplacement temporaire, les articles 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 62.11, 62.12 et 62.42 s'appliquent au membre du personnel remplaçant. »

Art. 96 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.42 rédigé comme suit :

« Art. 62.42 – *Traitement et prime*

§ 1^{er} – Durant l'exercice de la fonction de secrétaire de direction, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 152 figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 – Si une personne, désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est engagée comme secrétaire de direction, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$P = X - M$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est engagée comme secrétaire de direction, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois des 2 janvier 2001 et 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime visée au § 2 continue à être versée pour autant que le secrétaire de direction ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 97 – À l'article 69.8 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Durant l'exercice de la fonction d'instituteur en chef, de directeur d'une école fondamentale autonome ou de directeur d'une école fondamentale d'application, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement lui attribuée conformément à l'article 2, chapitre B « Membres du personnel directeur et enseignant », 7°, 8° et 9°, de l'arrêté royal du 27 juin 1974 mentionné à l'alinéa 3, 1°. »;

2° le § 5, inséré par le décret du 28 juin 2010, est abrogé.

Art. 98 – Dans l'article 119.3, alinéa 4, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 20 juin 2016, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Art. 99 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un article 119.13 rédigé comme suit :

« *Art. 119.13* – Les membres du personnel qui, au 31 août 2018, sont engagés pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur dans une école secondaire ordinaire, sont considérés, à partir du 1^{er} septembre 2018, comme étant engagés à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire. Les services prestés dans la fonction de coordinateur dans une école secondaire ordinaire sont pris en compte pour calculer l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 62.6, § 3.

L'engagement pour une durée indéterminée d'un membre du personnel dans la fonction de cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire prend fin d'office le 31 août 2021 s'il ne remplit pas à ce moment la condition mentionnée à l'article 62.14, 2°. »

Art. 100 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un article 119.14 rédigé comme suit :

« *Art. 119.14* – Par dérogation aux articles 62.4 et 62.5, le pouvoir organisateur désigne, au 1^{er} septembre 2018, pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire, un membre du personnel qui était désigné, au cours des années scolaires 2016-2018, dans la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée et qui assurait la coordination de la mission mentionnée à l'article 6, alinéa 1^{er}, 9°, du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées. Une attestation rédigée par le chef d'établissement peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur, attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel. »

Art. 101 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un article 119.15 rédigé comme suit :

« *Art. 119.15* – Les membres du personnel qui, au 31 août 2018, sont engagés à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur administratif, sont considérés, à partir du 1^{er} septembre 2018 comme étant engagés à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de secrétaire en chef. Les services prestés dans la fonction de coordinateur administratif sont pris en compte pour calculer l'ancienneté dans la fonction de secrétaire en chef. »

Art. 102 – Dans le même titre, il est inséré un article 119.16 rédigé comme suit :

« Art. 119.16 – La condition mentionnée à l'article 49, alinéa 1^{er}, 5^o, pour l'engagement à titre définitif dans la fonction de secrétaire en chef est considérée comme étant remplie pour le membre du personnel qui, au 31 août 2018, est engagé à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur administratif. »

Chapitre 17 – Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire

Art. 103 – L'article 20, § 2, alinéa 2, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, remplacé par le décret du 20 juin 2015, est abrogé.

Art. 104 – L'article 48 du même décret, modifié par le décret du 24 juin 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 48 – *Coordination administrative*

§ 1^{er} – Pour les tâches de coordination administrative, le pouvoir organisateur obtient, pour l'ensemble de ses écoles fondamentales et d'après le nombre total d'élèves, le nombre d'emplois suivant dans la fonction de secrétaire en chef :

1^o à partir de 100 élèves : un quart d'emploi;

2^o de 101 à 200 élèves : deux quarts d'emploi;

3^o de 201 à 300 élèves : trois quarts d'emploi;

4^o de 301 à 400 élèves : un emploi à temps plein;

5^o pour tout nouveau groupe entamé de 100 élèves : un quart d'emploi supplémentaire.

Le pouvoir organisateur détermine le ou les lieux d'affectation du secrétaire en chef.

§ 2 – Si le pouvoir organisateur obtient, conformément au § 1^{er}, un emploi à temps plein pour les tâches de coordination administrative, il peut, avec l'accord du Gouvernement, utiliser jusqu'à un tiers du capital emplois obtenu en vertu du § 1^{er} pour concrétiser des projets dans le domaine du développement scolaire ou de la pédagogie. Toute utilisation du même capital emplois pour l'organisation de l'enseignement est exclue.

Aux fins de l'alinéa 1^{er}, le pouvoir organisateur introduit, avant le 31 mai, auprès du Gouvernement une demande reprenant une description des projets dont la concrétisation dans l'année scolaire suivante est envisagée par ledit pouvoir organisateur ainsi que le nombre d'emplois qui seront affectés à ladite concrétisation de ces projets. Le Gouvernement statue sur la demande avant le 15 juillet de la même année en se basant sur un avis de l'inspection scolaire. À défaut, la demande est censée être rejetée. »

Art. 105 – Dans l'article 73 du même décret, remplacé par le décret du 24 juin 2013, les mots « coordinateur administratif » sont chaque fois remplacés par les mots « secrétaire en chef ».

Chapitre 18 – Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003

Art. 106 – L'article 2, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003 est remplacé par ce qui suit :

1^o dans le 6^o, c), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° le congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction, mentionné au chapitre II du présent décret à condition que le membre du personnel prenne ledit congé afin soit d'occuper la même fonction ou une autre au sein d'un autre établissement d'enseignement, soit d'occuper une fonction de sélection ou de promotion au sein du même établissement d'enseignement. »

Chapitre 19 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

Art. 107 – Dans l'intitulé du chapitre IV^{quater} du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, inséré par le décret du 24 juin 2013, le mot « coordinateurs » est remplacé par les mots « cadres intermédiaires ».

Art. 108 – À l'article 56.13 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'intitulé de l'article, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire »;
- 2° dans l'article, le mot « coordinateur » est remplacé par les mots « cadre intermédiaire ».

Art. 109 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un chapitre IV^{novies} intitulé comme suit :

« Chapitre IV^{novies} – Dispositions particulières pour la fonction de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire ».

Art. 110 – Dans le chapitre IV^{novies} du même décret, il est inséré un article 56.18 rédigé comme suit :

« Art. 56.18 – Par dérogation au chapitre IV, la fonction de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire est attribuée sous la forme d'une désignation à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 111 – Dans le même décret, il est inséré un chapitre IV^{decies}, comportant l'article 56.19, rédigé comme suit :

« Chapitre IV^{decies} – Dispositions particulières pour les secrétaires de direction ».

Art. 112 – Dans le chapitre IV^{decies} du même décret, il est inséré un article 56.19 rédigé comme suit :

« Art. 56.19 – Par dérogation au chapitre IV, la fonction de secrétaire de direction est attribuée sous la forme d'une désignation à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 113 – À l'article 64.19 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le § 1^{er}, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Durant l'exercice de la fonction d'instituteur en chef, de directeur d'une école fondamentale autonome ou de directeur d'une école fondamentale d'application, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement lui attribuée conformément à l'article 2, chapitre B « Membres du personnel directeur et enseignant », 7°, 8° et 9°, de l'arrêté royal du 27 juin 1974 mentionné à l'alinéa 3, 1°. »;

2° le § 5 est abrogé.

Art. 114 – Dans le chapitre XIV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un article 111^{terdecies} rédigé comme suit :

« Art. 111^{terdecies} – Les membres du personnel qui, au 31 août 2018, sont désignés à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur administratif, sont considérés, à partir du 1^{er} septembre 2018, comme étant désignés à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de secrétaire en chef. Les services prestés dans la fonction de coordinateur administratif sont pris en compte pour calculer l'ancienneté dans la fonction de secrétaire en chef. »

Art. 115 – Le même chapitre, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un article 111^{quaterdecies} rédigé comme suit :

« Art. 111^{quaterdecies} – La condition mentionnée à l'article 37, alinéa 1^{er}, 5°, pour la nomination à titre définitif dans la fonction de secrétaire en chef est considérée comme étant remplie pour le membre du personnel qui, au 31 août 2018, est désigné à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur administratif. »

Chapitre 20 – Modification du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement

Art. 116 – Dans l'article 4, § 3, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, inséré par le décret du 27 juin 2005, les mots « à l'article 6.7, § 2, » sont remplacés par les mots « à l'article 6.11 ».

Chapitre 21 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome

Art. 117 – Dans l'article 5.73, § 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, les mots « chargé de cours » sont chaque fois remplacés par les mots « membre du personnel ayant une charge professorale ».

Art. 118 – Dans l'article 5.75 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 119 – Dans l'article 5.79 du même décret, les 1°, 2° et 4° sont abrogés.

Art. 120 – L'intitulé du titre VI du même décret est remplacé par ce qui suit :
« Titre VI – Capital emplois »

Art. 121 – L'article 6.3 du même décret, modifié par les décrets des 26 juin 2006 et 25 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6.3 – *Personnel de soutien*

Pour assurer les tâches administratives, la communication, l'encadrement des médiathèques pédagogiques ainsi que l'organisation de formations continuées et complémentaires, sept emplois et demi sont mis à la disposition de la haute école; ces emplois doivent être occupés par une fonction de la catégorie du personnel administratif ou auxiliaire d'éducation.

Pour assurer la maintenance de l'infrastructure technique des systèmes et réseaux, un emploi est mis à disposition dans la fonction de technicien réseau. »

Art. 122 – L'article 6.5 du même décret est abrogé.

Art. 123 – L'article 6.6 du même décret est abrogé.

Art. 124 – L'article 6.6.1 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010, est abrogé.

Art. 125 – L'article 6.7 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 6.7 – Capital emplois pour les départements sciences sanitaires et infirmières et sciences pédagogiques*

Est mis à la disposition du département sciences pédagogiques le capital emplois suivant :

- 1° pour la formation initiale de la section « fonction enseignante » : 12,75 emplois;
- 2° pour des formations continuées, des consultations spécialisées et des formations complémentaires : 4,5 emplois;
- 3° pour des projets et autres missions : 2,5 emplois.

Est mis à la disposition du département sciences sanitaires et infirmières le capital emplois suivant :

- 1° pour la formation initiale de type court de la section sciences sanitaires et infirmières : 11,25 emplois;
- 2° pour la formation initiale dans l'enseignement professionnel secondaire complémentaire dans la section sciences sanitaires et infirmières : 5,5 emplois;
- 3° pour l'année préparatoire préalable à l'admission dans l'enseignement professionnel secondaire complémentaire dans la section sciences sanitaires et infirmières ainsi qu'aux examens menant à l'obtention extrascolaire du certificat d'enseignement secondaire supérieur : 1,75 emploi;
- 4° pour des formations complémentaires : 0,75 emploi;
- 5° pour des projets et autres missions : 0,5 emploi. »

Art. 126 – À l'article 6.8, alinéa 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 25 mai 2009, le mot « deux » est remplacé par le mot « trois ».

Art. 127 – Dans le titre VI du même décret, il est inséré un sous-titre 5 rédigé comme suit :

« Sous-titre 5 – Utilisation du capital emplois »

Art. 128 – Dans le titre VI, sous-titre 5, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, il est inséré un article 6.11 rédigé comme suit :

« *Art. 6.11 – Utilisation du capital emplois*

En accord avec le comité de concertation de base, le pouvoir organisateur peut :

- 1° utiliser le capital emplois octroyé conformément à l'article 6.7 pour engager des chargés de cours invités ainsi que pour organiser des formations continues et la recherche;
- 2° utiliser le capital emplois octroyé conformément à l'article 6.3, alinéa 2, pour la maintenance de l'infrastructure technique des systèmes et des réseaux.

L'utilisation du capital emplois visé au premier alinéa ne peut entraîner aucune mise en disponibilité par défaut d'emploi.

Art. 129 – À l'article 7.4, § 2, alinéa 2, du même décret, modifié par le décret du 25 octobre 2010, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° les mots « , à la maintenance de l'infrastructure technique des systèmes et des réseaux » sont insérés entre les mots « chargés de cours invités » et les mots « et à l'organisation »;
- 2° les mots « à l'article 6.7, § 2, » sont remplacés par les mots « aux articles 6.3, alinéa 2, et 6.7 »;
- 3° le nombre « 20 » est remplacé par le nombre « 38 ».

Chapitre 22 – Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant

Art. 130 – À l'article 103 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 6°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° l'article est complété par un 7° rédigé comme suit :
« 7° aux membres du personnel occupant la fonction de sélection de cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone; »
- 3° l'article est complété par un 8° rédigé comme suit :
« 8° aux membres du personnel occupant la fonction de sélection de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire. »

Art. 131 – Dans l'article 111.3, § 1^{er}, alinéa 4, 3°, du même décret, inséré par le décret du 19 avril 2010 et modifié par les décrets des 19 mars 2012 et 20 juin 2016, les mots « le dernier jour ouvrable d'une période de quatre mois qui suit la date à laquelle » sont remplacés par les mots « le 30 novembre de l'année calendrier lors de laquelle », et les mots « ou la date à laquelle », par les mots « lors de laquelle ».

Chapitre 23 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 132 – À l'article 6.85 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, modifié par le décret-programme, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° [lire : dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « le directeur ou un coordinateur » sont remplacés par les mots « le directeur, un coordinateur ou un directeur d'antenne »];
- 2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :
« Lorsqu'un coordinateur, un chef d'antenne ou un adjoint à la prévention du radicalisme violent est temporairement absent en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité lui octroyé, le conseil d'administration peut, sans préjudice de

l'alinéa 1^{er}, procéder au remplacement également par une fonction de recrutement. »;

3° le § 2 est complété par les mots « conformément au § 1^{er}, alinéa 1^{er} ».

Art. 133 – Dans l'article 7.2 du même décret, l'alinéa 2, inséré par le décret du 26 juin 2017, est abrogé.

Chapitre 24 – Dispositions finales

Art. 134 – L'arrêté du Gouvernement du 13 juillet 2000 relatif à la délivrance extrascolaire du certificat d'études de base, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2012, est abrogé.

Art. 135 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2018, à l'exception :

1° des articles 50 et 51, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2010;

2° des articles 131 et 132, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2017;

3° des articles 19 à 25, 32, 90 à 96, 111 et 112, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2018;

4° de l'article 33, qui entre en vigueur le 1^{er} janvier 2019.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président

O. PAASCH

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS

EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret est construit selon le schéma habituel : chaque chapitre adapte un texte réglementaire particulier, et ce, dans l'ordre chronologique.

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire pour les différents articles. Les articles « associés » sont énumérés.

1. Clarification du statut pécuniaire (art. 1^{er})

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Le statut pécuniaire du 15 avril 1958 prévoit notamment que les services prestés dans un établissement d'enseignement organisé, subventionné ou reconnu par une entité territoriale d'un État membre de l'Union européenne sont pris en compte pour calculer l'ancienneté d'un membre du personnel. Étant donné que dans certains pays (en Allemagne par exemple) les sections maternelles ou, selon le cas, les établissements accueillant des enfants en âge préscolaire ne relèvent pas, comme en Belgique, de l'Enseignement, mais des Affaires sociales, et qu'en outre, ils sont rarement gérés par les pouvoirs publics, le statut pécuniaire a été complété en 2013 afin que les services prestés dans une structure d'accueil pour enfants âgés de 3 à 6 ans soient également pris en compte lorsque l'établissement est organisé, subventionné ou reconnu par l'entité territoriale compétente d'un État membre de l'Union européenne.

Étant donné que le libellé actuel de cette disposition est ambigu et pourrait laisser supposer que sont reconnus non seulement les services prestés à l'étranger en section maternelle, mais aussi ceux prestés dans une crèche ou dans le cadre de l'accueil extrascolaire, le Gouvernement propose de clarifier le texte de sorte que l'établissement dans lequel des enfants en âge préscolaire sont pris en charge doit correspondre à une section maternelle organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone.

L'article 1^{er} procède à cette modification dans le statut pécuniaire.

2. Correction de texte à propos du traitement des chefs d'atelier, sous-directeurs, proviseurs et chefs d'établissement d'enseignement fondamental (art. 15, 16, 27, 31, 86, 87, 97 et 113)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Le décret du 20 juin 2016 a inséré, dans le statut de l'enseignement communautaire et dans celui de l'enseignement libre, un chapitre spécialement consacré à des dispositions applicables aux sous-directeurs, proviseurs et chefs d'atelier. Dans ce contexte, il a été omis de prévoir, tout comme c'est le cas pour les autres fonctions de sélection et de promotion, que la prime perçue le cas échéant par les sous-directeurs, proviseurs ou chefs d'atelier continue à leur être payée en cas d'absence pour cause de maladie, pour cause de maternité ou dans le cadre de la protection de la maternité, pour autant que le membre du personnel ne soit pas à la charge de la mutualité. Dans ce cas, cette dernière verse un revenu de remplacement qui est calculé sur la base du traitement et de la prime. C'est la

raison pour laquelle le Gouvernement propose d'insérer à présent dans les deux statuts un article qui régit les modalités de traitement et de prime.

La même disposition est également proposée pour les chefs d'établissement d'enseignement fondamental.

L'article 15 apporte cette modification dans le statut de l'enseignement communautaire pour les fonctions de sous-directeur et de proviseur.

L'article 16 apporte cette modification dans le statut de l'enseignement communautaire pour la fonction de chef d'atelier.

L'article 27 apporte la modification dans le statut de l'enseignement communautaire pour les chefs d'établissement d'enseignement fondamental.

L'article 31 abroge dans l'arrêté royal du 22 juillet 1969 les fonctions de recrutement qui donnent accès aux fonctions de sous-directeur et de chef d'atelier ainsi que les titres requis.

L'article 86 apporte cette modification dans le statut de l'enseignement libre subventionné pour la fonction de sous-directeur. La fonction de proviseur n'existe pas dans cet enseignement.

L'article 87 apporte cette modification dans le statut de l'enseignement libre subventionné pour la fonction de chef d'atelier.

L'article 97 apporte la modification dans le statut de l'enseignement libre subventionné pour les chefs d'établissement d'enseignement fondamental.

L'article 113 apporte la modification dans le statut de l'enseignement officiel subventionné pour les chefs d'établissement d'enseignement fondamental. Les modifications concernant le sous-directeur et le chef d'atelier ne sont pas nécessaires dans ce statut, car il est renvoyé, dans ce cas, au statut de l'enseignement libre subventionné.

3. Réforme de la fonction de sélection « secrétaire de direction » (art. 19 à 24, 41, 90 à 94, 111 et 112)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2018

La procédure actuelle de sélection des candidats à la fonction de secrétaire de direction dans l'enseignement secondaire nécessite d'urgence une modernisation, et ce, pour plusieurs raisons :

1. À l'heure actuelle, le statut de l'enseignement communautaire ne prévoit pas de désignation à titre temporaire, mais simplement une nomination définitive dans une fonction de sélection. Un membre du personnel souhaitant occuper une fonction de sélection doit par conséquent mettre un terme à sa nomination dans sa fonction d'origine. Il n'est pas possible de revêtir une fonction de sélection dans le cadre d'un congé pour exercer une autre fonction.

2. Les conditions d'admission aux fonctions de sélection sont assez restrictives. Ainsi, la fonction de secrétaire de direction est seulement accessible aux membres du personnel qui, dans l'enseignement communautaire, revêtent la fonction de

surveillant-éducateur ou secrétaire-bibliothécaire. Contrairement à d'autres fonctions de sélection et de promotion, qui ont été réformées il y a quelques années, ni les personnes extérieures ni les personnes engagées dans d'autres fonctions ne peuvent revêtir cette fonction.

3. Le statut de l'enseignement communautaire prévoit que la commission de sélection ne prend en compte, pour le classement des candidats, que l'ancienneté de service, l'ancienneté de fonction, les bulletins de signalement et rapports d'inspection, ainsi que les titres. La motivation, les compétences sociales ou l'expérience professionnelle du candidat ne sont en revanche pas prises en compte.

Le Gouvernement propose dès lors d'assouplir les procédures de sélection applicables aux secrétaires de direction.

La proposition prévoit que le candidat doit avoir au moins un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré. Sont admissibles tant les membres du personnel occupés dans l'enseignement que les personnes extérieures, l'emploi faisant l'objet d'un appel public aux candidats si aucun candidat *ad hoc* n'a été trouvé au sein de l'école.

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction. Il fonde sa sélection sur la lettre de motivation présentée par le candidat, sur un ou plusieurs entretiens et sur l'expérience professionnelle. La désignation ou l'engagement, selon le cas, s'opère pour une période indéterminée. Une nomination est possible dès l'âge de 50 ans si le membre du personnel a une ancienneté de service de minimum cinq ans et que le bulletin de signalement porte au moins en conclusion la mention « suffisant ».

L'article 19 insère un chapitre VII novies allant dans ce sens dans l'arrêté du 22 mars 1969.

L'article 20 renvoie aux articles du statut de l'enseignement communautaire applicables au chef de département d'une école secondaire spécialisée pour ce qui concerne les conditions d'admission, la fin de la désignation, la nomination, le statut, le rapport d'évaluation et la possibilité de recours, la possibilité de réintégrer la fonction précédente et la prise en considération des services prestés.

L'article 21 régit les conditions d'admission dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 22 régit l'appel aux candidats et la candidature dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 23 régit la désignation dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 24 régit le remplacement temporaire dans l'enseignement communautaire.

L'article 25 régit le traitement et la prime dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 32 abroge les fonctions de recrutement qui donnent accès à la fonction de secrétaire de direction ainsi que les titres requis dans l'arrêté royal du 22 juillet 1969.

Les articles 90 à 94 apportent, dans le statut de l'enseignement libre subventionné, les modifications visées aux articles 19 à 25.

Les articles 111 et 112 insèrent, dans le statut de l'enseignement officiel subventionné, un chapitre IV^{decies} qui renvoie au statut de l'enseignement libre subventionné.

4. Commission chargée de désigner les chefs d'établissement (art. 26)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

En ce qui concerne la procédure de recrutement des chefs d'établissement, le statut de l'enseignement communautaire prévoit que le pouvoir organisateur met en place une commission indépendante chargée de mener les entretiens et de rédiger, sur cette base, un avis classant les candidats pertinents pour l'emploi concerné. Cet avis est ensuite envoyé au pouvoir organisateur. C'est à lui de désigner un candidat pour l'emploi qui a fait l'objet d'un appel aux candidats.

La commission susvisée est actuellement composée des personnes suivantes :

- 1° un président choisi parmi les membres du personnel de niveau I du département du Ministère compétent pour le personnel de l'enseignement;
- 2° un membre du personnel du Ministère qui dispose de connaissances professionnelles en matière de statut;
- 3° un membre du personnel du Ministère qui dispose de connaissances professionnelles en matière de pédagogie;
- 4° deux membres qui n'appartiennent pas au personnel du Ministère et qui disposent de connaissances professionnelles en matière de formation.

Le Gouvernement propose d'élargir cette commission à un membre du personnel du Ministère disposant de connaissances professionnelles en matière d'organisation de l'enseignement, cet aspect jouant également un rôle important dans le recrutement des chefs d'établissement et dans les entretiens à organiser.

L'article 26 procède à cette modification dans le statut de l'enseignement communautaire.

5. Titres requis pour les maîtres/professeurs de religion catholique (art. 33)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2019

Le décret du 26 juin 2017 portant des mesures en matière d'enseignement 2017 prévoyait qu'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré (bachelor), complété par une attestation qui prouve la réussite d'une formation complémentaire en religion catholique, représentant au moins 130 points ECTS et reconnue par l'autorité compétente pour le culte concerné, constituait notamment un titre requis pour les maîtres/professeurs de religion catholique dans l'enseignement primaire et dans le degré inférieur de l'enseignement secondaire. La formation reconnue par l'autorité compétente pour le culte concerné comprend un cours de base et un cours de perfectionnement en théologie, un cours de pédagogie pour la religion, un cours relatif au programme et à la didactique du cours de religion, ainsi que des stages. Elle peut être suivie par correspondance à la « Domschule Würzburg » et, en ce qui concerne le programme d'études et la didactique, auprès de la haute école autonome. Comme la « Domschule Würzburg » n'est actuellement pas autorisée à certifier des points ECTS, la référence à ceux-ci est abrogée dans la législation. La condition de la formation complémentaire est considérée comme satisfaite si le membre du personnel dispose d'un certificat délivré par

l'autorité compétente pour ce culte, et indiquant qu'il a suivi une formation en religion catholique reconnue par cette autorité.

L'article 33 procède à cette modification dans l'arrêté royal du 25 octobre 1971.

6. Congé pour prestations réduites accordé aux membres du personnel âgés de 50 ans au moins ou ayant deux enfants de moins de 14 ans (art. 35)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

La législation applicable en matière de congés dans l'enseignement prévoit qu'un membre du personnel ayant sollicité au cours de l'année scolaire un congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales et familiales ou par des raisons de convenances personnelles perçoit, au cours des mois d'été, un traitement calculé au prorata des services prestés pendant l'année scolaire, si le congé prend fin avant les vacances d'été. Jusqu'ici, ce règlement n'a pas été appliqué au congé pour prestations réduites accordé aux membres du personnel qui ont atteint l'âge de 50 ans ou qui ont deux enfants de moins de 14 ans à charge. Si ce congé expire avant les vacances d'été ou est résilié prématurément, le membre du personnel ne perçoit pas de traitement réduit pendant les vacances d'été. Le Gouvernement propose de supprimer cette inégalité de traitement. Dorénavant, le traitement sera aussi liquidé au prorata pendant les mois d'été de juillet et d'août lorsque cette forme de congé est sollicitée.

L'article 35 procède à cette modification dans l'arrêté royal du 15 janvier 1974.

7. Suivi sociopédagogique dans l'enseignement à horaire réduit (art. 50 et 51)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2010

Le décret du 25 juin 1996 relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit prévoit en son article 9 que chaque centre d'enseignement à horaire réduit obtient deux emplois et demi à temps plein dans la fonction d'assistant social, relevant de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation, pour assurer le suivi sociopédagogique.

Il s'avère que, par le passé, cette disposition n'a pas été mise en œuvre conformément au décret. En fait, ce sont non seulement des assistants sociaux, mais aussi des surveillants-éducateurs qui ont été engagés dans le passé pour assurer le suivi sociopédagogique dans l'enseignement à horaire réduit et qui ont été nommés à titre définitif dans cette fonction.

Pour remédier à cette situation, il convient de modifier le décret du 25 juin 1996 avec effet rétroactif au 1^{er} septembre 2010 et de prévoir que deux emplois et demi à temps plein puissent être organisés soit dans la fonction d'assistant social soit dans la fonction de surveillant-éducateur.

Les articles 50 et 51 procèdent à ces modifications dans le décret du 25 juin 1996.

8. Octroi d'heures de coordination supplémentaires aux instituts de formation continue (art. 52)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Les instituts de formation continue rattachés à une école secondaire ordinaire n'ont pas leur propre directeur. Cependant, l'école ordinaire à laquelle est rattaché l'institut de formation continue reçoit un certain nombre d'heures par semaine pour la coordination dudit institut. Le nombre d'heures accordées dépend du capital périodes octroyé à l'institut et varie entre trois heures (capital périodes annuel inférieur à 2 000 heures) et dix heures (capital périodes annuel supérieur à 6 000 heures).

L'Institut de formation continue d'Eupen (IWB), rattaché à l'Institut Robert Schuman d'Eupen, est le seul établissement qui, avec 6 040 heures par an, a droit à dix heures de coordination, à savoir un emploi à mi-temps.

Étant donné que, depuis un certain temps déjà, ce poste à mi-temps ne suffit plus pour assurer de manière adéquate la coordination de l'IWB, le Gouvernement propose d'accorder désormais au RSI un emploi pour assurer la coordination de l'IWB à condition qu'au moins 400 élèves y soient inscrits le dernier jour d'école de septembre de l'année scolaire en cours. Cette augmentation peut être justifiée comme suit :

- Le nombre d'élèves inscrits à l'IWB a augmenté constamment au cours des dernières années. Ainsi, alors que 388 élèves étaient inscrits à l'IWB au cours de l'année scolaire 2013-2014, ce nombre s'élevait déjà à 463 pour l'année scolaire 2016-2017.
- Le public à former a beaucoup changé ces dernières années. De plus en plus d'élèves issus de l'immigration ou de milieux sociaux défavorisés souhaitent participer aux cours. Cela implique un effort organisationnel croissant pour l'école, ces personnes nécessitant un soutien administratif accru (aide pour remplir des documents, longues formalités d'inscription, clarification des procédures de paiement, attestations à remplir pour l'Office de l'emploi ou le CPAS, etc.). De plus, le personnel enseignant a lui aussi besoin d'un accompagnement plus intense qu'auparavant par la direction de l'école, car il est confronté à un public aux niveaux de langue assez différents. Il est important de réviser les curriculums disciplinaires propres à l'établissement en tenant compte de l'hétérogénéité des groupes d'apprenants et de concevoir de nouveaux matériels didactiques.
- Contrairement à d'autres instituts de formation continue rattachés, l'IWB organise non seulement des cours de langue et d'informatique, mais aussi d'autres actions :
 - o certificat de l'enseignement secondaire délivré dans le cadre de la formation en alternance, et ce, en coopération avec l'Office de l'emploi;
 - o formation de puéricultrices en coopération avec l'Office de l'emploi et le Gouvernement.

Ce demi-emploi additionnel n'est pas rémunéré comme le demi-emploi original sur la base de l'échelle de traitement 471, mais selon la règle généralement applicable en matière de rémunération, en vertu de laquelle l'échelle de traitement appliquée dépend du diplôme dont est porteur le membre du personnel. Si l'emploi est réparti entre plusieurs membres du personnel, chacun a droit à un traitement selon l'échelle de traitement 471 pour la moitié des heures de coordination qui lui sont attribuées.

L'article 52 procède à cette modification dans le décret-programme du 20 mai 1997.

9. Déclaration de vacance en cas de congé pour exercer la même fonction ou une autre fonction (art. 106)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Le décret du 30 juin 2003 prévoit que le poste d'un membre du personnel est déclaré vacant si ce dernier a sollicité, au cours de six années scolaires complètes consécutives, l'un des congés suivants pour au moins la moitié d'un horaire complet :

- le congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement;
- le congé syndical;
- le congé pour exercer une fonction dans un cabinet ministériel;
- le congé pour exercer une fonction dans le cabinet du Roi;
- le congé politique;
- le congé accordé pour accomplir des prestations au bénéfice de groupes politiques reconnus.

Le Gouvernement propose d'étendre cette liste au congé pour exercer la même fonction ou une autre fonction, si le membre du personnel sollicite ce congé en vue de travailler dans un autre établissement d'enseignement ou d'occuper une fonction de sélection ou de promotion dans le même établissement d'enseignement. Jusqu'à présent, le poste d'origine ne peut être déclaré vacant dans de tels cas, de sorte que les membres du personnel temporaire qui occupent ce poste, parfois depuis longtemps, ne peuvent pas être nommés ou engagés à titre définitif. Cette réglementation ne comporte aucun inconvénient majeur pour l'intéressé. Il conserve sa nomination même après que le poste a été déclaré vacant.

L'article 106 procède à cette modification dans le décret du 30 juin 2003.

10. Pécule de vacances pour jeunes diplômés (art. 131)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Les membres du personnel qui ont déjà travaillé dans l'enseignement l'année où ils ont terminé leurs études (ou leur apprentissage) peuvent, sous certaines conditions, percevoir un pécule de vacances qui ne se rapporte pas uniquement à la période pendant laquelle ils ont effectivement travaillé, mais aussi à celle allant du 1^{er} janvier à l'entrée en service. Ce temps est donc considéré comme période d'activité pour calculer le pécule de vacances. Pour pouvoir bénéficier dudit pécule de vacances pour jeunes diplômés, le membre du personnel doit être entré au service de l'enseignement au plus tard quatre mois après l'obtention du diplôme (la date de celui-ci faisant foi) et ne pas avoir travaillé entretemps dans les liens d'un contrat de travail d'ouvrier ou d'employé (contrats d'étudiants exceptés).

Cette réglementation, où la date du diplôme est cruciale pour déterminer la période de quatre mois au cours de laquelle une activité doit être entamée dans l'enseignement, présente l'inconvénient, pour un membre du personnel obtenant son diplôme fin juin, qu'il doit avoir trouvé un emploi dans l'enseignement en Communauté germanophone dès la fin octobre pour percevoir le pécule de vacances pour jeunes diplômés, alors qu'un membre du personnel diplômé fin août a jusqu'à la fin décembre. En conséquence, les personnes diplômées à la fin du mois de juin sont désavantagées, car elles n'ont en fait que deux mois pour trouver un emploi dans l'enseignement en raison de la période des vacances.

Pour mettre un terme à cette inégalité, le Gouvernement propose d'accorder désormais le pécule de vacances pour jeunes diplômés à toutes les personnes qui ont commencé leur service dans l'enseignement au plus tard le 30 novembre de l'année civile au cours de laquelle elles ont terminé leurs études ou leur apprentissage.

L'article 131 procède à cette modification dans le décret du 21 avril 2008.

11. Remplacement au sein de Kaleido (art. 132 et 133)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2017

Actuellement, le statut du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes prévoit que le capital emplois des coordinateurs qui n'a pas été épuisé en raison des congés accordés, peut être ajouté au capital emplois général. Par exemple, si un coordinateur n'est occupé qu'à 80 %, les 20 % restants peuvent être utilisés pour engager un psychologue, un assistant social, etc.

Le Gouvernement propose d'étendre cette disposition aux autres fonctions de sélection de Kaleido (c'est-à-dire, au directeur d'antenne et adjoint à la prévention du radicalisme violent).

Dorénavant, le Conseil d'administration pourra remplacer, dans la fonction de recrutement, tous les membres du personnel occupant une fonction de sélection et partiellement en congé, et ce, afin de pouvoir faire face à d'éventuelles pénuries de personnel dans d'autres domaines.

Les articles 132 et 133 procèdent à cette modification dans le décret du 31 mars 2014.

12. Assouplissement des conditions d'accès à la fonction de cadre intermédiaire (art. 5, 1^o, 6 à 14, 28, 29, 34, 36, 53, 2^o à 4^o, 54, 55, 74, 75, 78 à 86, 98, 99, 107, 108 et 130, 2^o)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Comme il s'avère de plus en plus difficile de trouver du personnel pour occuper la fonction de coordinateur dans une école secondaire ordinaire, le Gouvernement propose d'assouplir les conditions d'accès. En outre, le Gouvernement propose de renommer la fonction concernée en « cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire » (*Middle Manager* en allemand).

Jusqu'à présent, un membre du personnel ne pouvait occuper l'emploi de coordinateur que s'il avait déjà été soit nommé à titre définitif soit désigné pour une durée indéterminée pour au moins la moitié d'un emploi à temps plein dans l'établissement concerné. Le Gouvernement propose qu'à l'avenir des membres du personnel désignés ou engagés à durée déterminée ou des personnes extérieures puissent également occuper l'emploi de cadre intermédiaire. Néanmoins, pour garantir que les personnes exerçant la fonction de cadre intermédiaire disposent également du savoir-faire pédagogique requis, des exigences de profil supplémentaires sont formulées à côté de la déclaration de vacance explicitée ci-dessus.

Dans ce contexte, les conditions d'accès à la fonction de cadre intermédiaire sont concrètement conçues comme suit :

- Le candidat doit au moins être porteur d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré (= bachelor).
- Le candidat doit remplir les conditions de désignation ou d'engagement pour une fonction de la catégorie du personnel enseignant. Contrairement à ce qui s'est produit dans le passé, les membres des autres catégories de personnel (personnel auxiliaire d'éducation, personnel paramédical et sociopsychologique, etc.) ne sont désormais plus autorisés à occuper cette fonction. Les personnes qui bénéficient de passerelles sont qualifiées pour occuper la fonction si elles se sont mises en ordre d'un point de vue statutaire pour l'exercice d'une fonction d'enseignant, à savoir avoir bénéficié de trois dérogations, avoir acquis un titre pédagogique et, le cas échéant, avoir suivi les formations complémentaires requises. Cette modification intervient dans le contexte où les cadres intermédiaires assurent surtout des tâches spécifiques dans le domaine du développement scolaire et pédagogique et doivent donc avoir un savoir-faire pédagogique approprié.
- Le candidat doit justifier d'une expérience professionnelle utile d'au moins trois ans. L'expérience professionnelle utile doit être acquise dans le cadre d'une activité professionnelle en lien avec la fonction exercée. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein. Ainsi, il est également possible de faire valoir l'expérience professionnelle acquise en dehors d'une école (par exemple, dans un bureau de l'éducation ou dans une fonction de direction).

Ce n'est qu'à partir du moment où il n'est pas possible de trouver un candidat *ad hoc* en interne que l'emploi fait l'objet d'un appel public aux candidats et est occupé par une personne qui remplit les conditions d'accès.

Un régime transitoire garantit que les membres du personnel désignés pour une durée indéterminée dans la fonction de cadre intermédiaire sur la base des conditions d'accès actuelles peuvent continuer à occuper la fonction. Toutefois, la désignation d'un membre du personnel engagé à durée indéterminée en tant que cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire prend fin d'office le 31 août 2021 s'il ne remplit pas à ce moment les conditions de désignation ou d'engagement pour une fonction de la catégorie du personnel enseignant.

En outre, il est proposé que la désignation ou l'engagement du cadre intermédiaire ne s'opère plus désormais dès le départ pour une durée indéterminée. Le candidat sélectionné par le pouvoir organisateur dans le cadre de l'appel à candidatures est désigné pour la durée d'une année scolaire. Sur présentation d'un rapport d'évaluation établi par le chef d'établissement portant au moins en conclusion la mention « bien », l'engagement sera prolongé d'une année scolaire au terme de l'année scolaire. Si, au terme de la deuxième désignation ou du deuxième engagement, le rapport d'évaluation établi par le chef d'établissement porte au moins en conclusion la mention « bien », le troisième engagement sera à durée indéterminée. Une sorte de période d'essai est ainsi instaurée pour cette fonction. Cela représente un double avantage : d'une part, le chef d'établissement peut observer si le membre du personnel est fondamentalement apte à remplir la fonction de cadre intermédiaire et, d'autre part, le membre du personnel a l'opportunité de découvrir par lui-même s'il peut s'identifier au champ d'activité du cadre intermédiaire avant d'être désigné à durée indéterminée.

Afin de rendre la fonction du cadre intermédiaire plus attrayante, il est suggéré de le nommer s'il a au moins 50 ans, s'il justifie d'une ancienneté de cinq ans minimum, et que son dernier rapport d'évaluation porte au moins en conclusion la mention « satisfaisant ».

Enfin, la législation est modifiée de telle sorte que, dans tous les textes légaux applicables au cadre intermédiaire, l'ancienne dénomination « coordinateur dans une école secondaire ordinaire » soit remplacée par « cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire ».

En outre, le Gouvernement propose de modifier les articles 20, 49, 51, 96 et 96.2 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées.

Ainsi, le Gouvernement vise à clarifier la description des fonctions et des tâches des coordinateurs, à délimiter plus précisément des tâches par rapport aux autres organes scolaires tels que le conseil pédagogique et enfin, à mieux mettre en œuvre les tâches de développement scolaire dans les écoles secondaires ordinaires en Communauté germanophone.

L'examen des dispositions existantes a montré que la délimitation des fonctions et des tâches par rapport aux autres organes scolaires n'est pas assez précise et que les coordinateurs doivent se consacrer encore davantage à des tâches relevant du développement scolaire ainsi que de la garantie de la qualité et de son développement. De plus, le développement scolaire n'est ni constant ni clairement reconnaissable dans les missions assignées aux divers organes scolaires et dans le projet d'établissement.

Dans ce contexte, les fonctions et les tâches des coordinateurs devraient être décrites plus concrètement. La délimitation des missions des coordinateurs vis-à-vis des autres organes scolaires et personnes exerçant des responsabilités au sein de l'école devrait également être précisée, notamment en ce qui concerne la direction de l'école et le conseil pédagogique. Aussi faut-il mettre plus clairement en évidence les tâches de développement scolaire dans les missions des organes scolaires pertinents et le projet d'établissement afin de donner une orientation aux personnes concernées et de leur imposer des obligations en matière de développement scolaire continu, et ce, dans le but d'améliorer la qualité de l'école et de l'enseignement. Enfin, les coordinateurs devraient désormais avoir une dénomination claire et générale, celle de « cadre intermédiaire ». La fonction de cadre intermédiaire consiste en des tâches de soutien et de gestion. De plus, le cadre intermédiaire contrôle les tâches de développement scolaire et les coordonne.

Les adaptations envisagées résultent de consultations et d'échanges menés avec les cadres intermédiaires et les conseillers scientifiques en processus en vue d'instaurer des structures de gestion intermédiaire dans les écoles secondaires de la Belgique de l'Est.

L'article 5, 1°, adapte l'arrêté royal du 2 octobre 1968 à la nouvelle terminologie.

L'article 6 adapte l'intitulé du chapitre consacré, dans le statut de l'enseignement communautaire, au coordinateur dans une école secondaire ordinaire à la nouvelle terminologie.

L'article 7 adapte les renvois aux articles du statut de l'enseignement communautaire afin que le cadre intermédiaire puisse être évalué et nommé selon les mêmes règles que le chef de département.

L'article 8 définit les conditions d'accès à la fonction de cadre intermédiaire dans le statut de l'enseignement communautaire et règle l'appel aux candidats tant interne que public.

L'article 9 adapte l'article du statut de l'enseignement communautaire relatif à l'appel aux candidats et à la candidature à la nouvelle terminologie.

L'article 10 adapte l'article du statut de l'enseignement communautaire relatif à la désignation du cadre intermédiaire.

L'article 11 adapte l'article du statut de l'enseignement communautaire relatif aux traitements et primes à la nouvelle terminologie.

L'article 12 adapte l'article du statut de l'enseignement communautaire relatif au temps de travail hebdomadaire à la nouvelle terminologie.

L'article 13 abroge l'article relatif à l'évaluation étant donné que l'article 7 renvoie à l'évaluation du chef de département.

L'article 14 adapte l'article du statut de l'enseignement communautaire relatif à l'incompatibilité de la fonction de cadre intermédiaire avec celle de maître/professeur de religion à la nouvelle terminologie.

L'article 28 adapte la disposition transitoire du statut de l'enseignement communautaire relative aux réductions induites par le décret de crise de 2010 à la nouvelle terminologie.

L'article 29 établit la nouvelle disposition transitoire dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 34 adapte le congé annuel à la nouvelle terminologie.

L'article 36 adapte l'arrêté royal du 15 avril 1977 à la nouvelle terminologie.

L'article 53, 2° à 4°, adapte l'article du décret organique relatif au projet d'établissement.

L'article 54 adapte la composition du conseil pédagogique dans le décret organique.

L'article 55 adapte la mission du conseil pédagogique dans le décret organique.

L'article 74 adapte la mission du chef d'établissement dans le décret organique.

L'article 75 fixe la mission du cadre intermédiaire.

Les articles 78 à 86, 98 et 99 apportent, dans le statut de l'enseignement libre subventionné, les modifications visées aux articles 6 à 13, 28 et 29.

Les articles 106 et 107 adaptent les renvois dans le statut de l'enseignement officiel subventionné.

L'article 130, 2°, insère la fonction de cadre intermédiaire dans le décret du 21 avril 2008 afin de rémunérer celui-ci en fonction de son diplôme.

13. Création d'une structure d'accrochage scolaire (art. 5, 3°, 17, 18, 31, 35, 49, 59 à 72, 76, 77, 88, 89, 109, 110 et 130, 3°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Le Gouvernement propose de créer une base juridique pour le projet de structure d'accrochage scolaire.

La structure d'accrochage scolaire se veut un partenaire pour les écoles secondaires, les centres de formation et de formation continue dans les classes moyennes (ZAWM), les personnes chargées de l'éducation, les élèves et les services spécialisés connexes, tels que le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes ainsi que les services spécialisés d'aide à la jeunesse et de santé mentale. Les principales tâches consistent à former un public spécifique d'élèves et à conseiller des écoles secondaires et ZAWM.

Au niveau systémique, différents partenaires agissent dans le domaine de la prévention. Ainsi, le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes se charge d'initier des processus permettant de promouvoir des facteurs contextuels propices au développement sain de l'enfant.

En plus de l'encadrement susmentionné des enfants et des jeunes dans leurs milieux de vie, la structure d'accrochage scolaire épaulera, dans des cas pédagogiques individuels, le personnel enseignant et non enseignant dans l'encadrement des jeunes qui ont des besoins et des comportements socio-affectifs spécifiques, et ce, grâce à des conseils techniques axés sur le développement socio-affectif. De la sorte, les écoles secondaires et ZAWM continuent d'être responsables du développement des jeunes par le biais d'une coopération obligatoire avec la structure d'accrochage scolaire.

De plus, elle offrira un répit aux élèves ou apprentis. Ce répit, limité dans le temps, s'organise dans un milieu d'apprentissage protégé où est proposé un apprentissage tant scolaire que social adapté au cas individuel. Les approches pédagogiques individuelles notamment, qui sont adaptées au cas en question, permettent de développer des perspectives au niveau tant scolaire que personnel.

Pour les jeunes qui risquent d'être exclus de l'école ou sont en décrochage scolaire, le principe de priorisation de l'école s'applique toujours. Cela signifie que l'école ou le ZAWM conserve la responsabilité d'un élève ou d'un apprenti, qu'il soit scolarisé, selon le cas, soit au sein de l'école ou de la structure d'accrochage scolaire, soit au sein du ZAWM ou de ladite structure. Les écoles et ZAWM restent responsables. Dans ce contexte, la scolarité dans la structure d'accrochage scolaire constitue une exception, et ce sont principalement les jeunes menacés par un manque de perspectives qui sont concernés.

La structure d'accrochage scolaire permet aux jeunes qui ne relèvent pas d'une école ou d'un ZAWM ou à ceux qui ont décroché de développer des perspectives d'avenir et de vie.

Contrairement au centre d'enseignement à temps partiel, la structure d'accrochage scolaire se caractérise par une approche individuelle et sociopédagogique renforcée de l'action et de l'apprentissage et par un apprentissage autodidacte. Ainsi, la structure d'accrochage scolaire propose davantage d'espaces individuels d'apprentissage adaptés au jeune; ceux-ci lui permettent de vivre des expériences pédagogiques et sont axés sur l'action. En outre, le groupe cible de la structure d'accrochage scolaire est tout particulièrement concerné par le manque de perspectives, notamment au niveau scolaire.

La structure d'accrochage scolaire n'est pas seulement ouverte aux élèves, mais aussi aux apprentis de la formation des classes moyennes.

L'article 5, 3°, crée la fonction de sélection de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire, fonction qui relève de la catégorie du personnel enseignant.

La fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée existe déjà dans le statut, de sorte qu'aucune autre adaptation n'est requise ici.

Les articles 17, 18 et 34 établissent les dispositions statutaires pour la fonction de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire; elles correspondent à celles d'un coordinateur dans un centre d'enseignement à horaire réduit, à savoir :

- La fonction de coordinateur est une fonction de sélection. Y sont admises les personnes qui ont au moins un diplôme de l'enseignement supérieur du 1^{er} degré et qui ont une connaissance approfondie de la langue allemande. Un plan stratégique et d'action doit être présenté dans le cadre de la procédure de candidature. Une qualification sociopédagogique constitue un atout. La désignation dans cette fonction s'opère pour une durée indéterminée. Une nomination est possible si le membre du personnel a au moins 50 ans, s'il justifie d'une ancienneté de service d'au moins cinq ans, et que son dernier rapport d'évaluation porte en conclusion au moins la mention « suffisant ».
- Les possibilités de congés sont limitées pour cette fonction. Seuls les congés suivants peuvent être sollicités :
 - le congé annuel;
 - le congé de circonstance;
 - le congé exceptionnel pour cas de force majeure;
 - le congé de maternité;
 - le congé pour adoption ou tutelle officielle;
 - le congé pour cause de maladie ou d'infirmité;
 - le congé pour mission;
 - la mise en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité;
 - la retraite anticipée à temps plein;
 - le congé médical à mi-temps;
 - le congé pour des motifs impérieux d'ordre familial;
 - la mise en disponibilité pour convenance personnelle;
 - l'interruption de carrière complète;
 - les interruptions de carrière thématiques (à mi-temps ou à temps plein).
- La rémunération : le membre du personnel est rémunéré sur la base de son diplôme (voir commentaire de l'article 128, 3°). En outre, il perçoit une allocation égale à celle perçue par les cadres intermédiaires ou le coordinateur dans l'enseignement à horaire réduit (environ 300 € bruts indexés/mois).
- Le coordinateur est évalué au moins une fois tous les cinq ans par le chef d'établissement.
- Les congés annuels : mêmes règles que pour les chefs d'établissement, sous-directeurs, coordinateurs dans l'enseignement à horaire réduit, etc. (réduction des vacances d'été de treize jours ouvrables).
- Les indemnités de déplacement : contrairement au conseiller en pédagogie de soutien, le coordinateur n'a plus droit au remboursement des frais de déplacement par la Communauté germanophone. Le décret du 17 mai 2004, qui contient la disposition relative aux indemnités de déplacement, ne nécessite aucune modification.

L'article 30 détermine une dérogation à la procédure de recrutement fixée dans le statut pour le coordinateur dans une structure d'accrochage scolaire; cette dérogation garantit au membre du personnel qui, au cours des années scolaires 2016-2017 et 2017-2018, occupait la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée et assurait la coordination de la tâche prévue à l'article 6, alinéa 1^{er}, 9^o, du décret du 11 mai 2009 relatif au soutien (à savoir la coordination de l'enseignement), sera désigné pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire au 1^{er} septembre 2018. Une attestation rédigée par le chef d'établissement peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur, attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel.

L'article 48 adapte l'article 5^{quiquies} du décret du 27 juin 1990. Le capital emplois du projet pilote sera « alimenté » sur la base de l'article 5^{quiquies} du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé. Puisque le projet « Time-Out » a maintenant une base décrétable, les quatre emplois y attachés seront repris dans le nouveau chapitre.

L'article 58 insère dans le décret organique un nouveau chapitre intitulé « Scolarisation dans une structure d'accrochage scolaire ».

L'article 59 en définit le champ d'application.

L'article 60 en fixe l'objectif.

Cet enseignement devrait promouvoir la responsabilité personnelle des jeunes et permettre un apprentissage axé sur les compétences et les objectifs. Les offres visent également un soutien spécifique, basé sur l'expérience, au niveau des compétences personnelles et sociales. Dans le même temps, l'objectif est d'atténuer les charges socio-affectives et de désamorcer les crises ainsi que d'offrir une assistance permettant d'y faire face. De plus, un soutien spécifique devrait être rendu possible.

L'article 61 fixe la mission de la structure d'accrochage scolaire.

Les services connexes mentionnés au 2^o sont, par exemple, le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, ainsi que les services d'aide à la jeunesse et de santé mentale. Font notamment partie des services de santé mentale l'équipe mobile, le centre psycho-social, la clinique psychiatrique de jour pour enfants et jeunes.

Les élèves de la structure d'accrochage scolaire peuvent passer des examens devant les jurys extrascolaires. Une modification des décrets y relatifs (des 18 avril 1994 et 26 avril 1999) n'est pas requise.

L'article 62 fixe les règles de coopération avec les écoles et les ZAWM.

Dans le cas de l'enseignement technique et professionnel, les élèves de la structure d'accrochage scolaire auront la possibilité d'acquérir une expérience pratique sur les machines des écoles secondaires ou des ZAWM.

L'article 63 établit des règles de coopération avec d'autres services spécialisés.

L'article 64 établit le secret professionnel; il est régi comme pour le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. Les collaborateurs de la structure d'accrochage scolaire travaillent en étroite collaboration avec le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, le service d'aide à la jeunesse, le service d'aide judiciaire à la jeunesse et d'autres établissements relevant souvent du domaine

thérapeutique. Si le personnel susvisé est soumis au secret professionnel, cela facilite les échanges relatifs aux cas, la gestion de ceux-ci, ainsi que la coopération à leur propos.

L'article 65 fixe les conditions d'inscription.

Dans des circonstances exceptionnelles, il est par exemple compréhensible que l'élève ou l'apprenti ait moins de 12 ans ou plus de 18 ans. Ainsi, la scolarisation dans une structure d'accrochage scolaire pourrait être, pour un élève âgé de 11 ans et 10 mois, la meilleure approche pour prévenir un décrochage scolaire, et ce, parce que ladite structure offre un soutien sous la forme de conseils visant à étendre les capacités d'action lors de troubles du comportement socio-affectif à l'école.

Les articles 66 et 67 régissent la demande.

L'entretien de situation et la discussion de cas sur un plan multidisciplinaire visent une évaluation globale de la situation. L'objectif est de montrer comment la scolarisation du jeune se déroule au sein de l'école. Cela permet également d'examiner d'éventuelles solutions.

Parmi les experts qui peuvent participer à l'entretien de situation, l'on citera notamment le service d'aide à la jeunesse, le service d'aide judiciaire à la jeunesse ou les établissements thérapeutiques, etc.

Dans les cas suivants, une inscription auprès de la structure d'accrochage scolaire n'interviendra qu'une fois passée la situation critique :

1. les jeunes qui, avant leur entrée dans le groupe existant, sont considérés comme ne pouvant être intégrés, par exemple en cas de risque élevé de suicide, de poussée psychotique aiguë et d'autres cas similaires;

2. les jeunes qui, en raison d'une consommation de drogues, ne sont pas en mesure de répondre à l'offre proposée par la structure d'accrochage scolaire ou sont considérés comme un danger pour les autres.

L'article 68 fixe le contenu de la décision prise par l'inspection scolaire et la notification de celle-ci.

L'article 69 règle la prolongation et la fin prématurée de la fréquentation de la structure d'accrochage scolaire.

L'article 70 règle le renvoi de la structure d'accrochage scolaire.

L'article 71 règle l'organisation des études.

L'article 72 fixe les conditions de création et de subventionnement.

L'article 73 fixe le capital emplois.

Pour mettre en œuvre les nouvelles missions, telles que le conseil socio-affectif spécialisé, la structure d'accrochage scolaire recevra un équivalent temps plein supplémentaire. Le nombre total de collaborateurs travaillant au sein de la structure d'accrochage scolaire s'élève ainsi à cinq équivalents temps plein. Il s'agit d'un coordinateur et de quatre conseillers en pédagogie de soutien.

L'article 76 définit la mission du coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire. Les tâches du conseiller en pédagogie de soutien sont déjà définies dans le décret organique. Lorsqu'est évalué un conseiller en pédagogie de soutien travaillant dans une structure d'accrochage scolaire, ce sont les tâches définies dans le décret qui sont prises en considération. Pour une plus grande différenciation lors de l'évaluation, les tâches susmentionnées peuvent être prises en compte en tant que tâches supplémentaires.

L'article 77 établit une disposition transitoire pour les élèves auxquels s'applique déjà une mesure « Time-Out ».

Les articles 88 et 89 fixent les dispositions statutaires visées aux articles 17 et 18 en ce qui concerne le coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire de l'enseignement libre subventionné.

Les articles 109 et 110 fixent les dispositions statutaires relatives au coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire de l'enseignement officiel subventionné.

L'article 130, 3°, fixe le traitement du coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire en fonction du diplôme (voir également les commentaires des articles 17 et 18).

14. Stimulation renforcée des élèves surdoués qui fréquentent l'enseignement secondaire ordinaire (articles 37 à 47, 103 et 134)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

S'il appartient au pouvoir organisateur, en tant que mission sociétale, de stimuler les enfants surdoués et d'apporter un soutien individuel à tous les élèves en Communauté germanophone, et ce, conformément au chapitre II, section 1^{re}, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, la stimulation des élèves surdoués concerne un groupe d'apprenants qui ont été identifiés comme surdoués par rapport à la moyenne et se distinguent par des capacités cognitives exceptionnelles. L'objectif de ce soutien spécifique est de stimuler le développement du potentiel de ces élèves dans le système éducatif existant et de l'encadrer au mieux.

Au niveau de l'enseignement secondaire, il est nécessaire d'agir dans certains cas individuels.

En fait, les conditions d'admission prévues au chapitre II de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire font obstacle à l'objectif de stimulation des élèves surdoués en ce sens qu'elles ne permettent pas à ces élèves de « sauter » une ou plusieurs classes.

En outre, la fréquentation de lieux d'apprentissage extrascolaires ne peut pas, actuellement, être reconnue comme une activité d'enseignement.

Pour aider au mieux les élèves de l'enseignement secondaire ordinaire à développer leur potentiel, le Gouvernement suggère que les élèves surdoués puissent obtenir plus tôt leur certificat d'études de base devant le jury d'examens extrascolaire et puissent ainsi s'inscrire plus tôt dans le premier degré de l'enseignement secondaire.

De plus, le Gouvernement suggère que les élèves surdoués âgés d'au moins dix ans et n'ayant pas obtenu le certificat de l'enseignement fondamental puissent être admis dans une première ou deuxième année de l'enseignement secondaire ordinaire si la Conférence sur la stimulation des élèves surdoués a pris une décision positive.

Une décision positive de la Conférence sur la stimulation des élèves surdoués doit également offrir la possibilité de suivre les cours d'une année d'études dans le secondaire

sans avoir terminé l'année précédente. Ici aussi, la Conférence sur la stimulation des élèves surdoués se base sur l'avis d'une institution spécialisée.

Les possibilités mentionnées ci-dessus ne devraient être offertes qu'aux élèves surdoués pouvant démontrer un QI d'au moins 130 dans au moins trois domaines, par exemple les mathématiques ou les langues. Avoir un QI de 130 signifie prêter une performance cognitive qu'environ 98 % des personnes du même groupe d'âge ne peuvent pas atteindre. Si un élève avec un soi-disant don partiel n'accomplit cette performance que dans un domaine et pas dans les autres, cela signifie, au contraire, qu'il fournit dans tous les autres domaines une prestation égale aux autres membres de son groupe d'âge; dans ce cas, sauter une année n'est pas conseillé. Ainsi, les élèves ayant des dons partiels seraient dépassés s'ils sautaient une année; ils sont donc exclus de cette mesure.

L'article 37 introduit, dans l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, un nouveau chapitre relatif à la stimulation des élèves surdoués.

L'article 38 en définit le champ d'application.

Un élève est considéré comme surdoué s'il a au moins un QI de 130 dans trois domaines et a donc des capacités et potentiels qui, dans leur émergence, vont bien au-delà de la moyenne de ses camarades de classe.

Le quotient intellectuel des élèves surdoués est déterminé à l'aide de tests effectués par une institution spécialisée.

L'article 39 fixe les conditions d'admission pour les première et deuxième années de l'enseignement secondaire.

Les élèves surdoués ont la possibilité, avec ou sans certificat d'études de base, d'être inscrits en première ou deuxième année de l'enseignement secondaire ordinaire. Si les élèves ne sont pas porteurs du certificat d'études de base, ils doivent avoir au moins dix ans. Dans les deux cas, une décision positive de la Conférence sur la stimulation des surdoués est requise.

Compte tenu du développement mental et physiologique des enfants, il est recommandé de passer du primaire au premier degré, car celui-ci a été mis en place pour l'observation. Une nouvelle accélération du cursus scolaire n'est conseillée qu'après l'observation au sein d'une classe du degré d'observation; en effet, indépendamment du développement cognitif, il faut aussi prendre en compte le développement social en dehors du groupe de pairs du même âge.

Afin d'éviter un éventuel déclassement, il semble approprié de sauter un maximum de deux classes.

L'article 40 fixe les conditions d'inscription pour les troisième, quatrième et cinquième années de l'enseignement secondaire.

L'inscription dans une troisième, quatrième ou cinquième année d'études dans l'enseignement secondaire ordinaire sans avoir terminé et réussi l'année précédente est possible si la Conférence sur la stimulation des surdoués prend une décision positive.

L'admission à une sixième année d'études dans l'enseignement secondaire ordinaire sans avoir terminé et réussi la cinquième année d'études n'est pas possible.

Les dispositions existantes de l'arrêté royal du 29 juin 1984 sont applicables au changement de forme, de section ou d'orientation en cinquième année de l'enseignement secondaire.

Les cinquième et sixième années de l'enseignement secondaire doivent être achevées, car la sixième année se base largement sur les compétences de la cinquième année de l'enseignement secondaire dans les différentes orientations.

Cependant, tout élève surdoué est libre de présenter, devant un jury d'examens extrascolaire, les examens en vue d'obtenir le certificat d'enseignement secondaire supérieur. Ainsi, il ne fréquente pas nécessairement les cinquième et sixième années du secondaire.

L'article 41 régit la demande. Celle-ci doit être accompagnée d'un avis datant de moins de six mois. Cependant, il appartient à l'expert de décider dans quelle mesure de nouveaux tests sont nécessaires ou non pour déterminer le quotient intellectuel.

Le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes examine les avis sur les éléments fixés par le décret. Le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes ne produit pas de liste de thérapeutes et d'établissements agréés. Le public sera plutôt informé des normes qu'un avis d'agrément doit respecter. Cette approche vise à fournir à tous les thérapeutes et établissements compétents la possibilité de répondre, dans leurs avis, aux critères définis en appliquant des procédures appropriées.

L'article 42 fixe la composition de la Conférence sur la stimulation des surdoués.

L'article 43 fixe la prise de décision.

Les membres de la Conférence déterminent de commun accord pour l'année scolaire suivante :

1. la forme et l'orientation d'études ainsi que l'année scolaire au sein de l'école secondaire ordinaire dans laquelle l'élève sera scolarisé et
2. les mesures spécifiques d'accompagnement requises.

Celles-ci peuvent, par exemple, consister à soutenir un élève surdoué présentant des troubles de performance partiels tels que des troubles de la lecture et de l'écriture.

Chaque école secondaire ordinaire devrait avoir la possibilité d'accepter ou de rejeter une demande de raccourcissement de la scolarité dans le secondaire. Dans tous les cas, une justification détaillée est nécessaire.

L'article 44 prévoit la possibilité de faire appel de la décision de la Conférence.

Si aucun accord n'est atteint au sein de la Conférence sur la stimulation des surdoués, il est possible d'introduire un recours auprès de la Commission de soutien afin qu'un élève surdoué ne soit pas arbitrairement contrarié dans son développement scolaire. Ce serait le cas si, par exemple, toutes les écoles secondaires ordinaires en Communauté germanophone refusaient d'inscrire un élève surdoué.

L'article 45 prévoit la possibilité, pour les élèves surdoués, de fréquenter des lieux d'apprentissage extrascolaires.

Il est important que les élèves surdoués aient la possibilité d'être stimulés davantage en fréquentant de tels lieux. Des partenaires de l'Euregio, comme la haute école RWTH d'Aix-la-Chapelle, proposent par exemple des cours de jour qui peuvent être fréquentés par des élèves surdoués de notre région.

La fréquentation de lieux d'apprentissage extrascolaires n'est pas considérée comme une absence au sens de l'arrêté du Gouvernement du 10 février 2000 relatif à la fréquentation scolaire.

L'article 46 prévoit la possibilité d'obtenir le certificat d'études de base et celui de l'enseignement secondaire inférieur.

L'article 47 garantit que les élèves surdoués peuvent obtenir des qualifications formelles appropriées, indépendamment de leur cursus scolaire, s'ils se présentent.

1. devant le jury d'examens extrascolaire pour l'obtention du certificat d'études de base au plus tard dans le courant de l'année scolaire où ils atteignent l'âge de 11 ans avant le 1^{er} janvier;

2. devant le jury d'examens extrascolaire pour l'obtention du certificat de l'enseignement secondaire inférieur au plus tard dans le courant de l'année scolaire où ils atteignent l'âge de 14 ans avant le 1^{er} janvier.

Bien sûr, cela ne s'applique qu'aux cas dans lesquels l'élève n'a pas encore obtenu les diplômes correspondants.

L'article 103 supprime l'âge minimum d'inscription au jury.

À ce jour, les personnes doivent, au 31 décembre de l'année où les examens ont lieu, avoir au moins dix ans pour être admises aux épreuves du jury d'examen extrascolaire chargé de la délivrance extrascolaire du certificat d'études de base. La limite d'âge fixée dans le « Regelgrundschuldekret » (décret relatif à l'enseignement fondamental) est abrogée. Cela se fait en accord avec les jurys d'examen extrascolaires pour la délivrance du certificat de l'enseignement secondaire ordinaire inférieur et supérieur.

L'article 134 abroge l'arrêté du Gouvernement du 13 juillet 2000 relatif à la délivrance extrascolaire du certificat d'études de base parce que la délivrance de ce certificat a été réorganisée en 2015 dans le décret relatif à l'enseignement fondamental ordinaire.

15. Droits des élèves à la participation et à la codétermination (art. 53, 1°, et 56)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

L'école a entre autres pour tâche d'éduquer les élèves à devenir des citoyens responsables. Cela signifie que l'école doit non seulement donner un aperçu des questions politiques, mais surtout promouvoir la conscientisation de la responsabilité et la capacité de critiquer et développer une volonté de participer à la vie sociale. L'éducation à la maturité ne peut réussir que grâce à une implication et un apprentissage participatif au sein de l'école. La participation est par conséquent un élément fondamental de l'éducation démocratique.

Cependant, un transfert direct de principes démocratiques dans le quotidien scolaire n'est pas possible. L'institution scolaire permet peu l'expérience quotidienne de la diversité et de la participation démocratiques.

D'un point de vue démocratique, il est très important qu'une école réussisse, en dépit des restrictions gouvernementales, réelles ou supposées, à motiver ses élèves à participer et à accepter des responsabilités. Même aux enfants de l'école primaire, l'on peut déjà transmettre une image réaliste de leur marge de manœuvre et leur enseigner à se poser des questions sur leur propre comportement et les conditions sociales. Cela suppose qu'il existe une interaction ouverte et vivante dans toute l'école. Afin d'atteindre cet objectif, il doit y avoir autant d'opportunités que possible pour une action responsable.

Depuis l'année scolaire 1998-1999, une représentation des élèves est obligatoire dans le secondaire à partir du deuxième degré. Les élèves du premier degré sont dès lors, jusqu'à présent, exclus de la participation active et directe. Même les jeunes de 12 à 14 ans devraient être en mesure de participer activement à l'organisation de la vie scolaire. Il y aura donc, dès l'année scolaire 2018-2019, une représentation des élèves à partir du premier degré dans le secondaire.

Dès leur plus jeune âge, les enfants doivent apprendre à prendre leurs responsabilités vis-à-vis d'eux-mêmes, des autres et de leur environnement ainsi qu'à défendre leurs intérêts. Dès l'école primaire, ils peuvent participer aux décisions. Cela peut s'opérer par le biais d'une représentation d'élèves, mais aussi par d'autres opportunités de participation telles que des discussions de groupe, l'élection d'un délégué ou conseil de classe ou de degré, des ateliers axés sur l'avenir ou les idées, des projets participatifs, etc.

Dans le cadre de sa mission d'éducation politique, le service GrenzgeschichteDG de la haute école autonome développera d'ici la fin de l'année scolaire 2017-2018, pour aider les écoles primaires, des approches concrètes en matière de participation des élèves primaires.

L'article 53, 1°, adapte le contenu du projet d'établissement.

L'article 56 remplace l'ancien article relatif à la représentation des élèves.

L'article exige que les directeurs d'école secondaire mettent en place dans leur école une représentation élue des élèves. S'il est impossible, pour des raisons organisationnelles, de mettre en place une telle représentation, le droit des élèves à la participation et à la codétermination doit toutefois être garanti. Ces raisons organisationnelles constituent la seule exception permise.

Dans l'enseignement primaire, il n'est pas obligatoire de mettre en place une représentation élue. Toutefois, le droit des élèves à la participation et à la codétermination doit être garanti, même à l'école primaire. Que la section maternelle soit exclue par décret ne signifie pas que les classes maternelles ne doivent pas, elles aussi, être encouragées à promouvoir la participation des enfants. Mais ce ne sera pas rendu obligatoire par décret.

16. Capital emplois de la haute école autonome (art. 4, 4°, et 116 à 129)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Lors de la création de la haute école autonome (HEA) en 2005, le capital périodes de la haute école a été gelé pour quatre ans au niveau du capital périodes total octroyé aux trois anciennes écoles supérieures (école de nursing, Institut supérieur d'enseignement pédagogique de la Communauté germanophone, école supérieure pédagogique Père Damien) pour l'année scolaire ou académique 2004-2005.

Ce régime a été prolongé de quatre ans en 2009 et 2013 et, en 2017, pour une autre année académique; il s'applique jusqu'à la fin de l'année 2017-2018.

Étant donné que la haute école n'organise pas seulement la formation initiale, mais qu'elle remplit aussi nombre de missions en matière de recherche et de formation continuée, le calcul du nombre d'emplois ne peut pas dépendre exclusivement du nombre d'élèves ou d'étudiants, comme c'était auparavant le cas dans les anciennes écoles supérieures. Afin que la haute école autonome puisse assumer en 2018-2019 ses missions de formation continue et de recherche, un groupe de travail composé du directeur et des chefs de département de la haute école autonome, de membres du Ministère et du Gouvernement a développé un concept de capital périodes de la haute école autonome

pour cette année d'études afin de garantir à la haute école un capital périodes stable, à long terme et correspondant à ses missions.

Étant donné que les études du bachelier en sciences sanitaires et infirmières ont été portées de trois à quatre ans et que l'on s'attend à une évolution similaire en ce qui concerne le brevet en soins infirmiers, le capital emplois dans les sciences sanitaires et infirmières a été augmenté.

Le règlement du temps de travail dans l'enseignement supérieur et l'enseignement secondaire à la haute école autonome sera ainsi harmonisé. Certains membres du personnel enseignent ou supervisent des stages tant dans l'enseignement secondaire professionnel complémentaire que dans l'enseignement supérieur. Leur situation sera plus claire. Il sera aussi plus facile de comparer les situations des différents membres du personnel au sein de la haute école autonome. Il convient de souligner ici qu'il ne s'agit pas d'un enseignement secondaire au sens traditionnel, mais plutôt d'un enseignement secondaire professionnel complémentaire correspondant au niveau 5 du Cadre européen de référence pour les langues, et donc non comparable à l'enseignement secondaire ordinaire.

En outre, le personnel administratif, à savoir le personnel de secrétariat, le personnel de la médiathèque et l'adjoint pour la formation continue, est rassemblé dans un seul et même article. En plus du capital emplois actuel, la haute école autonome reçoit 0,4 emploi pour le secrétariat. En outre, un emploi de technicien de réseau est créé. Le service de communication de la haute école autonome (présentation à l'extérieur) est actuellement occupé par un chargé de cours (0,15 emploi). Dès l'année académique 2018-2019, il sera assuré par le personnel administratif. En revanche, les tâches d'Eurydice seront assumées par le Ministère.

Dans le domaine de la recherche, un autre adjoint est affecté au service GrenzgeschichteDG; il est principalement chargé de tâches supplémentaires en matière d'éducation politique.

Les articles 2 et 3 créent la fonction de technicien de réseau en tant que fonction de recrutement relevant de la catégorie personnel administratif.

L'article 4, 2°, fixe les titres requis pour la fonction de technicien de réseau.

L'article 116 adapte le renvoi aux chargés de cours invités dans le décret linguistique (décret relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement), étant donné que leur engagement est désormais régi par l'article 6.11.

L'article 117 établit la semaine de travail de 38 heures tant pour les chargés de cours de l'enseignement supérieur que pour les enseignants de l'enseignement secondaire professionnel complémentaire à la haute école autonome. Le règlement du temps de travail dans l'enseignement supérieur et l'enseignement secondaire à la haute école autonome sera ainsi harmonisé.

L'article 118 supprime la tâche supplémentaire confiée au chargé de cours pour les technologies de l'information et de la communication, qui comprend la gestion du réseau et du système de la haute école, car seul le technicien de réseau en sera responsable à l'avenir.

L'article 119 abroge les conditions transitoires de l'article 5.79, 1°, 2° et 4°, car elles sont obsolètes. Étant donné que l'article 5.73 s'applique aux enseignants de

l'enseignement secondaire professionnel complémentaire et de l'année préparatoire, les 1° et 2° peuvent être abrogés. Comme la haute école n'occupe pas d'éducateurs, le 4° peut être abrogé.

L'article 120 remplace l'intitulé du Titre VI du décret par « Calcul du capital emplois ». Les modifications ultérieures ne porteront plus sur le capital périodes, mais uniquement sur le capital emplois de la haute école.

L'article 121 fixe le capital emplois pour le personnel de soutien. Les postes administratifs/de secrétariat, de médiathécaire, d'assistant médiathécaire et d'adjoint pour la formation continue et les tâches de communication sont rassemblés dans cet article. En outre, un poste de technicien de réseau sera créé. Comme il devrait être possible de convertir en tout ou en partie le capital emplois du technicien de réseau en moyens financiers afin de confier à terme tout ou partie de ses tâches à une entreprise spécialisée, ce capital emplois est mentionné séparément dans le nouvel article.

Les articles 122 à 124 abrogent les articles 6.5, 6.6 et 6.6.1 parce que le capital emplois pour le médiathécaire, l'assistant médiathécaire et l'adjoint est inclus dans le capital emplois mentionné à l'article 6.3.

L'article 125 remplace le capital périodes gelé pour la formation initiale dans les départements « Sciences de l'éducation » et « Sciences sanitaires et infirmières » par un capital emplois fixe négocié avec la haute école autonome. En raison des nouvelles tâches par rapport à 2005 (formations continues, allongement des cursus, etc.), de l'alignement du nombre d'heures attribuées aux enseignants et chargés de cours de la haute école autonome pour les cours en classe ou l'encadrement de stage, et de l'allongement des études de bachelier en sciences sanitaires et infirmières, la haute école autonome reçoit au total cinq emplois pour la formation initiale.

L'article 126 ajoute un adjoint au service GrenzgeschichteDG pour assumer les tâches d'éducation politique.

L'article 127 introduit un nouveau sous-titre « Utilisation du capital emplois » dans le décret relatif à la haute école autonome.

L'article 128 permet à la haute école d'utiliser du capital emplois de la formation initiale pour engager des chargés de cours invités ou pour externaliser l'organisation de la formation continue et de la recherche. Afin d'assurer la gestion du réseau et du système, la haute école peut aussi utiliser le capital emplois en tout ou partie pour externaliser en tout ou partie cette gestion. Le pourcentage utilisé ne peut entraîner de mise en disponibilité par défaut d'emploi et ne peut être décidé qu'en accord avec le comité de concertation de base.

L'article 127 adapte les renvois pour refléter les présentes modifications concernant le capital emplois et adapte le diviseur pour le calcul de la contre-valeur financière d'une heure, le faisant passer à 38.

17. Coordination administrative dans les écoles fondamentales ordinaires (articles 2, 2°, 3, 2°, 4, 1°, 101, 104, 105 et 114)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Les chefs d'établissement d'enseignement primaire ordinaire, en particulier ceux de l'enseignement officiel subventionné, demandent depuis longtemps un allègement afin de pouvoir mettre en œuvre les nombreuses exigences administratives et se consacrer à leurs activités de base (la gestion de l'éducation et du personnel de leur école primaire ordinaire).

Depuis l'application, en 1999-2000, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, son article 48 garantit, sous certaines conditions, la coordination pédagogique.

Les heures de coordination mises à disposition des écoles fondamentales ordinaires ont été employées jusqu'en 2013-2014 dans le domaine pédagogique et sollicitées par les enseignants. Avec ce capital, les chefs d'établissement devaient également être soulagés dans leurs tâches administratives, de sorte que les enseignants ont été ponctuellement chargés du travail administratif.

Dans le contexte de pénurie croissante d'enseignants, il ne se justifie plus d'affecter les enseignants à des postes qui ne répondent pas à leurs qualifications. C'est la raison pour laquelle la fonction de coordinateur administratif a été créée pour l'année scolaire 2013-2014 dans la catégorie « personnel administratif ». Cela devait permettre aux écoles d'embaucher à l'avenir des membres du personnel qui pourraient démontrer les qualifications requises pour le travail administratif, à savoir au moins le diplôme d'humanités. Cette mesure était basée sur un souhait exprimé par les chefs d'établissement. Initialement créée pour la coordination pédagogique, cette fonction a été étendue à la coordination administrative en 2013.

Cependant, la réalité montre que les pouvoirs organisateurs, plutôt que d'engager du personnel administratif, confient des tâches administratives aux instituteurs primaires ou utilisent directement le capital périodes pour l'enseignement en classe. Cela ne correspond pas à la volonté du décret de 2013, surtout dans le contexte de pénurie massive d'enseignants. En outre, les postes d'enseignants sont calculés en 24^{es} et non en 36^{es} comme dans le cas du coordinateur administratif.

Le Gouvernement propose d'abolir la coordination pédagogique pour, parallèlement, renforcer massivement la coordination administrative. Il est ainsi répondu au souhait exprimé par de nombreux chefs d'établissement de recevoir davantage de soutien en matière administrative.

Dans le contexte de pénurie massive d'enseignants, le Gouvernement propose d'ouvrir des postes pour les agents de niveau II+ et de niveau II ayant une qualification correspondante dans le domaine du secrétariat. La fonction de secrétaire en chef est créée dans l'enseignement fondamental ordinaire pour éviter de confier des tâches administratives aux enseignants, spécialistes en pédagogie. Les tâches typiques du secrétaire en chef comprennent le secrétariat, le service téléphonique, la correspondance avec les parents et le pouvoir organisateur, l'organisation de voyages et d'activités extrascolaires.

Afin de renforcer l'autonomie des écoles et du pouvoir organisateur, les postes sont calculés sur la base du nombre d'élèves du pouvoir organisateur concerné. Le pouvoir organisateur reçoit les postes et décide où la coordination administrative doit être utilisée.

Les articles 2, 2°, et 3, 2°, suppriment la fonction de coordinateur administratif.

L'article 4, 1°, fixe les titres requis pour la fonction de secrétaire en chef. Jusqu'ici, au moins un diplôme de l'enseignement supérieur de type court était suffisant pour revêtir cette fonction. Toutefois, afin d'assurer que l'emploi de secrétaire en chef sera occupé par des personnes qualifiées, est désormais considéré comme titre requis un diplôme de l'enseignement supérieur de type court dans l'orientation « Secrétariat » ou un certificat d'enseignement secondaire supérieur dans cette orientation, complété par cinq années d'expérience utile. Vaut aussi comme titre requis tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur de type court ou de l'enseignement secondaire supérieur dont les matières principales sont liées à la fonction de secrétaire en chef. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. S'il s'agit du certificat d'enseignement secondaire supérieur, il sera complété par l'expérience professionnelle susmentionnée.

L'article 101 insère, dans le statut de l'enseignement libre subventionné, un régime transitoire qui assure que les membres du personnel engagés le 31 août 2018 à titre temporaire pour une durée indéterminée dans la fonction de coordinateur administratif, seront repris le 1^{er} septembre 2018 dans la fonction de secrétaire en chef et considérés comme y ayant été engagés à titre temporaire pour une durée indéterminée. Les services prestés dans la fonction de coordinateur administratif sont également pris en compte pour calculer l'ancienneté dans la fonction de secrétaire en chef. De plus, ces personnes ont la garantie, en cas de nomination, d'être considérées comme porteuses du titre requis. Un ancrage de ces dispositions dans le statut qui s'applique aux membres du personnel administratif de l'enseignement communautaire n'est pas nécessaire, car cet enseignement ne compte aucun membre du personnel revêtant la fonction de coordinateur administratif.

L'article 104 fixe le capital emplois pour la coordination administrative. Le pouvoir organisateur reçoit un quart d'emploi pour la coordination administrative par tranche de 100 élèves de l'enseignement fondamental ordinaire. Le pouvoir organisateur de l'école détermine le lieu d'affectation du secrétaire en chef.

Sur demande motivée, il est possible, à partir d'un emploi à temps plein approuvé dans la coordination administrative, d'utiliser un tiers des postes pour le développement scolaire ou des projets éducatifs spéciaux. Le Gouvernement décide après avoir reçu un avis de l'inspection scolaire. Le capital emplois est accordé sur la base du nombre d'élèves au 15 mars de l'année civile au cours de laquelle commence l'année scolaire.

L'article 105 fixe le temps de travail du secrétaire en chef; il correspond à celui du coordinateur administratif, à savoir 36 heures de 60 minutes par semaine.

L'article 114 insère, dans le statut de l'enseignement officiel subventionné, la disposition transitoire visée à l'article 101.

18. Capital emplois pour les élèves primo-arrivants du secondaire (article 58)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Les élèves primo-arrivants du secondaire qui, après un certain temps passé dans les classes d'apprentissage linguistique, ont déjà acquis des connaissances de la langue d'enseignement et qui, sur décision du conseil d'intégration, sont intégrés en tout ou partie dans l'enseignement ordinaire, nécessitent un encadrement intensif; celui-ci permet, d'une part, de poursuivre – ponctuellement et en fonction des besoins – l'apprentissage

de la langue d'enseignement et, d'autre part, de maîtriser la transition vers l'école ordinaire. Certains de ces élèves sont retirés des cours réguliers afin d'élargir et de perfectionner leurs connaissances de la langue d'enseignement, que ce soit individuellement ou en groupe. De cette façon, les élèves primo-arrivants peuvent être soutenus de manière optimale.

Les enseignants affectés à cette fin aux classes d'apprentissage linguistique encadrent et donnent cours aux élèves à titre individuel; ils conseillent également – dans des cas individuels – les enseignants des classes ordinaires face aux anciens élèves primo-arrivants en leur transmettant des compétences interculturelles ou en jouant le rôle de médiateur lors de malentendus culturels entre élève et enseignant ou entre élèves d'une même classe.

Étant donné que le conseil d'intégration peut décider, en fonction des compétences des élèves, dans quelle école seront scolarisés les élèves primo-arrivants après avoir fréquenté un certain temps la classe d'apprentissage linguistique, il est important que les écoles secondaires ordinaires puissent bénéficier d'un capital emplois supplémentaire lorsqu'elles n'ont pas mis en place une classe d'apprentissage linguistique pour les élèves primo-arrivants. Les anciens élèves primo-arrivants qui étaient régulièrement inscrits dans une classe d'apprentissage linguistique au cours des trois dernières années sont pris comme référence.

Étant donné que le conseil d'intégration peut aussi décider en cours d'année scolaire de scolariser l'élève, en tout ou partie, dans une classe ordinaire en raison de ses connaissances linguistiques et de ses compétences, il est important, pour la flexibilité du système, de pouvoir demander tout au long de l'année, en cas de nécessité, un capital emplois correspondant, et ce, par analogie avec le capital emplois pour les classes d'apprentissage linguistique.

L'article 58 procède à cette modification dans le décret organique.

19. Jury d'examen (art. 49)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2018

Depuis plusieurs années, les porteurs d'un certificat d'étude de la sixième année de l'enseignement secondaire professionnel ou d'un certificat d'apprentissage et d'un diplôme de l'enseignement secondaire inférieur ont la possibilité de suivre, dans une orientation d'études correspondante, une septième année de l'enseignement secondaire professionnel dans une école secondaire ordinaire ou de présenter, devant le jury extrascolaire, les examens portant sur les cours généraux d'une année de spécialisation. Ces candidats sont censés avoir déjà réussi la partie technique correspondante d'une année de fin d'études secondaires. C'est pour cette raison que l'orientation d'études « année de spécialisation - cours généraux » est limitée aux porteurs d'un certificat d'études de la 6^e année de l'enseignement professionnel, ainsi qu'aux porteurs du certificat d'apprentissage ayant aussi le certificat d'enseignement secondaire inférieur.

Pour compenser cela, le Gouvernement propose de donner aux apprentis, aux porteurs du certificat de fin d'apprentissage et aux chefs d'entreprise qui ne sont pas porteurs du certificat secondaire inférieur, la possibilité de passer, parallèlement aux examens portant sur l'année de spécialisation du secondaire supérieur, ceux portant sur l'année de spécialisation du secondaire inférieur. Les centres de formation et de formation continue dans les classes moyenne devraient offrir, à partir de l'année scolaire 2018-2019,

des cours préparatoires appropriés. L'objectif est de donner aux candidats sans diplôme du secondaire supérieur l'occasion d'obtenir également un diplôme d'études secondaires après la réussite des examens menant à l'obtention du diplôme du degré inférieur. Cette mesure contribue elle aussi à réaliser l'objectif de l'apprentissage tout au long de la vie et à accroître la perméabilité des systèmes. La grille horaire élaborée, fruit de la collaboration entre le jury extrascolaire, les pédagogues du Ministère et l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, a pour objectif de donner de meilleures bases aux candidats dans les cours généraux (allemand, français, mathématiques, géographie, histoire) afin qu'ils puissent éventuellement, dans un deuxième temps, participer aux examens du secondaire supérieur.

L'article 49 prévoit que seuls les apprentis à partir de leur deuxième année d'apprentissage, les porteurs d'un certificat d'apprentissage et les chefs d'entreprise peuvent être admis aux examens devant le jury extrascolaire dans l'orientation d'études du secondaire professionnel inférieur « Année de spécialisation : cours généraux ».

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS